



66. Sitzung

Mittwoch, 15. November 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	3471 A	Dr. Michael Freytag, Senator	3484 A
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	3471 A	Jens Kerstan GAL	3485 A
		Rüdiger Kruse CDU	3486 B
Aktuelle Stunde	3471 A	Fraktion der CDU:	
Fraktion der SPD:		Petersens Holzwege: Internetpranger und neue Abgaben statt Nordstaat und Elbphilharmonie	
Die Form ist die Mutter der Demokratie oder: Wie Bürgermeister und Senat mit dem Parlament umgehen		(Nicht behandelt wegen Redezeitallaufs)	
Dr. Andreas Dressel SPD	3471 A, 3480 D	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Harald Krüger CDU	3472 A	Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres	
Christa Goetsch GAL	3473 A	– Drs 18/5013 –	3487 D
Gesine Dräger SPD	3474 A	Ergebnis	3509
Dr. Manfred Jäger CDU	3474 D		
Dr. Till Steffen GAL	3475 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	3476 B	Wahl von Mitgliedern des Richterwahl-ausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern	
Michael Neumann SPD	3478 A	– Drs 18/5100 –	3487 D
Bernd Reinert CDU	3479 A	Ergebnis	3510
Christian Maaß GAL	3479 B		
Wolfgang Marx SPD	3480 B		
Fraktion der GAL:		Interfraktioneller Antrag:	
Der Smutje verlässt das Schiff: Endlich ein Beitrag Freytags zum Klimaschutz		Allianz für Olympische Sommerspiele und Paralympics in Hamburg	
Christian Maaß GAL	3481 C	– Drs 18/5216 –	3488 A
Hartmut Engels CDU	3482 B	Bernd Reinert CDU	3488 A
Dr. Monika Schaal SPD	3483 B, 3487 B	Michael Neumann SPD	3488 D
		Christa Goetsch GAL	3489 D
		Beschluss	3490 B

Antrag der Fraktion der SPD:			
Strompreiskontrolle beibehalten		Alexandra Dinges-Dierig,	
– Verbraucher und Wirtschaft		Senatorin	3506 B
schützen		Carola Veit SPD	3507 B
– Drs 18/5142 –	3490 C	Besprechung erfolgt	3508 A
dazu		Beschluss	3508 A

Antrag der Fraktion der GAL:			
Zuverlässigkeit des Stromnetzes		Senatsmitteilung:	
sichern – Ursachen für überhöhte		Errichtung der HafenCity	
Strompreise bekämpfen		Universität Hamburg	
– Drs 18/5268 –	3490 C	– Drs 18/5163 –	3508 B
Dr. Monika Schaal SPD	3490 C, 3495 D	Beschlüsse	3508 B
Barbara Ahrons CDU	3491 D		
Christian Maaß GAL	3492 D, 3496 B	Bericht des Rechtsausschusses:	
Gunnar Uldall, Senator	3494 A, 3496 D	Ausweitung der elektronischen	
Beschlüsse	3496 D	Gerichtsverfahren in Hamburg	
		– Drs 18/5189 –	3508 B
		Beschluss	3508 C

Antrag der Fraktion der GAL:			
Rechtsanspruch auf ganztägige			
Kinderbetreuung ab dem ersten			
bis zum dritten Lebensjahr			
– Drs 18/5073 –	3497 A		
Christiane Blömeke GAL	3497 A, 3499 C		
Stefanie Strasburger CDU	3498 A		
Dr. Andrea Hilgers SPD	3498 D		
Beschlüsse	3500 A		

Bericht des Wissenschaftsausschusses:			
Neuregelung der Förderung der			
Evangelischen Hochschule für soziale			
Arbeit und Diakonie			
Abschluss eines Vertrages mit der Nord-			
elbischen Evangelisch-Lutherischen			
Kirche und der Stiftung Das Rauhe Haus			
– Drs 18/5135 –	3500 B		
Wolfgang Beuß CDU	3500 B		
Gerhard Lein SPD	3501 C		
Dr. Heike Opitz GAL	3502 B		
Jörg Dräger, Senator	3502 D		
Beschluss	3502 D		

Große Anfrage der Fraktion der SPD:			
Nachmittags- und Ferienbetreuung			
für Vorschul- und Ganztagschulkinder			
sowie neue Leistungsarten im Kita-			
Gutscheinssystem			
– Drs 18/4974 –	3503 A		
Dr. Andrea Hilgers SPD	3503 A		
Egbert von Frankenberg CDU	3504 A		
Christiane Blömeke GAL	3505 A		

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass Punkt 5 unserer Tagesordnung, die Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes, vertagt werden soll.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Die Form ist die Mutter der Demokratie oder: Wie Bürgermeister und Senat mit dem Parlament umgehen

von der GAL-Fraktion

Der Smutje verlässt das Schiff: Endlich ein Beitrag Freytags zum Klimaschutz

und von der CDU-Fraktion

Petersens Holzwege: Internetpranger und neue Abgaben statt Nordstaat und Elbphilharmonie.

Wir kommen sodann zum ersten Thema und dem Abgeordneten Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es gibt ein schönes Wort des leider verstorbenen Politologen Professor Steffani, der einmal gesagt hat, die Form ist die Mutter der Demokratie. Das heißt, die Einhaltung der Form im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative und intern auf beiden Seiten ist wichtig für das Funktionieren der Demokratie. Darum müssen Fehler aufgeklärt werden und gegebenenfalls Konsequenzen nach sich ziehen."

Dies hat der Erste Bürgermeister am 20. März dieses Jahres bei der Landespressekonferenz völlig richtig ausgeführt. Aber ist das, Herr Bürgermeister, auch ein Maßstab für Ihren Senat, für Ihre Senatoren, für Ihre Staatsräte und auch für Sie persönlich? Ihre rechte Hand hat mit Ihrer Billigung einen mit unbewiesenen Behauptungen gespickten Teil des Berichts, der noch dazu von Ihnen weiterhin geheim gehalten wird, an die "Bild"-Zeitung durchgesteckt. Wie passt das zu Ihrem Saubermannanspruch, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr Staatsrat begeht mit Ihrer Billigung Rufmord an einem unbequemen Abgeordneten.

(Lachen bei der CDU)

Ist das Ihre "Form der Demokratie", meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr Staatsrat sagt in einem Strafverfahren offenbar – das werden wir jetzt zu klären haben – unvollständig aus, indem er nämlich das Wesentliche verschweigt, dass er es selbst war, der das Papier an die "Bild"-Zeitung durchgesteckt hat. Entspricht das Ihrer Ansage von vollständi-

ger, konsequenter Aufklärung, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Beuß CDU: Das war doch ehrlich!)

Schauen wir uns doch diese Vernehmung einmal genauer an. Am 29. März erscheint in der "Bild"-Zeitung der Artikel mit Informationen aus dem Gedaschko-Bericht. Daraufhin leitet die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren ein. Am 3. April, bekommen Sie, Herr Schön, also Besuch von der D.I.E. im Rathaus. Dabei werden Sie von dem Polizisten gefragt, an wen der Bericht von Ihnen weitergegeben wurde. Das wäre die erste Gelegenheit gewesen, reinen Tisch zu machen, aber: Fehlanzeige.

Dann werden Sie gefragt, wer denn alles mit dem Bericht bei Ihnen befasst war. Auch hier nichts als Ausweichen. Dann werden Sie gefragt – wahlgemerkt in einer Vernehmung, in einem Verfahren, das sich einzig und allein darum dreht, wie dieser Bericht an die Presse gekommen ist und welche strafrechtlichen Folgen daran zu knüpfen sind –, ob es darüber hinaus noch etwas zu ergänzen gibt, was wir bisher nicht angesprochen haben. Jetzt kommt die Antwort und da besitzen Sie die Stirn und sagen: Nein. Das ist schon ein Hammer, meine Damen und Herren, an dieser Stelle so mit der Dienststelle Interne Ermittlungen in einem rechtsstaatlichen Verfahren umzugehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie so sicher waren, dass das alles sowieso nicht strafbar ist, wie Sie uns im PUA versucht haben weiszumachen, warum haben Sie dann der D.I.E. an dieser Stelle nicht vollständig gesagt, wie die Sache gewesen ist? Diese Frage steht im Raum und dafür müssen Sie jetzt noch einmal in den PUA kommen, um diese Frage mit uns zu erörtern.

Aber parallel haben Sie alle Tricks genutzt, Ihren Kopf aus der juristischen Schlinge zu ziehen. Der Senat hat bei diesem Fall – man höre und staune – keine Strafverfolgungsermächtigung erteilt, obwohl er diese ansonsten in der Protokollaffäre quasi flächendeckend über die Hamburger Verwaltung ausgesprochen hat. Sie haben die Staatsanwaltschaft immer hingehalten, der Gedaschko-Bericht sei gar nicht geheim, der wird ja noch veröffentlicht. Passiert ist das aber bis heute nicht. Bis heute ist dieser Bericht nach wie vor geheim. Das heißt, anstatt die Aufklärung zu ermöglichen, sind Sie mit den Ermittlungsbehörden Schlitten gefahren, nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann erdreisten Sie sich, im PUA die ganze Sache zu einer Art politischen Klingelstreich herunterzuspielen. So geht das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist alles inakzeptabel und auch ganz deutlich: Die rechte Hand des Bürgermeisters hat sich in dieser Frage die Finger mehr als schmutzig gemacht. Ein Bürgermeister, der über die Form als die Mutter der Demokratie fabuliert, sollte endlich Konsequenzen aus solch einem eklatanten Missbrauch von Ermittlungsergebnissen ziehen. Sonst verkommen Ihre eigenen Maßstäbe zu purer Heuchelei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Krüger.

Harald Krüger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dressel, als ich das eben gehört habe, war ich fast gerührt, fast ergriffen – die Betonung liegt auf fast –, weil mich dann ein bisschen Mitleid mit Ihnen übermannt hat. Ich frage mich, was Sie eigentlich verbrochen haben, dass Ihre Fraktion Sie mit einem derartigen Humbug hier ins Rennen schicken mag.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Herr Krüger, warum stehen Sie denn da vorne?*)

– Ach, Herr Neumann, zu Ihnen komme ich auch noch. Eben wurde der Begriff Klingelstreich bemüht. In der Tat befinden wir uns hier mittlerweile auf Sandkastenniveau oder darunter.

(*Gerhard Lein SPD: Ja, so denken Sie!*)

Dann habe ich auch ein bisschen Mitleid mit Ihnen und Ihrer Fraktion gehabt. Wie groß muss eigentlich die Verzweiflung in Ihren Reihen sein, über den Werdegang dieses PUA II Informationsweitergabe, der beim allerbesten Willen bei Dutzenden von Zeugen einfach nicht das herausbringt, was Sie gerne hätten. Es gibt keine Spinne im Netz, es gibt keine Intrigen. Sie werden demnächst eine Pleite vor dem Verfassungsgericht erleben. Ihr Verzweiflungspegel muss schon ziemlich hoch sein, dass Sie jetzt dieses Thema bemühen.

Ganz nebenbei habe ich natürlich auch ein bisschen Mitleid mit dem Kollegen Böwer, der hier als unschuldig dargestellt wird. So zart besaitet habe ich ihn bis jetzt nicht erlebt, aber nach eigenen Angaben ist er ja ein Hinterbänkler. Auch da verspüre ich ein bisschen Mitleid.

Was ist denn nun eigentlich passiert, über das Sie sich so echauffieren? Passiert ist, dass Staatsrat Schön eine knappe halbe Seite aus einem 106 Seiten langen Papier an die Presse weitergegeben hat.

(Lachen bei der SPD)

Der Bericht war zu diesem Zeitpunkt – Herr Neumann, da lohnt es sich, sich einmal bei Ihren Kollegen im PUA zu informieren – ganz eindeutig nicht geheim, sondern erst danach ist festgestellt worden, dass man ihn zum Schutz der Mitarbeiter nicht veröffentlicht.

Die Staatsanwaltschaft hat von Anfang an festgestellt, nämlich schon im Juni – das ist jetzt fünf Monate her –, dass hier gar kein Geheimnisverrat vorliegen kann, weil es gar keine Geheimnisse zu verraten gab.

(*Dr. Till Steffen GAL: Geheimnisverrat, weil es keine Strafverfolgungsermächtigung gibt!*)

Sie hat deshalb auch gar nicht weiter ermittelt. Dass Sie jetzt die ermittelnde Staatsanwältin und die Beamten der Dienststelle Interne Ermittlungen vorladen, ist ein wirklich einmaliger Vorgang. Sie üben Druck aus auf unabhängige Organe, weil die Ergebnisse, die Sie bekommen, Ihnen einfach nicht ins Zeug passen.

(Beifall bei der CDU)

Das hat es, zumindest in den Jahrzehnten, in denen ich hamburgische Politik verfolge, in keinem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegeben, dass man versucht hat, Druck auf Polizei und Staatsanwaltschaft

auszuüben, weil einem die Ergebnisse einfach nicht passen.

Lieber Kollege Dressel – und das gilt auch für Ihre Fraktion –, Sie befinden sich bei diesem PUA nun schon seit einiger Zeit auf dem Holzweg. Jetzt endet er auch noch in einer Sackgasse.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Aber um auf das zurückzukommen, worum es ging. Es ging darum, dass der Abgeordnete Böwer den Staatsrat Meister bedroht haben soll – ich sage es mal vorsichtig –, Dinge aus der geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße zu enthüllen, andernfalls würde er darüber stolpern. Das ist eindeutig politische Erpressung, strafrechtlich zumindest Nötigung und auch das ein einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der CDU)

Bis heute hat der zart besaitete Herr Böwer kein Dementi abgegeben – ansonsten ist er wortgewaltig genug –, keinen Widerspruch abgegeben, sondern es gibt einen dünnen Hinweis, dass ein flapsiger Spruch in bierseliger Runde so ernst genommen wird. An anderer Stelle war es Rotwein, vermutlich ist alles durcheinander getrunken worden.

(*Michael Neumann SPD: Wenn Sie das so ernst nehmen, wann hat denn der Bürgermeister davon erfahren?*)

Aber über Monate hinweg sind aus in der Tat vertraulichen Unterlagen Dinge an die Öffentlichkeit lanciert worden und da ist derselbe Herr Böwer nun eindeutig Hauptverdächtiger. Das zu ermitteln, versuchen Sie seit langer Zeit vehement zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Böwer ist sonst überhaupt nicht zimperlich. Der so empfindsame Herr Böwer hat überhaupt keine Scheu, den Ersten Bürgermeister mit dem Diktator Lukaschenko zu vergleichen. Nur wenn es ihn selber trifft, dann sackt er offensichtlich in sich zusammen. Den Senat als Verein von Tricksern, Täuschern und Rechtsbeugern zu bezeichnen, ist ein weiteres Beispiel.

(*Michael Neumann SPD: Das ist die höfliche Formulierung!*)

Nach all diesen verbalen Ausfällen oder zumindest Attacken hat sich der Senat endlich zur Wehr gesetzt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und der GAL)

Er hat nämlich die Waffengleichheit wieder hergestellt und, meine lieben Kollegen, es ist kein Monopol von SPD und GAL, Pressearbeit zu leisten.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Harald Krüger (fortfahrend): Das will ich auch gerne tun. Eindeutig hat sich gezeigt, dass hier der Kollege Böwer der Fachmann für Intrigen ist und – anders als der Bürgermeister – habe ich nicht klammheimliche Freude bei

A diesem Artikel verspürt, sondern habe mich gefreut, dass das endlich an die Öffentlichkeit gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Krüger, es geht hier nicht um Mitleid und Ablenkung, sondern um Anstand. Wenn Sie sich noch einmal vor Augen führen, dass der Senat bei der Aufklärung um die Vorgänge der Feuerbergstraße und der damit zusammenhängenden Protokollaffäre oft genug versucht hat, dem Parlament Steine in den Weg zu legen, fügen sich inzwischen diese Steine zu einem Mosaik zusammen und geben uns ein Bild davon, wie es dieser Senat mit den Rechten des Parlaments hält und was er für ein Verständnis von politischer Auseinandersetzung hat, mit einem Wort, was er überhaupt für eine Auffassung von Demokratie in dieser Stadt hat.

(*Harald Krüger CDU:* Was Sie für eine Auffassung über Gewaltenteilung haben!)

Dieses Bild hat mit der Aussage des Ersten Bürgermeisters, mit Ihnen, Herr von Beust, am 3. November noch eine weitere unschöne Facette dazubekommen. Wir wissen nun, dass der Staatsrat der Senatskanzlei vertrauliche Informationen der Presse gesteckt hat mit der Absicht, einem Abgeordneten der Bürgerschaft in der Öffentlichkeit zu schaden. Meine Damen und Herren, Herr von Beust, die Schadenfreude sei Ihnen unbenommen, aber niemand in diesem Haus kann es zulassen, dass von Ihrem unmittelbaren Umfeld aus der Versuch ausgeht, einzelnen, Ihnen missliebigen Abgeordneten durch gezieltes Lancieren von vertraulichen Unterlagen zu schaden. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie billigen das noch wohlwollend. Herr von Beust, das ist unanständig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Niemand in diesem Hause kann es hinnehmen, dass Sie diese Vorgänge auch noch zur Bagatelle herunterspielen und sich selbst von der Verantwortung freisprechen wollen. Sie als Erster Bürgermeister wollen uns Glauben machen – da kommt einem nur das Lachen –, dass Sie sich in keinem Moment gefragt haben, als Sie mit dieser Geschichte mit der Zeitung hier in die Bürgerschaft gekommen sind. Sie hätten doch nur vier Personen zu fragen brauchen, sich eingeschlossen. Da haben Sie sich schon mitgezählt. Nein, bei aller Gutgläubigkeit, es kann nicht angehen, dass Sie den Artikel benutzen, um mit einem Angriff auf einen Oppositionsabgeordneten von Ihren eigenen und den Fehlern Ihrer Senatoren abzulenken. So viel zu Ihrer Glaubwürdigkeit, Herr von Beust, mit der Sie die politische Auseinandersetzung führen. Das ist unanständig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann setzen Sie auch noch einen obendrauf. Der Erste Bürgermeister findet eigentlich diese Manipulationen

(*Wolfgang Beuß CDU:* Was heißt hier Manipulation?)

seines Staatsrats gar nicht so dramatisch und fühlt sich noch gemüßigt, uns eine Rechtfertigung für diesen Vorgang zu sagen. Er bietet uns an – Zitat –:

"Waffengleichheit mit der Opposition herzustellen."

Das mutet doch total absurd an, als hätten wir eine bessere Verbindung zur Behörde als die Regierung selbst.

(Zurufe von der CDU)

Das kann doch gar nicht angehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

An die Stelle der politischen Auseinandersetzung setzen Sie die persönliche und machen damit die parlamentarische Debatte wirklich zu der Schlammschlacht, wie sie oft genug diffamiert wird. Dazu tragen Sie bei. Diese Herabsetzung des Parlaments, meine Damen und Herren, werden wir nicht hinnehmen. So viel zu Ihrem Anstand.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im März, als es um die Aufklärung der Protokollaffäre ging, haben Sie, Herr von Beust, erklärt, dass Sie der Staatsanwaltschaft eine Verfolgungsermächtigung erteilt hätten und sehr angefasst gesagt – Zitat –:

"Dazu bekenne ich mich. Das muss man machen, auch wenn es schmerzt."

Meine Damen und Herren, inzwischen wissen wir doch, warum die Vorermittlungen im Kontext mit dem Gedaschko-Bericht eingestellt worden sind: Weil der Senat in diesem Fall gar keine Verfolgungsermächtigung erteilt hat, denn, meine Damen und Herren, eigene Schmerzen tun doch ein bisschen mehr weh, als irgendwie bei subalternen Mitarbeitern. So viel zur Glaubwürdigkeit von Ihnen, Herr von Beust.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christa Goetsch (fortfahrend): Nein, natürlich nicht, das geht von meiner Redezeit ab.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch eine kleine Anekdote erzählen. Am vergangenen Freitag stellten uns der Bürgermeister und sein Innensenator die Initiative zum Bleiberecht der Ausländer vor. Zur Feststellung des Innensenators – Zitat –:

"Wer betrogen, gelogen oder Gesetze gebrochen hat, muss das Land verlassen."

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, es muss eine sehr kurze Anekdote werden. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Christa Goetsch (fortfahrend): Ich komme zum Schluss. Des Bürgermeisters launiger Kommentar war wörtlich: Dann müssen wir wohl alle gehen. Da hatten Sie mal wieder alle Lacher auf Ihrer Seite. Meine Damen und Herren, mir bleibt bei diesen Witzen das Lachen im Halse stecken.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Krüger, Sie haben eben gesagt von den 106 Seiten sei eine halbe Seite an die Öffentlichkeit gekommen und was daran denn so schlimm sei. Der Witz ist, dass sich von den 106 Seiten 105 Seiten mit dem Fehlverhalten in hamburgischen Behörden unter Leitung dieses Senats beschäftigen. Eine Seite äußert einen Verdacht gegen einen Abgeordneten. Die 105 Seiten werden vom Senat weiterhin vor der Öffentlichkeit zurückgehalten.

(*Harald Krüger CDU:* Sie haben es doch selber in Ihren Unterlagen, Frau Dräger!)

Wie Sie vielleicht wissen oder auch nicht – das merken wir ja im PUA, dass Sie das PUA-Gesetz nicht so richtig durchschauen –, habe ich diesen Bericht vertraulich behandelt. Wollen Sie mir jetzt unterstellen, damit sei er öffentlich?

(*Harald Krüger CDU:* Aber einigen Kollegen von Ihnen!)

Das finde ich eine ziemlich weitgehende Unterstellung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die 105 Seiten, die den Senat belasten, sind nicht öffentlich gemacht worden, aber eine Anekdote, die, passend zu einer für Sie sehr schwierigen Debatte, einen Tag vorher der Presse gesteckt wird, ist öffentlich gemacht worden.

B *(Zuruf von Kai Voet van Vormizeele CDU)*

– Herr Voet van Vormizeele, Sie waren im PUA nicht dabei. Sie hätten dort erlebt, wie ernsthaft der Bürgermeister und der Staatsrat diesen Vorfall genommen haben, nämlich sehr launig, sehr witzig und als etwas, das wirklich keine Konsequenzen nach sich ziehen müsste, das wirklich nicht strafrechtlich relevant ist. Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie das nur aus dem Bericht kennen – nein, Sie können es ja eigentlich auch nicht kennen –, war den Herren von der Senatsbank sehr klar, dass man sich mit solchen Begriff wie strafrechtlich und Nötigung und ich weiß nicht was, sehr zurückhalten muss, weil es nämlich keine Substanz dahinter gibt. Das wussten die, Sie wissen es offenbar nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Ich möchte aber noch einmal auf die Vernehmung von Herrn Dr. Schön im Untersuchungsausschuss eingehen und insbesondere auf das Vorermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft. Worum ging es? Es ging darum festzustellen, ob eine Straftat vorliegt. Zu diesem Zweck wird derjenige befragt, von dem wir heute wissen, er wäre der Beschuldigte gewesen. Er wäre es gewesen, gegen den sich ein Ermittlungsverfahren gerichtet hätte. Die Information, die er den Ermittlungsbehörden gibt, führen dazu, dass es nicht zu einem Verfahren kommt. Das finde ich einen ungeheuerlichen Vorgang. Hier macht sich jemand zum Gutachter in eigener Sache und der Bürgermeister lässt es zu.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es gibt hier im Parlament einen guten Brauch. Wenn jemand in seinen persönlichen Angelegenheiten betroffen

ist, teilt er das mit und nimmt in der Regel weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen teil. Warum? Weil man jeden Beigeschmack vermeiden will, dass der eigene Vorteil das Handeln bestimmt. Herr Bürgermeister, Sie haben zugelassen und Sie wussten, wer derjenige ist, der den Verdacht erweckt hat, eine Straftat begangen zu haben. Sie wussten, dass Ihr Staatsrat Adressat eines möglichen Ermittlungsverfahrens war, und Sie haben zugelassen, dass diese Formverletzung stattgefunden hat und dass die ganze Angelegenheit einen höchst bitteren Beigeschmack von Interessenkollision und Schlimmerem bekommen hat. Es ist mindestens ein Formverstoß, wenn man sich als hoher Beamter gegenüber den Ermittlungsbehörden zum obersten Entlasten der eigenen Handlungen macht und wenn man dabei das Gegenüber über die eigene Mitwirkung noch im Unklaren lässt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Für die Mitarbeiter in den Behörden war für Sie die strafrechtliche Verfolgung nach dem Gießkannenprinzip gerade recht, für einen Vorfall in der eigenen Umgebung nicht. Sie haben weder die Staatsanwaltschaft noch die Öffentlichkeit über die Fakten in diesem Vorgang aufgeklärt. Entweder ist das Ganze eine Lappalie, dann hätten Sie spätestens in dem Moment, in dem die Staatsanwaltschaft die Vorermittlungen aufgenommen hat, das auch der Öffentlichkeit sagen und Ross und Reiter nennen müssen, oder Herr Dr. Schön hatte als möglicher Beschuldigter ernsthaft Anlass zur Sorge, sich vor Gericht verantworten zu müssen, dann hätten Sie niemals zulassen dürfen, dass er zum Gutachter in eigener Sache wird. Auch hier hätten Sie spätestens am Tag der Zeugenvernehmung mit offenen Karten spielen müssen. Das haben Sie versäumt. Sie haben zugelassen, dass die Form hier im Zusammenspiel auch zwischen Exekutive und Legislative aufs Gröbste verletzt wird. Von Ihren eigenen Worten bleibt kein Stück übrig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Form ist die Mutter der Demokratie. Unter dieses Zitat haben Sie Ihre Anmeldung zur Aktuellen Stunde gestellt. Vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Taten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, frage ich mich, ob Sie sich mit dieser Anmeldung nicht einen Bärendienst erwiesen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wo war denn diese Form, als von Beginn des ersten Untersuchungsausschusses an jedes vertrauliche Papier des Arbeitsstabes innerhalb von Stunden seinen Weg in die Presse fand? Wo war denn diese Form, als ich zu Beginn des Untersuchungsausschusses die von der SPD benannten Mitglieder des Arbeitsstabes in trauter Runde in der Vorbesprechung der SPD antraf?

(Zurufe von der CDU)

Und das, obwohl es eine eindeutige Dienstanweisung des Leiters des Arbeitsstabes gab, dass der Kontakt der Abgeordneten nur über ihn zu laufen habe. Wo war denn diese Form, als der Kollege Böwer von Zeit zu Zeit mit der Mitarbeiterin des Arbeitsstabes telefonierte, die die

A ganze Protokollweitergabe ins Rollen brachte? So nämlich die Aussage einer weiteren Mitarbeiterin vor dem zweiten Untersuchungsausschuss.

(*Harald Krüger CDU: Das Unschuldsamm Böwer!*)

Übrigens sagte diese Kollegin auch aus, dass die so gern telefonierende Kollegin SPD-Mitglied sei und Herrn Böwer gut kenne. Anzahl, Zeitpunkt und Inhalt dieser Gespräche dürften ein interessantes Untersuchungsfeld für den zweiten Untersuchungsausschuss sein.

(Beifall bei der CDU)

Wo war denn diese Form, als der Abgeordnete Böwer am 2. März 2006, kaum dass die Protokollweitergabe dem Leiter des Arbeitsstabes bekannt geworden war, erneut ausführlich von jener Mitarbeiterin des Arbeitsstabes am Telefon über den Vorfall informiert wurde? Herr Böwer, kommen Sie mir jetzt nicht wieder mit der albernen Aussage, Sie könnten sich nicht dagegen wehren, angerufen zu werden.

(Beifall und Lachen bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Gespräche kommt mir das doch reichlich fragwürdig vor. Wo war denn diese Form, als ich als Ausschussvorsitzender kurze Zeit später dem Kollegen Böwer über die Weitergabe der Protokolle informierte? Hat er mich darüber aufgeklärt, dass er bereits informiert war? Nein, er hat überzeugend die Unschuld vom Lande gespielt und sich den gesamten Vorgang noch einmal erzählen lassen. Wo war schließlich diese Form, als der Kollege Böwer Staatsrat Meister beim Parlamentarischen Abend mit den Worten angegangen sein soll, wenn die Einrichtung nicht dicht gemacht werde, habe er etwas in den Händen, was Meister binnen 72 Stunden das Amt kosten werde.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Das hat ein bisschen länger gedauert!*)

Wissen Sie, was Herr Meister Herrn Böwer antwortete? Na, Thomas, dann mal feste druff. Ich stelle fest, dass Herr Meister als SPD-Mitglied die Methoden Ihrer Partei genau kennt.

(Beifall bei der CDU)

Und tatsächlich hat er mit seiner Bemerkung ins Schwarze getroffen. Austeilen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, können Sie, Probleme sehe ich jedoch beim Einhalten der Formvorschriften und auch beim Einsticken. Wenn man Sie bei Ihren Verfehlungen erwischt, dann geben Sie die gekränkte Unschuld oder lassen sich flugs vom Parlament die Immunität bescheinigen.

Oder Sie zeigen mit dem Finger auf andere, um von sich abzulenken. Aber bedenken Sie, dass dann auch immer vier Finger auf Sie selbst zeigen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Jäger, Sie haben auf eindrucksvolle Weise

(*Wolfhard Ploog CDU: Recht gesprochen!*)

die Vorwürfe, die Herr Böwer gegenüber dem Bürgermeister erhoben hat, in der letzten Woche bestätigt. C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist schon ein starkes Stück. Bei Herrn Krüger könnte man sagen, na ja, der muss auch einmal etwas sagen und erzählt das dann so daher, aber Sie haben es eben deutlich belegt: Sie sind wirklich davon überzeugt, dass es richtig ist, aufgrund von puren Vermutungen einzelne Abgeordnete, die Ihnen nicht passen, die Ihnen unbehaglich werden, hier zu diskreditieren und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ihre Beweisführung passt auch eins zu eins zu der Argumentation des Bürgermeisters, der auf meine Frage, woher er denn die Erkenntnis nähme, dass Herr Böwer diese Sachen durchgesteckt habe, sagte, das ist doch einer, der da immer so rumwieselte. Das ist eine sehr eindrucksvolle Beweisführung, wie man eine Verantwortung für eine Verfehlung nachweisen will und genau das Niveau, auf dem Sie sich bewegen; so geht es nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

So geht es nicht und es ist absolut in Ordnung, wenn Sie bestimmte Fragen klären wollen. Wenn Ihnen das so wichtig wäre und Sie meinen, das sei ein dringendes Thema, dann hätten Sie schon lange mit einem eigenen PUA dabei sein können. Wir wollten uns bei unserer Aufklärungsarbeit in der PUA-Protokollaffäre nicht stoppen lassen. Demnächst werden wir Gelegenheit haben, das im gleichen Ausschuss zu machen, aber wir sind schon wesentliche Schritte vorangekommen.

(*Harald Krüger CDU: Wo?*)

Wir haben die Frage aufklären können, wer diesen Ausschnitt aus dem Gedaschko-Bericht weitergegeben hat. Diese Erkenntnis hätten wir nie gewonnen.

(*Harald Krüger CDU: Respekt!*)

Herr Schön wäre nie mit der Wahrheit herausgekommen, wenn wir die Arbeit in diesem Ausschuss nicht gemacht hätten und das ist genau das Niveau, auf dem der Senat arbeitet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dazu, wie geheim dieser Bericht zu dem Zeitpunkt war, komme ich noch. Dass Herr Schön es in Ordnung findet, diese Behauptung von Herrn Meister in die Medien zu spielen, zeigt sehr viel über den Stil, den dieser Senat im Umgang mit der Opposition pflegt, nicht die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diskreditierung von einzelnen Abgeordneten, die – so der O-Ton des Bürgermeisters – mal dran sind. Da werden dann Behauptungen, die Herr Meister vermutlich gegenüber Herrn Gedaschko aufgestellt hat, für bare Münze genommen und so in der Presse veröffentlicht.

(*Zuruf von Bernd Reinert CDU*)

Gab es vielleicht einmal den Gedanken, dass Herr Meister tatsächlich ...

(*Harald Krüger CDU: Warum dementiert er es dann nicht endlich?*)

– Niemand muss etwas dementieren, womit er nichts zu tun hat.

A (Beifall bei der GAL und der SPD – *Harald Krüger*
CDU: Außerordentlich glaubwürdig!)

Darum geht es nicht. Es geht um die Frage, warum sich Herr Schön nie die Frage gestellt hat, ob nicht vielleicht auch Herr Meister Anlass gehabt hätte, sich über Herrn Böwer zu ärgern, über die Aufklärungsarbeit, die im PUA Feuerbergstraße gelaufen ist, die ihn schließlich seinen Job gekostet hat. Kann es denn sein, diese Frage muss man sich einmal stellen, dass Herr Meister ein Gespräch – wir wissen nicht, wie nüchtern er war – im Nachhinein so interpretiert hat, um eine Retourkutsche zu konstruieren? Diese Frage hat sich Herr Schön nie gestellt und eine solche pure, in den Raum gestellte Behauptung wird dann genutzt, um einen einzelnen Abgeordneten zu diskreditieren.

(*Wolfhard Ploog CDU: Ach was!*)

Nun zu der Frage, ob dieser Bericht vertraulich war. Wir als Mitglieder des PUA Protokollaffäre haben diesen Gedaschko-Bericht nach wie vor als vertraulich gekennzeichnet. Bei uns gilt der Schutz der Vertraulichkeit, wir sind nicht befugt, diesen Bericht öffentlich zu verwenden. Aber der Senat nimmt das für sich in Anspruch und die Frage ist, warum dieser Bericht auf Seiten des Senats nicht vertraulich ist. Das Personalamt hat doch interveniert und gesagt, in diesem Bericht stehen sensible, personenbezogene Daten. Wenn diese Einschätzung zutrifft, dass dort schützenswerte Daten drinstehen, warum hat der Senat dann diesen Bericht nicht vertraulich gemacht, warum gab es keinen Beschluss dazu?

B Tatsächlich drängt sich der Eindruck auf, dass die Einstufung der Vertraulichkeit dem angepasst wurde,

(*Glocke*)

was Staatsrat Schön vorher selber gemacht hat. Der Schutz der personenbezogenen Daten der Mitarbeiter ist weniger wert als der Schutz des Staatsrats vor Strafverfolgung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich glaube, eines spüren viele von uns sehr deutlich: Ihre Träume sind geplatzt, es ist nichts geworden aus dem PUA und Ihre Enttäuschung ist grenzenlos.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Einlassungen schwanken zwischen Peinlichkeit und Komödiantentum hin und her, Komödiantentum zum Beispiel, wenn Herr Steffen sagt, er könne Herrn Böwers Kritik der letzten Woche voll verstehen.

(*Ingo Egloff SPD: Was haben Sie eigentlich für ein Rechtsverständnis?*)

Wenn ein verehrter Abgeordneter die Güte hat, mich mit Herrn Lukaschenko zu vergleichen und das von Ihnen noch geteilt wird, dann ist das wirklich nur noch komisch und mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

C Wenn ich Ihnen einen freundschaftlichen Rat geben darf. Wir haben noch etwa 13 Monate bis zur Wahl. Berlusconi haben Sie schon verbraucht, Lukaschenko ist nun auch weg, es gibt nur noch wenige, mit denen Sie eine Steigerung erzielen könnten. Seien Sie sehr vorsichtig mit diesen Vergleichen,

(*Michael Neumann SPD: Das ist ja unglaublich witzig!*)

irgendwann ist das Reservoir erschöpft.

(Beifall bei der CDU)

Und dann sind hier von all den Kollegen Dinge verkürzt oder unwahr dargestellt worden; wie ich glaube, zum Teil auch bewusst, weil einige der Kolleginnen und Kollegen an der Untersuchungsausschusssitzung, in der meine Vernehmung und die von Herrn Schön stattfand, teilgenommen haben und wir auch über die juristischen Dinge gesprochen haben. Es wurde zum Beispiel von einem Abgeordneten behauptet, es habe ein Strafverfahren wegen der Frage der Weitergabe gegeben; das ist falsch. Es hat eine Vorermittlung gegeben, wie auch Sie, Frau Kollegin, richtig gesagt haben. Zur juristischen Information: Bei der Vorermittlung prüft die Staatsanwaltschaft, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, das in einem Gerichtsverfahren enden kann, wenn Strafanklage erhoben wird.

(Zuruf von *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Vorermittlung ist nur ein Prüfungsverfahren. In diesem Vorermittlungsverfahren wurde die rechtliche Frage geprüft, ob genug Substanz vorhanden ist, um ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

(*Gerhard Lein SPD: Aber die Fragen waren nicht beantwortet!*)

Richtig ist, dass in diesem Vorermittlungsverfahren auch Herr Schön vernommen wurde. Die Staatsanwaltschaft selber ist aber bei der Einstellungsverfügung überhaupt nicht auf die Vernehmung mit Herrn Schön eingegangen,

(*Dr. Till Steffen GAL: Das stimmt überhaupt nicht!*)

sondern hat aus rein rechtlichen und nicht aus tatsächlichen Gründen das Ermittlungsverfahren nicht eröffnet; das bringen Sie durcheinander. Es gab dafür mehrere rechtliche Gründe. Zum einen hat die Staatsanwaltschaft gesagt, es kann gar kein Grund für die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens vorliegen, weil es gar nicht um eine Tatsache ging, die der Geheimhaltung unterliegt. Es ging nicht um die Daten, die bei den PUA-Berichten eine Rolle spielten, denn da ging es um die Geheimhaltungspflichten gegenüber den Bewohnern oder Insassen der Feuerbergstraße mit sehr sensiblen Sozialdaten, die deshalb nicht wahrgenommen werden durften. Das heißt, es lag gar kein Geheimhaltungsgrund vor. Und dieser Bericht ist zu diesem Zeitpunkt aus guten Gründen von der Exekutive weder als geheim noch als vertraulich eingestuft worden, denn damals waren sich sowohl Bürgerschaft als auch Senat einig, diesen Bericht gemeinsam zu veröffentlichen, jeder seinen. Kurz nach der Bürgerschaftssitzung, die nach den Ereignissen stattfand

(*Michael Neumann SPD: So ein Zufall!*)

– nein, kein Zufall –, hat man sich, verehrter Herr Neumann, mit der Bürgerschaftskanzlei, auch mit den Ihnen anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dahingehend geeinigt, nicht zu veröffentlichen, und zwar

A nicht, weil der Bericht vertraulich gewesen wäre, sondern weil in diesem Bericht eine ganze Menge empfindlicher Daten über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung gestanden haben.

(*Michael Neumann SPD*: Ach, kein Zufall, das ist ja noch interessanter!)

Und der Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung ist ein richtiger Schutz, den man nicht willkürlich aufs Spiel setzen darf.

(Beifall bei der CDU)

Ausschließlich aus diesem Grund ist der Bericht nicht veröffentlicht worden. Sie sagen, es hätte keine Einstufung gegeben und trotzdem sei er nicht weitergeleitet worden. Dieser Bericht ist auf Senatsseite genauso eingestuft worden wie auf Bürgerschaftsseite, da gibt es bei der juristischen Bewertung überhaupt keinen Unterschied. Es ging um den Schutz der Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil man hier eine Fürsorgepflicht hat. Und – das habe ich auch im Untersuchungsausschuss gesagt – bei allem Respekt vor allen Abgeordneten, eine Fürsorgepflicht für Herrn Böwer verspüre ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie wünschen, dass Gewaltenteilung zukünftig so definiert wird, dass die Exekutive eine Fürsorgepflicht gegenüber der Legislative hat, herzlich willkommen. Stellen Sie solch einen Antrag, bislang höre ich das zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte.

(*Ingo Egloff SPD*: Das ist jetzt wieder ziemlich bilig! – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Albern!)

B Es gab Vorermittlungen und dann wurde aus rein rechtlichen Gründen gesagt, der Bericht war weder vertraulich noch unterlag er der Geheimhaltung. Ein weiterer Grund, den die Staatsanwaltschaft geprüft hat, auch hier ein reiner Rechtsgrund, war die Frage, ob durch eine Weiterleitung von Teilen dieses Berichts, des Anhangs, gegen die Vorschrift verstoßen wurde, über Akten, die im Zuge eines Ermittlungsverfahrens vorliegen, nicht weiter zu reden, sie nicht weiterzugeben. Dazu hat die Staatsanwaltschaft ausdrücklich gesagt, beim Anhang zum Bericht handele es sich nicht um Akten im Zuge des Strafverfahrens, das mit dem PUA befasst war, da dieser Anhang überhaupt nichts mit den Dingen zu tun gehabt habe, die im Zuge der sogenannten PUA-Affäre von der Senatskanzlei oder wem auch immer unbefugt an Dritte gegeben wurden; es ging um völlig andere Dinge.

Das heißt, rein rechtlich, ohne Tatsachenwertung, hat die Staatsanwaltschaft gesagt, wir ermitteln gar nicht, nicht wegen Herrn Schön oder sonst wie, sondern weil schlachtweg nicht einmal der Anfangsverdacht einer Straftat vorlag. Ich werfe Ihnen vor, erstens immer wieder so zu tun, als sei dieser Bericht geheim gewesen, zweitens so zu tun, als sei gegen Formvorschriften verstoßen worden, wenn ein Anhang, der mit der Geheimhaltung nichts zu tun hatte, weitergegeben wurde und drittens zu sagen, hier sei mutwillig ein Strafverfahren verhindert worden, denn es gab keine Straftat. Lernen Sie eines: Wo keine Straftat ist, lieber Herr Neumann, da gibt es glücklicherweise auch kein Strafverfahren. Das ist in anderen Staaten anders, aber ich will, dass es in Deutschland so bleibt.

(Beifall bei der CDU)

C Erlauben Sie mir eine Frage zur moralischen Dimension. Hier ist von Anstand gesprochen worden. Frau Goetsch, es ist erstaunlich: Wenn man mit Ihnen unter vier Augen redet, ist es immer ganz nett, wenn Sie aber hier stehen, sind Sie ziemlich moralinsauer.

Reden wir über Anstand.

(*Gesine Dräger SPD*: Das ist Ihnen fremd!)

Man muss da die ganze Geschichte sehen. Die Dinge, über die wir reden, sind im Fluss und nicht isoliert zu betrachten. Erinnern sich eigentlich noch einige von Ihnen daran, mit welcher Infamie und mit welchen gemeinen, gehässigen und beleidigenden Worten im Vorfeld, auch gerade vonseiten der Sozialdemokraten, hier argumentiert wurde? Ich beginne einmal mit etwas Harmlosem. Zur unbefugten Weitergabe von Akten von Mitarbeitern an Dritte ist gesagt worden, das sei "Auftragsarbeit" gewesen, so etwas passiere "nur auf Weisung". Wissen Sie eigentlich, was diese Aussage bedeutet? Damit haben Sie erstens behauptet, Mitglieder der politischen Führung hätten bewusst Beamte angewiesen, rechtswidrige Aufträge zu erledigen und zweitens unterstellen Sie den Beamten, dies getan zu haben und nicht ihrer Pflicht nachgekommen zu sein, zu remonstrieren.

(*Ingo Egloff SPD*: Er hat das selber gemacht!)

Die politische Führung kann das ertragen, aber was Sie damit den Beamten und Angestellten der Behörden unterstellt haben, ist unglaublich und dazu ist kein Wort der Entschuldigung von Ihnen gekommen.

(Beifall bei der CDU)

D Der zweite Punkt: Bevor im Untersuchungsausschuss überhaupt Erkenntnisse oder eine abschließende Wertung vorlagen, verkündet ein SPD-Abgeordneter – Zitat –:

"Der Senat wird zu einer Vereinigung von Tricksern, Täuschern und Rechtsbeugern."

Sie unterstellen also ohne einen Beweis Rechtsbeugung, Rechtsbruch, was dazu führte, dass einige ganz übereifrige Journalisten davon sprachen, der Senat gehe in Richtung krimineller Vereinigung. Jetzt steht fest, dass alles nicht stimmt. Alle Strafverfahren sind entweder gar nicht eröffnet oder eingestellt worden bis auf eins, das gegen eine Bürgerschaftsmitarbeiterin besteht. Meinen Sie nicht, wenn Sie von Anstand reden, sei es mal an der Zeit, sich für diese Unverschämtheiten zu entschuldigen. Ich meine, es ist höchste Zeit, das zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir einen letzten Hinweis. Vielleicht kann das richtiggestellt werden, Sie haben daraufhin etwas flapsig reagiert, Herr Steffen, vielleicht kann es auch Herr Böwer machen. Herr Böwer, ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber nach dem, was ich in der Presseinformation und Ihrer eidesstattlichen Erklärung gelesen habe, haben Sie niemals bestritten, dass solche Äußerungen gefallen sein könnten. In der Presseerklärung der SPD-Fraktion heißt es, dass man einen flapsigen Spruch in bierseliger Runde für den Versuch einer politischen Erpressung halte, sei schwer nachvollziehbar.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das ist unglaublich!)

Das ist eine Wertung, wie es andere einordnen oder nachvollziehen würden. Sie haben aber nicht gesagt, ich habe so etwas nie gesagt, sondern haben nur gesagt, es

A war ein flapsiger Spruch in einer bierseligen Runde, das darf man nicht so ernst nehmen; das ist kein Dementi.

(*Harald Krüger CDU: Im Gegenteil!*)

Nun mag es in der Tat – ich war nicht dabei – alles gar nicht so tragisch gewesen sein, aber dass sich, den Betreffenden ein mal außen vor lassend, die anderen als unglaubliche moralische Instanz aufspielen und sagen, hier sei unglaubliches Unrecht geschehen und das Dementi besteht dann darin, auf gut Deutsch zu sagen, ich habe mit besoffenem Kopf Mist geredet, ist ein bisschen dünn. Wenn Sie schon mit Moral kommen, dann müssen Sie das auch für sich selber und Ihre Kollegen und Kolleginnen gelten lassen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Wenn er ein bisschen Niveau hat, entschuldigt er sich!*)

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, immerhin haben Sie doch noch einmal an der Debatte teilgenommen. Was Sie aber gesagt haben, hat nicht zur Erhellung des Sachverhalts beigetragen, im Gegenteil. Sie haben versucht, juristische Nebelkerzen zu werfen und haben klassische rhetorische Figuren benutzt wie jeder Senator, wie jeder Bürgermeister, wenn er in Bedrängnis gerät. Er versteckt sich hinter seinen Beamten und wirft der Opposition vor, sie würden die Beamten kränken. Es geht bei unserer Kritik nicht darum, dass wir kein Vertrauen zu unserer Polizei oder Staatsanwaltschaft haben, sondern darum, dass wir schon lange kein Vertrauen mehr zu diesem Senat haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie von einer Entschuldigung sprechen, Frau Goetsch hat es dankenswerterweise noch einmal angezprochen, so erinnern wir uns alle an den tränenerreichen, theatralischen, komödiantenhaften – um Ihren Begriff zu benutzen – Auftritt von Ihnen, Sie hätten heute in einer Hamburger Boulevardzeitung lesen müssen, dass ein Abgeordneter versucht haben soll, den Staatsrat zu erpressen. Welche Show haben Sie denn hier abgeliefert? Wenn sich in diesem Haus jemand entschuldigen muss, dann sind Sie das und niemand anderes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Übrigen haben Sie so schön gesagt, wenn es keine Ermittlungen gibt, gäbe es auch kein Strafverfahren. Wann haben Sie denn davon erfahren, dass der Abgeordnete Böwer angeblich den Staatsrat erpresst haben soll? Wann haben Sie denn eine entsprechende Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, dass einer Ihrer Staatsräte erpresst wird? Wann hat Herr Meister den Strafantrag gestellt? Offensichtlich waren weder Sie noch Ihr Adlatus Herr Schön,

(*Hans-Detlef Roock CDU: Eine Frechheit!*)

noch Herr Meister der Auffassung, dass es wirklich so geschehen ist, wie es von Ihnen gezielt in die Presse lanciert wurde.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dass Sie, seitdem Sie Regierungsverantwortung übernommen haben, Datenschutz wahrlich nur noch als Täterschutz begreifen und sich dahinter verstecken, haben wir in vielen Debatten erlebt. Hier wird wieder der Schutz der allgemeinen Beamtenschaft Hamburgs vorgeschenkt. In Wirklichkeit geht es doch nur darum, Ihren Staatsrat zu schützen und um nichts anderes.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das sind doch alles Plättitüden hier!*)

Hier geht es nicht um die Hamburger Beamten, hier geht es darum, den einzigen, der Ihnen noch helfen kann, den Senat zusammenzuhalten, nachdem Herr Peiner von Bord gegangen ist, zu schützen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe heute interessante Formulierungen zum Stichwort geheim gehört. Da man den Bericht weder in den Zeitungen lesen kann, er noch auf Internetseiten veröffentlicht worden ist, noch der Gänze des Parlaments in Form von Drucksachen oder anders zugänglich geworden ist, ist es mir als Fraktionsvorsitzender, als Oppositionsführer nicht möglich, diesen Bericht einzusehen

(*Bernd Reinert CDU: Gehen Sie in den PUA!*)

und damit ist er für mich geheim. Sie haben das an die Öffentlichkeit gegeben und da können Sie jetzt von der logischen Sekunde sprechen. Welch ein Zufall, dass es exakt in dem Augenblick geheim gestellt wurde, als Sie es durchgestochen hatten.

(*Harald Krüger CDU: Für solche Fälle haben wir ja Herrn Böwer!*)

Es bleibt dabei: Sie haben hier gezielt mit den Mitteln der strafrechtlichen Verleumdung einen Abgeordneten ins Aus befördern wollen und das ist schändlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bin dem Kollegen Krüger fast dankbar, er hat mir das Stichwort noch einmal genannt. Wir haben nämlich in einem anderen Zusammenhang über die Rolle von Staatsrat Schön schon einmal hier gesprochen. Er war bekanntermaßen auch der Türöffner für den Osman-Agenten Mettbach, der dann entsprechend zum Bürgermeister kam.

(*Lachen bei der CDU – Harald Krüger CDU: So was nennt man Verfolgungswahn!*)

Er war derjenige, der als erster erfahren hat, dass Osman bereit ist, Geld zu spenden, wenn er Baugenehmigungen erhält. Er war derjenige, der mit seinen Vermerken die Tür zum Bürgermeister geöffnet hat und das muss man in diesem Zusammenhang auch sehen. Offensichtlich haben wir hier eine Spinne im Netz, offensichtlich spielt Herr Schön eine ganz prekäre Rolle und gut, dass wir zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben, die das ans Licht bringen werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich will gar nicht darüber nachdenken, wenn diese ganze Affäre so nichtig ist, wie Sie immer sagen, welche Mittel dieser Senat bereit ist einzusetzen, wenn es auch aus Ihrer Sicht wirklich prekär für den Senat wird. Wenn bereits jetzt das Mittel der öffentlichen Lancierung benutzt wird, dann will ich gar nicht wissen, welche Mittel noch alle ergriffen werden, wenn es wirklich um den Fortbestand, um das politische Überleben dieses Senats geht.

A Zusammenfassend: Der Bürgermeister hat heute wiederum keinen Beitrag – ich sehe die Lampe leuchten –

(*Bernd Reinert CDU*: Geht ihm endlich ein Licht auf! – Lachen und Zurufe von der CDU)

zur Aufklärung geleistet. Er hat im Gegenteil auch keine Konsequenzen für seinen Staatsrat angekündigt und deshalb steht der Bürgermeister dort auch persönlich in der Verantwortung, wenn er sich nicht dazu durchringen kann, diesen Staatsrat so wie Staatsrat Meister, wie seinen Freund Roger Kusch endlich in den Ruhestand zu schicken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, es gibt ein deutsches Sprichwort, welches heißt: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Manchmal sind Reden aber auch Blech und Ihre Rede war Blech.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie dem Senat misstrauen, ist natürlich Ihr gutes Recht als Opposition, aber dass Sie deswegen schon unter Wahrnehmungsstörungen leiden, stimmt bedenklich.

(Beifall bei der CDU)

B Wenn der Bürgermeister, was seine beamtenrechtliche, seine dienstherrenrechtliche Pflicht ist, sich vor seine Bediensteten stellt, dann sagen Sie, er verstecke sich hinter diesen. Das ist wirklich absurd und deswegen sollten Sie nächstes Mal genauer überlegen, ob es sich wirklich lohnt, ans Rednerpult zu gehen, wenn man offenkundig nichts zu sagen hat.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: So lange Sie sich trauen, traue ich mich auch!)

Da wir im Rahmen dieser Debatte die kleine Nebendebatte über rhetorische Stilmittel offensichtlich auch noch ein bisschen pflegen wollen, haben Sie natürlich mit einem ganz alten Hut gearbeitet und Herrn Böwer wie ein Karnickel darin verschwinden lassen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben den Hut genommen und gesagt, Herr Bürgermeister, Sie müssen sich bei Herrn Böwer entschuldigen. Dieses auskeilende Rührmichnichtan von der Hinterbank sollte endlich einmal den Mut aufbringen und ganz klar sagen, ich war besoffen und das habe ich erzählt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber dass Sie sich hier hinstellen und sagen, der Bürgermeister möge sich bei Herrn Böwer entschuldigen, geht wirklich nicht. Wer von beiden hatte denn einen im Tee?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie hatten eingangs in Ihrer

Bemerkung gesagt, es sei nun nichts geworden aus dem PUA und haben uns sozusagen Ihr Mitleid geschenkt.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das ist aber fair!)

Ich will Ihnen eines sagen: Wir haben einen Vorgang offengelegt, der nichts anderes bedeutet, als dass diese Regierung einen einzelnen Oppositionsabgeordneten mit einer nur dem Staat vorliegenden Information gezielt diffamiert hat, indem Sie diese Information an eine befreundete Zeitung weitergegeben hat. Allein dafür, dass wir diesen Vorgang öffentlich gemacht haben, hat sich dieser PUA schon gelohnt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Rechtfertigung dieses Vorgangs finde ich dann doch interessant. Da wird von Waffengleichheit gesprochen. Ich verstehe das, ehrlich gesagt, nicht. Bisher war man in der politischen Wissenschaft und auch im allgemeinen Verständnis immer davon ausgegangen, dass die Verwaltung, dass der Staat, dass die Regierung einen ganz natürlichen Wissensvorsprung gegenüber der Opposition haben und die Opposition demgegenüber natürlicherweise einen Nachteil, weil Sie eben nicht über das Herrschaftswissen verfügt. Wenn Sie sich jetzt auf Waffengleichheit berufen, dann ist diese CDU-Regierung die erste Regierung, die der Opposition mehr Wissen bescheinigt, als sie selber hat, wenn sie es tatsächlich nötig hat, sich auf Waffengleichheit zu berufen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Kai Voet van Vormizeele CDU*: Verschwindend geringer Beifall!)

Wenn Sie sich auf Waffengleichheit berufen, beziehen Sie sich auf das Bekanntwerden eines Vermerks aus dem PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße"; das hat Sie offenbar mächtig geärgert. Aber trägt dieser Vergleich wirklich, der Opposition oder wem auch immer zu unterstellen, sie gebe diesen Vermerk heraus und deswegen seien Sie in einer quasi Notwehrlage auch befugt, einen solchen Vermerk über den Gedaschkobert zu veröffentlichen?

(*Wolfgang Beuß CDU*: Gott, ist das langweilig!)

Ich glaube nicht, dass dieser Vergleich ernsthaft trägt. Auf der einen Seite gibt es den Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der zumindest in seinen Ergebnissen im Abschlussbericht – das steht heute schon fest – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und dessen Ergebnisse im Übrigen auch schon in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingeflossen sind und öffentlich gemacht wurden. Dies ist zweitens ein Vorgang, der aus dem Untersuchungsauftrag, den wir im Parlament beschlossen haben, direkt folgt.

Hier ist aber etwas anderes geschehen, nämlich eine Tatsachenbehauptung, die einem einzelnen Oppositionsabgeordneten zum Nachteil gereicht, wo Worte in den Raum gestellt werden, die Straftaten sind, wo von Erpressung geredet wird. Ich glaube nicht, dass Sie ernsthaft davon reden können, das in Wahrnehmung eines öffentlichen Auftrags zu machen. Der einzige Auftrag, den Sie dabei vielleicht empfinden, ist der Auftrag Ihrer Partei, aber das ist kein öffentlicher Auftrag.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

A Schließlich muss ich noch etwas richtigstellen. Hier wurde gesagt, das Vorermittlungsverfahren gegen Staatsrat Schön sei ausschließlich deshalb eingestellt worden, weil dieser Bericht nicht als geheim einzustufen sei. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen: Erstens finde ich die Darstellung, was nun geheim ist, ziemlich spitzfindig. Da ist ein Bericht, auf den die Öffentlichkeit seit Monaten wartet, und Sie sagen, der war irgendwie damals nicht wirklich geheim und zweitens verschweigen Sie – und das finde ich das Interessante, Herr von Beust – einen ganz wichtigen Grund, warum die Staatsanwaltschaft das Vorermittlungsverfahren eingestellt hat, weil nämlich die Verfolgungsermächtigung, die der Senat geben muss, gefehlt hat.

Das war ein wichtiger Grund, der auch in dem Vermerk nachzulesen ist. Sie haben im Zusammenhang mit der PUA-Protokollaffäre über die gesamte Verwaltung Strafverfolgungsermächtigungen ausgestellt. Der einzige Teil, der davon nicht betroffen scheint, ist die Senatskanzlei. Sie messen mit zweierlei Maß. Das müssen Sie richtigstellen, Herr von Beust.

(Beifall bei der GAL)

Sie hatten uns aufgefordert, wir sollten Sie nicht noch einmal mit weiteren Herrschern vergleichen, sondern noch ein bisschen suchen. So, wie Sie hier freihändig agieren und sich nicht an den Anstand halten, an den wir hier gewohnt sind, kann ich nur einen Vergleich anstellen: Mir fällt da Ludwig XIV. ein, der Sonnenkönig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht: Hat die CDU jetzt doch der Mut verlassen? Das wäre dann auch ein Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses.

Die Vorgänge um die Weitergabe des Gedaschko-Berichtes sind bemerkenswert. Ich will Ihnen einige kleine, aber wichtige Details in Erinnerung rufen: Da hält der Bürgermeister, Herr von Beust, am 29. März hier eine scheinbar fulminante Rede und zitiert aus der "Bild-Zeitung". So schön kann er nur aus der "Bild-Zeitung" zitieren,

(*Bernd Reinert CDU: Weil er sie gelesen hat!*)

weil sein Dr. Schön dort einen Teil des immer noch geheimen Gedaschko-Berichts öffentlich gemacht hat.

Die Bürgerschaft hat schließlich einen Untersuchungsausschuss zu diesen Vorgängen eingesetzt. Vor einigen Wochen hatten wir im Untersuchungsausschuss die Zeugen Gedaschko und Bonorden. Beide hatten eine vom Senat eingeschränkte Aussagegenehmigung, die ausdrücklich verhindern sollte, dass der Untersuchungsausschuss die beiden zur Weitergabe des Gedaschko-Berichtes befrage.

Nun kamen am 3. November 2006 Herr Dr. Schön und Herr von Beust. Dort gab es die klassische Arbeitsteilung des CDU-Senats: Der Bürgermeister wusste von gar nichts und davon erst nach seiner Rede am 29. März 2006. Er ist, wie immer, der good boy. Der bad boy musste in diesem Fall vom Staatsrat der Senatskanzlei gege-

ben werden. Beide hatten auch zunächst eine derart eingeschränkte Aussagegenehmigung, aber sagten dann doch mehr. Wenn der Senat der Ansicht gewesen wäre, dass die Weitergabe von Teilen des Gedaschko-Berichtes so harmlos sei, hätten auch Herr Gedaschko und Herr Bonorden zuvor eine umfassende Aussagegenehmigung bekommen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn ich den Bürgermeister anscheinend beim Telefonieren störe,

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Keine Sorge, machen Sie weiter!*)

gilt immer noch das, Herr Bürgermeister, was Sie vor genau sechs Jahren zum PUA "Sozialbehörde" an dieser Stelle gesagt haben:

"Von einen Bürgermeister verlange ich ... schlichtweg", so damals Herr von Beust,

"dass er sagt: Jawohl, ich trage Verantwortung und habe in der Zeit Fehler gemacht."

Es gab aber kein Wort in dieser Richtung. Warum haben Sie nicht den Mut, das zu sagen?

(Beifall bei der SPD)

Diesen Satz haben wir von Ihnen bezüglich der Weitergabe des Gedaschko-Berichtes nicht gehört. Vielmehr halten Sie ein solches Verhalten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden und dem Parlament anscheinend für normal. Herr von Beust, Sie schützen Herrn Schön. Herr Schön, Sie schützen Herrn von Beust. Die Strafverfolgungsermächtigung gegen Herrn Dr. Schön hat der Senat ausdrücklich nicht gegeben. Sie missachten auf diese Weise die Bürgerinnen und Bürger und Sie missachten das Parlament. Das ist eines hamburgischen Bürgermeisters unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Punkt ist in Vergessenheit geraten: Herr Jäger, vorhin hatten Sie einige Fragen an den Kollegen Böwer gerichtet. Sie werden Gelegenheit haben, diese Fragen auch im PUA anzusprechen, und zwar deshalb, weil die SPD-Fraktion den Kollegen Böwer zu genau zu diesen Fragen in den Zeugenstand gerufen hat. Das waren nicht Sie, sondern die SPD-Fraktion. Das soll als Beleg dafür dienen, dass es uns sehr wohl darum geht, diese Fragen aufzuklären. Was Sie hier abgeliefert haben, war deshalb ein Scheingefecht, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Die moralischen Anwandlungen des Bürgermeisters: Er sagte vorhin, wir sollten nicht so moralisch argumentieren. Wir haben jetzt vorliegen, was der Bürgermeister am 20. März 2006 im Raum 151 alles an moralischen Maßstäben gesetzt hat. Ich komme noch einmal zu diesem schönen Spruch, "Die Form ist die Mutter der Demokratie". Irgendwann werden Sie bereuen, diesen Satz gesprochen zu haben, da Sie immer wieder daran gemessen werden.

A (Beifall bei der SPD)

Am 29. März 2006, glaube ich, haben Sie sich in der Bürgerschaft hingestellt – der Kollege Neumann hat dies schon angesprochen. An diesem Tag gab es den Gedaschko-Bericht, wenn ich richtig gezählt habe, genau viermal.

(*Bernd Reinert CDU*: Und bis vier können Sie sicher zählen!)

An diesem Morgen, als Sie es in der "Bild-Zeitung" lasen, müssen Sie sich schon gefragt haben – diesen Bericht gab es nur in Ihrem direkten Umfeld –, wie das an die "Bild-Zeitung" gekommen sei. Sie haben im PUA gesagt, Sie hätten so einen direkten Draht mit Herrn Schön, immer Tür an Tür, und wenn etwas sei, spreche man sich schnell ab. Da wollen Sie uns weismachen, dass Sie bis zur Bürgerschaftssitzung diese Frage, wie ein richtiger Ausriß aus diesem Bericht in die Zeitung gekommen sei, nicht mit Ihrem Staatsrat besprochen hätten? Das ist schwer zu glauben. Wir werden uns diese Sache noch einmal ansehen. Es kann deshalb durchaus sein, dass wir auch Sie zu dieser Frage noch einmal in den Zeugenstand rufen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es passt Ihnen sicherlich nicht, dass wir immer wieder den Punkt mit der Strafverfolgungsermächtigung vorbringen. Aber wie kann es denn sein, dass Sie in der Protokollaffäre alle, die irgendwie einmal ein Protokoll des PUA "Feuerbergstraße" in der Hand hatten, mit einer Strafverfolgungsermächtigung bedacht haben, damit alles restlos aufgeklärt werden könne, Sie aber dann, wenn dieses Thema Ihren Vorhof erreicht, keine Strafverfolgungsermächtigung erteilen? Wie passt das denn zusammen, Herr Bürgermeister?

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch und Christian Maaß, beide GAL*)

Schauen wir einmal, wie Sie bezüglich der Geheimhaltung argumentiert haben. Am 31. März 2006 haben Sie über die Pressestelle des Senats begründet, warum Sie den Gedaschko-Bericht der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stellen würden. Sie sagten:

"In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings eine Reihe schwieriger Rechtsfragen. Dabei spielen auch strenge datenschutzrechtliche und personalfürsorgerische Pflichten des Dienstherren gegenüber den betroffenen Beschäftigten eine wichtige Rolle ... Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, dass der Bericht zwischenzeitlich Gegenstand staatsanwaltlicher und disziplinarrechtlicher Prüfung gewesen ist. Auch hat die Staatsanwaltschaft bereits wegen der Veröffentlichung von Teilen des Berichts in der Tagespresse strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet."

Sie haben also sehr vielseitig argumentiert, warum Sie den Bericht nicht der Öffentlichkeit vorstellen könnten. Unser Vorwurf ist, Sie hielten diesen Bericht zurück und müssten entsprechend die Konsequenzen daraus ziehen, dass der Bericht geheim sei. Dann stellt sich die Frage der strafrechtlichen Seite ganz anders. An dieser Stelle wird deutlich, dass Sie es hinsichtlich der Geheimhaltung dieses Berichts immer so hinbiegen, wie es Ihnen juristisch passt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum ersten Thema der Aktuellen Stunde.

Wir kommen zum zweiten Thema, von der GAL-Fraktion angemeldet: "Der Smutje verlässt der Schiff: Endlich ein Beitrag Freytags zum Klimaschutz". Wer wünscht das Wort? – Herr Maaß, bitte.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Umweltsenator geht von Bord. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass Klimaschutz nicht nur das bedeutendste umweltpolitische Thema ist, sondern auch eines der wichtigsten Themen auf der globalen politischen Agenda. Es ist also Zeit für eine Bilanz des scheidenden Senators auf seinem wichtigsten umweltpolitischen Betätigungsgebiet.

Betrachten wir zunächst, was die Wissenschaft von der Politik fordert. Schauen wir uns die Prognosen an, die derzeit in Nairobi auf der Klimakonferenz beraten werden und messen dann diese Anforderungen, die an uns gestellt werden, an den Taten Senator Freytags.

Alle Studien, die es gibt, besagen, dass der Meeresspiegel in diesem Jahrhundert mindestens einen Meter ansteigen werde. Wenn es nicht gelinge, den Ausstoß an Treibhausgasen in den nächsten zwei Jahrzehnten drastisch zu reduzieren, drohe ein noch sehr viel größerer Anstieg. Manche Klimawissenschaftler sagen bereits, es sei nicht mehr eine Frage, ob das Grönlandeis und Teile des antarktischen Eises schmelzen würden, sondern nur noch, wann. Was das bedeuten würde, wissen einige von Ihnen: Würde das Grönlandeis schmelzen, hätte das einen Anstieg des Meeresspiegel um etwa 7 Meter zur Folge und der Golfstrom könnte sich erheblich abschwächen. Das ist etwas, das uns hier in Hamburg heute bewegen sollte,

(Beifall bei der GAL)

denn gerade hier in einer Küstenstadt, sind wir natürlich besonders von einem solchen Klimawandel betroffen. Ganze Regionen müssten in Norddeutschland dem Meer geopfert werden. In Hamburg würden Zehntausende Häuser und Wohnungen unbewohnbar.

Auch die globalen Folgen der Klimaveränderung sind dramatisch und sollten uns Anlass geben, unser Handeln zu überprüfen. Nach der jüngst vom ehemaligen Weltbank-Chefökonomen, Niklas Stern, vorgestellten Bericht an die britische Regierung droht der Klimawandel, etwa 20 Prozent des jährlichen Bruttonsozialproduktes zu kosten. Dem stünden Kosten von 1 Prozent jährlich für wirksame Klimaschutzmaßnahmen gegenüber. Das heißt also, der Nutzen aktiver Klimapolitik übersteigt die Kosten um ein Vielfaches. Deswegen haben Politiker wie Tony Blair – leider nicht in Hamburg – erkannt und es sich als politisches Ziel gesetzt, das Zeitfenster, das uns noch offen steht, die nächsten 20, 30 Jahre, aktiv zum radikalen Gegensteuern zu nutzen. Deswegen hat auch Tony Blair dies ganz oben auf seine politische Agenda gesetzt. Ich würde mir wünschen, dass dieser Senat endlich auch die Kraft finde, dies für Hamburg zu tun.

(Beifall bei der GAL)

Herr Senator Freytag – das müssen wir konstatieren – hat in diesem Punkt schlicht versagt. Er hat es nicht zu seinem Hauptthema gemacht. Aber es ist doch ein gewal-

A tiger Kraftakt, der hier erforderlich wäre. Minus 80 Prozent Treibhausgasemission bis 2050, minus 40 Prozent in den nächsten zwei bis drei Dekaden, das ist das, was die Klimawissenschaft von uns verlangt. Was ist Hamburgs Bilanz? Stagnation auf hohem Niveau. Wir haben keinen Rückgang der CO₂-Emissionen. Was setzt sich dieser Senat als Ziel? Das orientiert sich nicht etwa an dem, was von uns verlangt wird. Nein, was finden wir im Monitor "Wachsende Stadt" als Ziel? Wachstum möglichst ohne zusätzlichen Ausstoß von Treibhausgasen. Das ist doch ein Witz. Damit ist Hamburg doch zum klimapolitischen Sündenfall unter Ihrer Regie geworden, Herr Freytag.

(Beifall bei der GAL)

An den designierten Senator Gedaschko kann man nur appellieren, dass er sich von dieser Politik ganz deutlich distanziere und einen neuen Weg einschlage. Wenn Herr Gedaschko in einem Interview bereits ankündigt, er wolle auch in der Umweltpolitik Kontinuität walten lassen, und die Politik und das skandalöse Nichtstun Herrn Freytags verteidigt und sagt, die Politik des Senators sei zu Unrechts als Ankündigungspolitik verkauft worden, dann ist das ein schlechter Einstieg von Herrn Gedaschko.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Mathias Petersen und Michael Neumann, beide SPD)

Es muss sich doch etwas ändern. Hier in Hamburg läuft die Klimapolitik bisher als Gedöns, das man nebenbei machen kann. Dabei hat die UNO in einem Bericht für die Klimakonferenz in Nairobi gerade festgestellt, dass die Treibhausgasemissionen in den letzten fünf Jahren stärker gestiegen sind als jemals zuvor. Allein die Emissionen aus Kohle- und Gaskraftwerken haben sich in den Jahren 2000 bis 2005 gegenüber dem Zeitraum 1990 bis 2000 vervierfacht. Was macht Hamburg? Wir fördern den Bau eines Kohlekraftwerkes unter dem Beifall von Umwelt senator Freytag. Hier läuft etwas grundlegend schief. Hier muss endlich der neue Umwelt senator und dieser Senat eine neue Richtung einschlagen.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

Hartmut Engels CDU:* Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat hat dieser CDU-Senat einen Wechsel von CDU-Senatoren durchgeführt. Dazu gehört auch der Umwelt senator. Aber dieser Wechsel – und das ärgert Sie, Herr Maaß, als Opposition – ist derartig wunderbar und reibungslos sowohl in der Fraktion wie im Senat und auch durch den Bürgermeister betrieben worden, dass Sie jetzt mit diesem komischen Thema kommen, mit dem Smutje, der von Bord gehe. Das ist verfehlt.

(Beifall bei der CDU – Christa Goetsch GAL: Das ist doch kein komisches Thema!)

Diese Geschichte mit dem Schiffskoch soll Ihr Rufen im Wald verbessern, nach dem Motto "Wir sind auch richtige Hamburger". Ich zitiere mal: Mir vun dr GAL sin och eschte Hamborgr.

(Dr. Monika Schaal SPD: Aber Sie kommen aus Sachsen oder was?)

Das wollten Sie damit ausdrücken. Es wirkt reichlich verkrampt und nichts anderes.

C Wenn Sie hier einem Senator nachtreten wollen, denke ich an Ihren eigenen letzten Senator, Herrn Porschke, der im Wesentlichen Antwortenverhinderungssenator war. Seine wesentliche Leistung bestand darin, dass Hamburg auch beim Bingo teilnehmen kann – einem nicht besonders erfolgreichen Glücksspiel. Wer selbst in der Wahl seiner Senatoren, insbesondere seiner Umwelt senatoren, nicht so besonders erfolgreich war, sollte nicht versuchen, bei unserem Umwelt senator nachzutreten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist im Übrigen auch nur ein Pflegen einer Vorurteilslage. Das haben auch die Verbände getan. Denen sind Sie ja wieder brav gefolgt, nach dem Motto "CDU-Umwelt senator müssen schlecht für die Umwelt sein".

(Christian Maaß GAL: Klaus Töpfer war nicht schlecht!)

Das exakte Gegenteil ist der Fall. Dieser Senator hat in entscheidender Weise einen Beitrag zur echten Integration der Umweltpolitik in die Stadtentwicklungspolitik geleistet. Ich werde Ihnen gleich einige Beispiele nennen. Dafür sind wir ihm dankbar.

Wir sind ihm auch dankbar für seine Persönlichkeit, seine Energie, seine Tatkraft und bisweilen auch seinen Humor und allemal auch sein Selbstbewusstsein. Dieser Umwelt senator hat wichtige Eckpunkte gesetzt. Ich werde Ihnen einige Beispiele nennen, gerade, weil Sie das Thema "Kyoto-Protokoll" angesprochen haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir sind hier nicht auf einer Beerdigung. So müssen Sie nicht reden!)

Hamburg ist als kleiner Bestandteil Europas, der Welt sowieso, natürlich nicht zu beliebig großen Maßnahmen in der Lage. Sie haben auch keine vernünftige Maßnahme genannt. Wissen Sie, wem wir die Sache mit dem Kohlekraftwerk verdanken? Wir danken sie diesem übereilten Ausstieg aus der Atomenergie. Daran sind Sie schuld und niemand anders. Wie sollen wir denn den Energiebedarf decken? Hüten Sie sich also vor solchen Vergleichen.

D Ich will weitere Beispiele nennen, wo gerade dieser Umwelt senator hervorragende Leistungen vollbracht hat, in kleinen Schritten zwar, aber viele kleine Schritte sind zum Schluss ein großer. Ich erinnere an die Umwelt partner schaft, ein Einbeziehen des Handwerks und der Industrie in Ressourcen und damit auch in Umweltschutz. Ich erinnere an das Unternehmen Ressourcenschutz, ebenfalls ein erfolgreich in Gang gesetztes Programm. Ich erinnere auch an das Thema Ordnung und Sauberkeit, das insof fern mit dem Umweltgedanken zusammenhängt, als es das Umweltbewusstsein pflegt. Dieser Senator ist in das Thema Sauberkeit in dieser Stadt eingestiegen, nicht nur in den Sicherheits- und Ordnungsdienst, sondern auch diese fröhlichen, sich zur Sauberkeit bekennenden, roten Müllbehälter mit diesen lustigen Sprüchen sind sein Verdienst.

(Christiane Blömeke GAL: Das ist aber süß!)

Das ist sein Ideenreichtum. Auf das sind Sie nie gekommen. Dieser Senator hat den Naturschutz maßgeblich mit vorangetrieben, obwohl Hamburg dort bereits Vorbildliches erreicht hat.

(Glocke)

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Goetsch?

Hartmut Engels (fortfahrend): – Nein. Frau Goetsch, Sie haben vorhin auch abgelehnt und ich tue es aus dem gleichen Grund.

Dieser Senator hat eine Verbesserung und Verflüssigung des Verkehrs vorbildlich eingeleitet, die einen maßgeblichen Beitrag dazu leistet, dass es zu einer CO₂-Reduzierung gekommen ist beziehungsweise kommen wird. Dass wir dabei zunächst mit den Sünden der Vergangenheit und Ihrer Hinterlassenschaft aufräumen müssen, ist klar. Aber Sie werden sehen, dass in dieser Stadt weniger Autos nach Parkplätzen suchen, weniger Autos im Stau stehen und weniger Autos sinnlos Hundertausende Tonnen CO₂ ausstoßen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Senat hat schließlich – das hatten wir vor einigen Wochen debattiert, Frau Dr. Schaal – einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Grüns und auch des Straßenbegleitgrüns geleistet. Wenn Sie noch immer teilweise kritisieren, dies sei zu viel gewesen, erinnere ich daran, dass wir als Opposition ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

B **Hartmut Engels** (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss – ... Ihnen niemals vorgeworfen haben, dass Menschen durch herabstürzende Äste oder umfallende Bäume zu schaden kommen sind. Das haben wir nie getan.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Engels, bitte kommen Sie jetzt zum Schluss.

Hartmut Engels (fortfahrend): – Ja. Es geht aber nicht an, dass Sie uns nun der grünen Zerstörung zeihen. Das stimmt einfach nicht und das haben wir bereits vor fünf Wochen hier klar gesagt. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeder Smutje, der so ein Essen serviert hätte, wie Herr Freytag uns hier den Klimaschutz auf die Back gebracht hat, wäre von der Mannschaft schon mehrfach gekielholt worden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Niemand hier wird behaupten, Klimaschutz sei ein komisches Thema. Herr Engels, Klimaschutz ist eins der wichtigsten Themen und deshalb kritisieren auch wir, dass Senator Freytag den Klimaschutz weitgehend aus dem Umweltbereich verbannt und den Rest ausgedünnt hat.

Beim Klimaschutz geht es vor allem um Wärmedämmung und energetische Sanierung von Gebäuden, weil dies

den größten Effekt hat. Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude hat Herr Freytag aber an den Wirtschaftssenator abgegeben. Das Förderprogramm für private Mehrfamilienhäuser wurde beim Amt für Wohnungswesen abgestellt. Da mussten wir in der Beratung zum Haushalt im Umweltausschuss hören, dass die Fördermaßnahmen auslaufen. Seit Beginn 2005 ist kein einziger Förderfall verzeichnet worden. Am Geld kann es nicht liegen, denn die Bundesregierung hat gerade Fördermittel nachgeschossen und 1,4 Milliarden Euro pro Jahr für die Gebäudesanierung bewilligt. Warum wird das nicht wahrgenommen? Wahrscheinlich, weil die SAGA die GWG kaufen musste und für energetische Sanierung dann das Geld fehlt. Das haben wir befürchtet.

Was bleibt, ist die Förderung der Wärmedämmung bei Ein- und Zweifamilienhäusern. Dafür hat die BSU noch Geld und dafür ist sie auch noch zuständig. Doch das Geld, das dafür da ist, fließt mehr und mehr in Maßnahmen, die weniger klima- und kosteneffizient sind. Das ist der Ressourcenschutz – das sehen wir ja etwas anders als Sie, Herr Engels – und es ist auch die Förderung der Wasserstofftechnologie. In der Gebäudesanierung liegt das große Potenzial für die CO₂-Minderung, die vergleichsweise kostengünstig ist und einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Rund ein Drittel der CO₂-Emissionen geht allein auf das Konto der Raumheizung. Immer noch sind in unserer Stadt 85 Prozent aller Wohnseinheiten nicht ausreichend gedämmt, sodass viel zu viel Energie verloren geht. Die Mieter zahlen dafür. Durch die energetische Sanierung wird nicht nur CO₂ gespart, die Mieter sparen viel Geld bei den Heizkosten, ihre Kaufkraft steigt und beim Bau- und Installationshandwerk werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.

Das wollen wir doch alle: Wir wollen Klimaschutz, wir wollen Beschäftigung, wir wollen, dass die Menschen in dieser Stadt wieder Geld ausgeben können. Und was macht der Umweltsenator? Er streicht die Mittel für den Klimaschutz in dieser Stadt um fast 20 Prozent. Den Rest betrachtet er auch nur noch als Wirtschaftsförderung. Denn was ist es anderes, wenn ein wasserstoffgetriebener Gabelstapler, ein Flughafenschlepper und drei Brennstoffzellen für fast 1 Million Euro gefördert wurden? Wenn der Wasserstoff dann wenigstens als ein Medium zur Speicherung erneuerbarer Energie erforscht würde, wäre dies sehr effizient. Aber dieser Ansatz passt offensichtlich nicht ins Konzept.

Wenn große Wirtschaftsunternehmen Fördergelder im sechsstelligen Bereich abholen, ohne dass nachgerechnet würde, was dabei für den Klimaschutz herauskommt, dann ist das Standortpflege, aber keine Klimaschutzpolitik.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenn Robert Vogel mit seiner Immobilienfirma 10 000 Euro für Beleuchtung kassiert, finde ich das peinlich.

Es wäre für das Klima, die Mieter, die Konsumenten und die lokale Wirtschaft sinnvoller gewesen, der Wirtschaftsbehörde den Ressourcenschutz zu überlassen und mehr Geld in den Wärmeschutz zu investieren, denn der Preis für das Einsparen einer Tonne CO₂s im Gebäudebereich kostet viel weniger und bringt für alles mehr. Darum bin ich auch ein wenig erleichtert, dass der Smutje von Bord geht. Ahoi, Senator Freytag.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Kerstan. – Der Senat hat sich gemeldet. Ich hatte das nicht gesehen. Dann bekommt – leider, Herr Kerstan – das Wort Senator Freytag.

(*Jens Kerstan GAL: Das ist mir sogar sehr recht!*)

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein verehrter alter Englischlehrer am Matthias-Claudius-Gymnasium hat uns nicht nur Englisch beigebracht, sondern auch ein paar Lebensweisheiten. Eine seiner klugen Erkenntnisse war folgende: "Dem fliehenden Feind baut man goldene Brücken."

(*Dr. Monika Schaal SPD: Wieso? Sind Sie auf der Flucht?*)

Sie haben sich für den gegenteiligen Weg entschieden und mir im Grunde einen großen Gefallen getan, denn, Herr Maaß, was Sie jetzt mit "Smutje" und anderen Verbalinjuren als Thema angemeldet und vorgetragen haben, das war wohl nichts.

(*Christian Maaß GAL: "Smutje" sage ich nur zu meiner Frau!*)

Ich habe gedacht, jetzt komme endlich einmal der große Frontalangriff auf den Umweltsenator. Das ist ja Ihre letzte Chance. Aber Sie nutzen sie nicht, weil Sie sie – denke ich – nicht nutzen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bewusst so ausgerichtet und neu orientiert, dass wir die Entwicklung unserer Stadt mit Umweltschutz verbinden, dass Bau, Stadtentwicklung, Verkehrsentwicklung, Infrastruktur und Umweltschutz eine Einheit bilden. Wir machen dies genauso wie die Städte Berlin und Bremen, die diese Bereiche ebenfalls bewusst verbinden. Sie finden offensichtlich Gefallen daran, eine separate ökologische Spielwiese einrichten zu wollen, wo viele mit großem Getöse den ganzen Tag herumlaufen und "Umwelt" rufen, aber nichts passiert. Wir machen es umgekehrt.

(Beifall bei der CDU)

Landes-, Stadt-, Grün- und Landschaftsplanung werden bei uns aus einem Guss gemacht. Wir haben ein neues Amt für Natur- und Ressourcenschutz, wo wir die wesentlichen Dinge konzentrieren und mit Erfolg konkrete Projekte durchführen. Die Naturschutzgebiete haben wir in meiner Amtszeit um 630 Hektar erweitert. Das ist viermal so viel, wie die Fläche der großen HafenCity mit etwa 150 Hektar. Das ist auch zur Wertigkeit von Umwelt und Stadtentwicklung eine ganz klare Aussage. Das können Sie doch gar nicht angreifen. Wir tun sehr viel für den Naturschutz, und zwar nicht mit schönen Worten, sondern konkreten Taten. Das Thema Klimaschutz ist unser Thema schlechthin, und zwar nicht in Sonntagsreden, sondern mit ganz konkreten Projekten. Ich nenne Ihnen Beispiele: erfolgreiche, große Solarbaugebiete in Wilhelmsburg und in Heimfeld, wo wir mit Solarbau umweltfreundliches Bauen, Stadtentwicklung und Ökologie verbinden. Wir haben das Thema "Wasserstoff und Brennstoffzellentechnik" mit einer Landesinitiative, die vor anderthalb Jahren zu meiner Amtszeit gegründet worden ist, erfolgreich auf den Weg gebracht. Dort sind die Wissenschaft und 40 Unternehmen vertreten. Wir wenden diese umweltfreundliche Technik an und sind weltweit die Hauptstadt wasserstoffbetriebener Busse. Es gibt keine

Stadt auf der Welt, die so viele wasserstoffbetriebene Busse hat wie wir, und zwar mit regenerativ erzeugtem Wasserstoff. Wir haben in der HafenCity eine moderne Brennstoffzelle installiert. Wir haben viele einzelne Anwendungen auf den Weg gebracht. Wir werden sogar für Schiffe Wasserstoffprojekte mit der EU und unserer Partnerstadt Prag umsetzen. Wir haben vor einem Monat in Brüssel einen Vertrag mit den Städten London, Amsterdam, Barcelona und der kanadischen Provinz British Columbia zum Thema Wasserstofftechnik geschlossen, um gemeinsam Wasserstofftechnik einkaufen zu können und damit die Kosten deutlich zu reduzieren. An dieser Veranstaltung in Brüssel hat der Vizepräsident der EU-Kommission, Barrot, teilgenommen und Hamburg bescheinigt, dass es Vorreiter in einer vorbildlichen, umweltfreundlichen Technik ist. Von dieser Seite so bewertet zu werden, das ist relevant.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben allein in diesem Jahr mehrere Preise für unsere integrierte Umweltschutzpolitik bekommen, so zum Beispiel "Innovation schafft Vorsprung" oder "Luftqualität verbessern, Mobilität sichern" – wir sind Bundessieger im Wettbewerb für Städte und Gemeinden geworden. Wir haben von der Europäischen Union eine Auszeichnung bekommen, den Motor-Challenge-Award. Wir werden in wenigen Tagen zwei weitere Preise zum Thema "Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz" von Institutionen erhalten, die nicht verdächtig sind, den Senat per se positiv zu bewerten. Der BUND, die kritische Umweltschutzorganisation, hat ein Ranking zum Thema Feinstaub erstellt. Welche Städte reagieren wie schnell und mit welcher Qualität mit konkreten Aktionsplänen auf Feinstaub? In der Spitzengruppe gibt es von 26 Städten vier, darunter ist Hamburg.

Hamburg ist vom BUND in der Spitzengruppe mit der Note Gut bewertet worden. Der Bund ist doch keine Unterabteilung des Senats. Wenn selbst Ihnen nahestehende Organisationen diesem Senat in der Klimaschutzpolitik positive Noten geben, dann ist das für mich ein sehr erfreulicher Tatbestand, den ich hier gern unterstreiche.

(Beifall bei der CDU – *Jens Kerstan GAL: Das hat mit Klimaschutz nichts zu tun!*)

Wir werden morgen am Wandsbeker Markt 13 von weiteren 28 geplanten Grüne-Welle-Ampeln schalten. Die sogenannte adaptive Netzsteuerung ist ein großer Erfolg. Wir haben in der Stadt an mehreren Stellen Grüne-Welle-Ampeln installiert, um mit konkreten Maßnahmen den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Das Pilotprojekt an der Habichtstraße war ein voller Erfolg, auch weil die Autofahrer aufgrund geringerer Staus Zeit und Benzin einsparen. Dies sind konkrete Projekte, in denen man Verkehrspolitik mit Umweltpolitik verbindet. Darum sind wir in dem Wettbewerb der Städte und Gemeinden des ADAC Bundessieger geworden.

(Beifall bei der CDU)

Die Umweltpartnerschaft – Herr Engels hat das zu Recht gesagt – ist ein voller Erfolg. Über 1000 Unternehmen sind in unseren Umweltprogrammen tätig. Dort geht es wesentlich um Ressourcenschutz, um CO₂-Einsparung, um Energieeinsparung, um Wassereinsparung. Das heißt, die Unternehmen sparen für die Umwelt und senken gleichzeitig die Betriebskosten. Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit sind keine Gegensätze, sondern sie sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Wir haben

C

D

A das mit unserer Politik sehr gut vorangebracht. Das gilt nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für die vielen Kleinunternehmen in unserer Stadt. Ich freue mich, dass diese Programme so gut funktionieren. Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der Umweltpolitik, Nachhaltigkeit ist eine Frage der politischen Gestaltung insgesamt. Ich bin sehr froh, dass sich diese Erkenntnis in der Regierungsfraktion auch dadurch manifestiert, dass wir mit Herrn Kruse einen Sprecher für nachhaltige Entwicklung haben, der gleichzeitig finanzpolitischer Sprecher ist.

Auch Finanzpolitik, meine Damen und Herren, ist nur dann eine gute Finanzpolitik, wenn sie nachhaltig ist. Deshalb bleibt nachhaltige Politik weiterhin der Kern meiner Arbeit. Auch in neuer Funktion werde ich mit Herzblut an der wachsenden Stadt arbeiten, und zwar als grüne Metropole am Wasser, wie wir das mit Erfolg gemacht haben.

Deshalb die gute Nachricht zum Schluss, meine Damen und Herren: Ich bleibe Ihnen erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung hat auf Wunsch nun jede Fraktion noch einmal die Chance. – Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte meinen Redebeitrag extra zurückgezogen, um Herrn Freytag reden zu lassen, weil Herr Engels zum Thema Klimaschutz gar nichts gesagt hatte.

B (Hartmut Engels CDU: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich hatte gehofft, der zuständige Senator würde jetzt wenigstens fachpolitisch etwas zum größten Problem der ganzen Menschheit der nächsten Jahre und Jahrzehnte – nicht nur Hamburgs – sagen, worauf man etwas erwidern könnte.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer soll denn das können?)

Leider muss ich feststellen, dass ich mich getäuscht habe. Wenn es einen Beweis dafür gibt, dass diesem Senat Klimaschutz vollkommen egal ist, dann zeigt das diese Debatte, denn er hat inhaltlich so gut wie überhaupt nichts zum Klimaschutz gesagt. Sie sind noch nicht einmal in der Lage, über ein kontinuierliches Konzept zum Klimaschutz zu reden. So weit kommen wir noch nicht einmal.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie, Herr Engels, das Wort Klimaschutz hören und das Einzige, was Ihnen zum größten Menschheitsproblem des 21. Jahrhunderts einfällt, ist, das Klima in der CDU-Fraktion beim Senatorenwechsel sei so gut, dann kann man wirklich nichts mehr dazu sagen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Freytag, Sie haben über sehr vieles geredet, beispielsweise über das Verflüssigen von Verkehr, den Umbau Ihrer Behörde und dass der finanzpolitische Sprecher einen neuen Titel für Nachhaltigkeit bekommen haben. Das ist ja alles schön und gut, aber mit Klimaschutz hat das überhaupt nichts zu tun. Wenn Sie dann auch noch behaupten, Sie hätten besonders gute Noten in der Feinstaubbekämpfung bekommen, wir hier aber über Klima-

C schutz zu reden haben, dann muss man feststellen, dass Sie als Umweltsenator noch nicht einmal die Begriffe kennen, die man verwenden muss, wenn man über Klimaschutz redet.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kerstan, ich würde Sie gern unterbrechen, weil ich davon ausgehe, dass natürlich sämtliche Zwiegespräche in diesem Hause von Klimaschutz handeln. Aber trotzdem hat Herr Kerstan das Wort. Vielleicht sollten die anderen ihre Klimaschutz- und Feinstaubdiskussionen einstellen. Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan (fortfahrend): Wenn es dann bei Ihnen einmal um Klimaschutz geht, dann reden Sie über die Wasserstofftechnologie.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kerstan, ich muss Sie leider noch einmal unterbrechen. Das Tragische ist, dass die Abgeordneten so in die Diskussionen vertieft sind, dass sie gar nicht merken, dass ich sie gemeint habe. – Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan (fortfahrend): Jetzt haben Sie mich ein bisschen aus dem Konzept gebracht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sagen Sie mal etwas Inhaltliches, Herr Kerstan!)

D Ich habe versucht, Ihrem Senator zu antworten. Der hat nur inhaltlich zum Thema Klimaschutz so gut wie nichts gesagt. Dann hätte ich gar nicht hier herkommen müssen, wenn ich auf Ihren Senator erwidere.

Das Einzige, was er zum Klimaschutz gesagt hat, war die Wasserstofftechnologie. Es mag sein, dass die Wasserstofftechnologie irgendwann in 20 bis 30 Jahren einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz in diesem Lande und auf der Welt leisten wird. Aber wir können nicht auf eine Technologie warten, die in 30 Jahren Beiträge zum Klimaschutzwandel leistet, sondern wir müssen heute damit anfangen. Wenn wir 30 Jahre darauf warten, dann steht uns bis dahin das Wasser bis zum Halse und in einer Küstenstadt wie Hamburg ist das leider nicht nur symbolisch gemeint.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir brauchen jetzt ein Aktionsprogramm, das mit Maßnahmen ansetzt, die heute wirken und die in Hamburg heute zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen führen. Man muss feststellen, dass die CO₂-Emissionen gerade im Verkehrsbereich steigen. Wir haben daher noch nicht einmal eine Trendwende geschafft. Deshalb führt nichts daran vorbei. Ein Hamburger Senat, der den Klimaschutz und die Reduzierung von CO₂-Emissionen ernst nimmt, muss Hamburg in der Bekämpfung des Klimawandels zu einer Modellregion erklären. Dazu gehören auf allen Politikfeldern klare Pläne und keine schönen Sonntagsreden. Sie müssen jetzt erst einmal einen Reduktionsplan aufstellen, in dem Sie darstellen, was Sie überhaupt erreichen wollen. Das trauen Sie sich noch nicht einmal. In Ihrem Monitor zur Wachsenden Stadt geben Sie keine Reduktionserklärung.

A Herr Engels, es war die Offenbarung von Ahnungslosigkeit, als Sie fragten, wie man denn sonst die Energieprobleme dieser Welt lösen könnte, wenn man keine Kohlekraftwerke bauen würde. Herr Engels, gucken Sie sich an, was die Firmen in Hamburg dazu beitragen. ConEnergie hat gerade ein Millionenprogramm gestartet und will damit weltweit zum drittgrößten Produzenten erneuerbarer Energien werden. Diesen Weg müssen wir gehen. Sie haben Paten in der Hamburger Wirtschaft und Sie reden hier darüber, dass Sie jetzt Kohlekraftwerke bauen wollen. Das ist nicht nur klimapolitisch Wahnsinn, das schädigt auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Infofern zeigt diese Debatte, dass Sie die Aufgabe klimapolitisch nicht erkannt haben. Sie sind damit letztendlich sogar hinter den Präsidenten der USA, George Bush, zurückgefallen, der mittlerweile zumindest in Sonntagsreden zu begreifen beginnt, dass er etwas tun muss. Von dieser Erkenntnis sind Sie weit entfernt und das ist wirklich ein Trauerspiel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Christian Maaß GAL: Das ist schlichtes Desinteresse!*)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Bevor ich Herrn Kruse das Wort erteile, wollte ich Herrn Kerstan nicht zum dritten Mal unterbrechen. Die Appelle, die ich an Sie gerichtet habe, die Zwiegespräche zu unterlassen, waren durchaus ernst gemeint. Wenn es die Wiedersehensfreude nach vier Wochen parlamentsloser Zeit sein sollte, dann müssten wir vielleicht überlegen, ob wir diese Ferien kürzer gestalten. Ich würde Sie jetzt bitten, mit den Zwiegesprächen aufzuhören, und Herr Kruse hat das Wort.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir einen Klima-experten mitgebracht, und zwar "Ursus maritimus", der kleine Eisbär. Er ist ein Klimaexperte, weil er am besten weiß, dass ihm das Eis unter den Pfoten schmilzt. Für ihn ist es entscheidend, ob in Zukunft die Strecke zwischen der einen und der anderen Scholle, die er erreichen muss, nicht zu lang wird und er zwischendurch ertrinkt.

Das sollten wir uns einmal vor Augen halten, weil der Eisbär ein Tier ist, das wir nicht nur bei Hagenbeck sehen wollen. Wir möchten auch nicht, dass, wenn Kinder in 100 oder 200 Jahren vielleicht die x-te Wiederholung vom kleinen Eisbären im Fernsehen sehen, dieses Tier als eine fiktive Figur oder reanimiert wie ein anderes Fossil, die Dinosaurier, betrachten müssen. Es sollte schon das Abbild von einem realen und beeindruckenden Tier sein.

Diesem Klimaexperten ist es völlig egal, in welcher Form die zuständige Behörde hierfür aufgestellt ist. Es ist ihm egal, ob es eine eigenständige oder integrierte Umweltbehörde ist.

(*Jens Kerstan GAL: Davon haben wir doch gar nicht geredet!*)

Worauf es ankommt, ist nicht die formale Organisation, sondern der politische Wille und das daraus resultierende Handeln.

(*Dr. Till Steffen GAL: Hauptsache, Sie handeln! – Beifall bei der CDU*)

C Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie das Thema Klimaschutz angemeldet haben, auch wenn das unter einem falschen Aufhänger geschehen ist. Aber hierzu kommen wir noch.

Diese Klimaschutzdebatte ist natürlich wichtig. Wenn ich mir den Verlauf dieser Woche ansehe, ist es nicht nur diese Debatte, die ich von Ihrer Seite her bisher wenig konstruktiv erlebt habe. Die SPD-Fraktion hat am Montag eine Veranstaltung mit Herrn Gabriel durchgeführt. Sie hat dort die richtigen Leute zusammengebracht, die richtigen Fragen diskutiert und sie hat es sich dann auch zur Aufgabe gemacht, in die Zukunft zu schauen und nicht auszuführen, wer nun gerade in welcher Landesregierung nicht optimal Performance macht.

Eines müssen wir doch alle zugeben, egal, ob es grüne, schwarze oder rote Umweltminister beziehungsweise gesamte Regierungen waren: Bisher haben wir bei diesem Thema an allen Stellen herumprobiert. Das mag auch normal sein, aber bisher ist nirgendwo ein Programm, das in der Wirkung schon so durchgreifend genug ist, wie es sein müsste. Das heißt, wir sind alle gemeinsam am Start.

Hier finde ich es auch begrüßenswert, wenn die andere große Fraktion in diesem Parlament dieses Thema nach vorne nimmt, wie Herr Neumann, der momentan nicht zuhört, ganz überzeugend erklärt hat.

(*Michael Neumann SPD: Herr Kruse, ich höre Ihnen immer zu.*)

– Das ist lieb von Ihnen. Das habe ich auch erwartet und so kenne ich Sie auch.

(*Michael Neumann SPD: Loben Sie mich mal!*)

Ich lobe Sie gleich noch einmal, Herr Neumann, weil Sie anerkennend gesagt haben, dass Frau Dr. Schaal manchmal zwar nervt, aber sie hat recht, dieses Thema immer wieder nach vorne zu bringen. Wir werden dieses Thema nicht bewegt bekommen, wenn wir hier nicht einen Konsens finden.

Natürlich haben Sie recht, dass neun Wasserstoffbusse in dieser Stadt nicht die Welt verändern. Da Sie aber nun einmal die Verfechter der Windenergie sind, frage ich mich allerdings, warum Sie nicht die ausgestreckte Hand ergreifen, denn die Wasserstofftechnologie ist diejenige, die diese leidige Debatte über die Schwankungen bei der Windenergie vom Tisch fegt, weil ich damit speichern kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das sind doch naturgegebene Bündnissituationen. Hiergegen müssen Sie doch nicht kämpfen und wehren Sie sich doch nicht gegen eine Technologie, von der Sie erwarten, dass sie vielleicht erst in 20 Jahren richtig zum Tragen kommt. Erstens gibt es Dinge, die sich schneller entwickeln können und zweitens wissen wir alle, wie schnell 20 Jahre vorbei sind.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Wir werden alle nicht jünger!*)

Solange ich mich für Politik interessiere, haben wir diese Umweltdebatte. Hierin sind schon zweimal 20 Jahre enthalten und diese Entwicklung hätten wir schon mitnehmen können.

A Ich weiß, was in den nächsten 20 Jahren passieren muss. Aber lassen Sie uns jetzt nicht um Klein-Klein streiten, sondern gemeinsam ins Boot gehen. Die Schlauampeln sind ein kleiner Beitrag, werden aber keine große Veränderung herbeiführen.

Schauen Sie sich doch einmal die Politik der Vorgängerregierung an. Haben sie uns etwas hinterlassen, aufgrund dessen man erklärt hätte: Wäre es bei Alexander Porschke geblieben, dann wäre die Welt gerettet? Nein!

(Jörg Lühmann GAL: Ja! – Beifall bei der CDU)

Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir gleichbleibend auf dem jetzt erreichten Niveau weitermachen sollten, dann ist die Welt natürlich auch nicht gerettet, sondern wir benötigen eine exponentielle Steigerung. Aber diese Steigerung wollen wir auch angehen.

(Jörg Lühmann GAL: Wann denn?)

Wir haben inzwischen natürlich ganz klar das ungeheure Potenzial erkannt und das hat auch Frau Dr. Schaal ausgeführt – sie empfiehlt Herrn Uldall als den wahren Umweltsenator –, was wirtschaftspolitisch für Deutschland in dieser Technologie und im gesamten Bereich Klimaschutz und Erneuerbare Energien steckt.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen eines: Sie haben bei dieser Anmeldung mit einem Punkt recht. Es ist auch ein weiterer Beitrag für den Klimaschutz, wenn jemand, der entsprechend vorgeimpft, jetzt belastet mit dem Ziel, Umwelt nach vorne zu bringen, Finanzsenator wird. Das ist schon eine gute Sache. – Danke sehr.

B (Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie geben hier nun wieder den klimapolitischen "Good Boy" ab, aber Ihre Reden können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Senator Freytag gerade im Klimaschutz eine historische Rolle hat.

Er hat nämlich – dadurch dass er die Behörde total zerbröselt hat – die Kompetenzen für den Klimaschutz so zerstört, dass hierbei nichts herausgekommen ist. Das könnte mir egal sein, wie die Behörde organisiert ist, wenn das Ergebnis stimmt. Aber das Ergebnis stimmt nicht und wir können auch an dem gemessenen CO₂-Ausstoß und -Output sagen, dass beim Klimaschutz nichts herausgekommen ist. Das, was behördenseitig von den Abteilungen noch vorhanden ist, nämlich Natur- und Ressourcenschutz, ist nichts weiter, als eine Ansammlung von Resten, die bei der Neuorganisation Ihrer Behörde übriggeblieben ist, Herr Senator Freytag.

Hier muss man auch einmal klarstellen: Sie erklären zwar, dass es wichtig ist, Klimaschutz auch aus wirtschaftlichen Gründen durchzuführen und sagen zu recht, dass die Solarbauausstellung ein schöner Erfolg ist. Aber auf der anderen Seite läuft Senator Freytag durch die Stadt und erzählt jedem, der es hören oder nicht hören will, dass die Sonne in Hamburg zu wenig scheint, um eine Solarenergie zu fördern. Hier passt doch irgend etwas nicht zusammen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Mir wäre es lieber, Herr Kruse, dass Sie es genau so machen, wie unser Umweltminister Gabriel in Berlin, der zwischen der Wirtschaft und der Umwelt einen Gesellschaftsvertrag schließen will, und zwar zugunsten von Umwelt und Klimaschutz, denn das brauchen wir als Stadt am Wasser. Wir müssen bedenken, dass jeder Zentimeter weiteres Ansteigen des Meeresspiegels uns einen Meter Land von der Küste weg nimmt. Man kann sich also ausrechnen, wann wir an der Elbe an der Reihe sind und die HafenCity nicht mehr existiert.

(Olaf Ohlsen CDU: Wollen wir mal nicht hoffen!)

Sie tun nichts, um das zu verhindern, und übersehen auch die enormen wirtschaftlichen Potenziale, die im Klimaschutz stecken. Klimaschutz- und Solartechniken, Windenergien, aber auch andere Technologien sind ein Exportschlager. Deutschland ist Weltmeister auf dem Gebiet und wir müssen hier in Hamburg zusehen, dass wir auch etwas abbekommen.

Ich empfinde es als eine ziemliche Nichtachtung einer ganzen Branche gegenüber, die sich auch in dieser Hansestadt entwickelt und um die sich sowohl der Wirtschaftssenator als auch der scheidende Umweltsenator überhaupt nicht gekümmert haben.

Ihr klimapolitisches Konzept und was Sie für Erneuerbare Energien unternehmen wollten, kann die Katze auf dem Schwanz wegtragen. Es sind im Grunde genommen alles nur Ankündigungen und passiert ist bis jetzt nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist erschöpft.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3 und 4, Drucksachen 18/5013 und Drucksache 18/5100: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drucksache 18/5013 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern – Drucksache 18/5100 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass beide Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

Für die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres dürfen Sie auf dem Stimmzettel nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Auf dem Stimmzettel für den Richterwahlausschuss dürfen Sie bei jedem der 20 Namen ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze bei einzelnen Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültig-

A tigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Wir werden mit dem Einsammeln der Stimmzettel etwas warten. Es wäre für die Schriftführerinnen vielleicht einfacher, dass diejenigen, die mit dem Wahlzettelausfüllen fertig sind, die Stimmzettel etwas hochhalten würden.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel jetzt abgegeben worden? –

Ich frage jetzt noch einmal: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass diese zu Protokoll gegeben werden.*

Ich mache jetzt den vierten Hinweis mit der Bitte, etwas leiser zu sein. Alle diejenigen, die Gespräche führen müssen, sollten dieses draußen vor der Tür tun.

Wir kommen zum Punkt 67 der Tagesordnung, Drucksache 18/5216, Interfraktioneller Antrag: Allianz für Olympische Sommerspiele und Paralympics in Hamburg.

**[Interfraktioneller Antrag:
Allianz für Olympische Sommerspiele und
Paralympics in Hamburg – Drucksache 18/5216 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Reinert, bitte.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag wollen wir ein Zeichen setzen, dass Hamburg bereit ist, die Olympischen Spiele 2016 und damit verbunden auch die Paralympics hierherzuholen.

Wenn ich sage Hamburg, dann sieht man schon aus dem Kopf des Antrages, der von allen drei Fraktionen des Hauses verantwortet wird, dass es eine gemeinsame Aktion ist, und zwar eine gemeinsame Aktion nicht nur der Politik, sondern auch des Hamburger Sportbundes, der Sportverbände und Vereine, der Kirchen, der Medien, der Kammern und der Verbände. Wir können wirklich sagen, dass wir in Hamburg hinter einer erneuten Bewerbung um Olympische Spiele stehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir wollen mit diesem Antrag hier und heute ein Signal an den Deutschen Olympischen Sportbund geben. Wir wollen und können das auch finanzieren, was uns vielleicht von anderen Interessenten etwas unterscheidet.

Vielleicht noch einmal ein ganz kurzer Rückblick auf die vorangegangene Olympia-Bewerbung. Ich glaube, wir sind uns hier in diesem Hause auch alle einig, dass unsere Bewerbung gut war und dass wir nicht an dem Konzept der Bewerbung gescheitert sind. Das Konzept ist auch heute noch überzeugend. Aber es muss weiterentwickelt werden. Hierfür haben wir auch erste Zielrichtungen in unserem Antrag vorgegeben.

Zum einen muss es aus stadtentwicklungspolitischen Gründen weiterentwickelt werden.

Die bei der ersten Bewerbung vorgesehene Fläche können wir nicht unverändert für möglicherweise anderthalb oder zwei Jahrzehnte liegen lassen. Zum anderen – abgesehen von dem Punkt, dass derjenige, der im Wettbewerb stehen bleibt, sowieso zurückfällt –, ist auch zu beachten, dass bei den Olympischen Spielen oder in der Olympischen Bewegung das Thema Nachhaltigkeit und Umwelt, das uns soeben auch beschäftigt hat, eine immer größere Rolle einnimmt und dass heute der Umweltschutz neben Sport und Kultur als dritte Säule angesehen wird.

Sportlich und ebenfalls kulturell sind wir gut aufgestellt. Ich weiß nicht, welche andere potenzielle Olympiastadt vom Olympiastadion aus per Spaziergang eine Kunstmeile oder Museen sowie andere Attraktionen kultureller Art erreichen kann. Wir liegen also mittendrin und voll im Trend. Hier müssen wir sehen, dass wir weitere Fortschritte machen, damit unsere Chancen weiter steigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Daher wollen wir auch in den nächsten Jahren weiterhin eine verlässliche Politik zugunsten des Sports führen, sowohl was den Breitensport als auch den Leistungssport anbelangt. Der HSV allerdings muss seine sportlichen Probleme selbst lösen. Hierfür sind wir wahrlich nicht zuständig.

Natürlich wäre es schön, wenn wir bereits mit einer Bewerbung für 2016 zum Zuge kämen. Aber wenn es, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu einer deutschen Anmeldung für 2016 kommt, dann haben wir auch den langen Atem für 2020, 2024 oder zur Not auch 2028. Früher wäre es uns allerdings lieber. Die Hauptsache aber ist, dass wir den Startschuss durch den DOSB erhalten. Dann wissen wir auch, wie lang die Strecke ist und wie wir uns das Tempo einteilen müssen. Ich glaube, das bekommen wir hin.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Das Ziel ist klar. Herr Reinert hat das bereits zum Ausdruck gebracht und Frau Goetsch wird das sicherlich auch entsprechend formulieren. Wir alle sind uns darin einig, dass wir die Olympischen Spiele in unserer Stadt feiern wollen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir – und das macht der Antrag deutlich – gemeinsam die Grundlagen für eine erfolgreiche Bewerbung legen. Hierzu gehören zum einen auch weiterhin Investitionen in den Breitensport. Nur durch die Förderung des Breitensports werden wir auch die Chance haben, sollten die Olympischen Spiele in Hamburg stattfinden, nicht nur Hamburger Olympiateilnehmer, sondern – wenn möglich – auch Hamburger Olympiasieger feiern zu können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Ich will niemanden in der Begeisterung für die Olympischen Spiele bremsen.

Zum anderen aber müssen wir auch den breiten von Herrn Reinert angesprochenen gesellschaftlichen Konsens für die Olympischen Spiele in unserer Stadt schaf-

C

D

* Ergebnisse siehe Anlagen 1 und 2 Seiten 3509 und 3510

A fen, einen Konsens, der über einen Regierungswechsel hinaus Bestand haben wird; denn nur wenn wir uns auf einen Marathon vorbereiten – also einen langen Atem beweisen – haben wir die Chance, unser gemeinsames Ziel auch zu erreichen.

Daher ist es richtig, dass der Senat die Initiative des letzten sozialdemokratisch geführten Senats aufgegriffen hat, sich erneut für die Austragung olympischer Spiele zu bewerben. Es ist auch richtig, dass sowohl Senat als auch CDU und GAL die Initiative der Hamburger Allianz für Olympia aufgenommen haben.

Nun gilt es, diese Allianz auf andere Gruppen in unserer Stadt auszuweiten, denn Hamburg wird nur einig und wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam für die Olympischen Spiele streiten und kämpfen. Das ist Voraussetzung und ich setze voraus, dass Bürgerschaft und Senat, aber auch die gegenwärtige Mehrheit und die gegenwärtige Opposition vertrauensvoll – und das heißt für mich auf Augenhöhe – zusammenarbeiten. Unsere Erfahrungen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft waren noch nicht so angetan, aber hier haben wir ein hohes Potenzial, uns zu steigern. Daher reichen wir heute auch gemeinsam die Hand für die Hamburger Allianz für Olympia.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hamburg ist für Olympia schon ganz gut aufgestellt, verfügt die Stadt doch über alle Potenziale, die Voraussetzung dafür sind, Olympische Spiele durchzuführen. Hamburg hat auch im Verlauf der Fußballweltmeisterschaft und vor den Augen der Weltöffentlichkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass unsere Stadt und die Menschen unserer Stadt ein solches Weltereignis perfekt organisieren können. Auch die Stimmung war phänomenal und nicht nur die FIFA-Verantwortlichen waren von den Millionen Gästen bei dem Fan-Fest auf dem Heiligeistfeld beeindruckt.

Wir müssen aber auch noch einiges tun, um wirklich spitze zu sein. Wir müssen uns neben dem Bemühen um internationale Veranstaltungen und Sport-Meetings vor allem auch um den Breitensport unserer Stadt kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Stichworte sind hier: Dritte Sportstunde, das Thema der Sportsteuer oder Betriebskostenbeteiligung sowie auch das Problem der Übernahme von Sportplätzen und Sportflächen durch die Vereine. Hier gibt es in unserer Stadt für uns alle viel zu tun. Aber es fehlt ein klares und deutliches Bekenntnis seitens des Senates, dass sich das am Ende auch finanziell auswirkt. Das fordere nicht nur ich – und in diesem Fall nicht als Oppositionspolitiker –, sondern das fordert auch mit mir gemeinsam in der letzten Sonnabendausgabe des "Hamburger Abendblattes" Thomas Bach.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ohne das Engagement unserer Stadt und der Menschen in unserer Stadt wäre der WM-Erfolg nicht denkbar gewesen. So wird und muss es auch bei Olympia sein. Die Olympiabewerbung Hamburgs muss deshalb zu einer Bürgerbewegung werden. Ich bin sicher, dass die Hamburger dabei begeistert mitmachen werden. Entscheiden muss sich aber jetzt vor allem der deutsche Sport, das hat auch Herr Reinert angesprochen. Denn wir wollen der Kandidat Deutschlands sein, der dann von einem breiten Bündnis in der Stadt, in unserem Land und, wenn es möglich ist,

C auch in Europa getragen wird. Es bringt nichts, vor der Entscheidung einen kräftezehrenden und spaltenden Städtewettbewerb innerhalb Deutschlands zu veranstalten, obwohl ich glaube, dass hier im Haus und auch darüber hinaus allen klar ist, dass es mit Hamburg eigentlich nur einen ernstzunehmenden deutschen Bewerber geben kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Außerdem müssen wir Partner aus der Wirtschaft gewinnen. Der Bewerbung muss eine Kooperation der staatlichen Institutionen mit privaten Partnern zugrunde liegen. Da sind wir uns einig, Herr Reinert hat das auch gesagt. Jetzt müssen wir mit heißem Herzen und kühltem Kopf Überzeugungsarbeit leisten. Wir Sozialdemokraten haben dazu schon einen kleinen Beitrag geleistet. Wir haben mit den Fraktionsvorsitzenden Norddeutschlands auch die Allianz für Olympia für Hamburg geschmiedet. Ich weiß, Ähnliches ist bei der GAL und, ich glaube, auch bei den Kollegen der CDU schon erfolgreich vorangebracht worden.

(Bernd Reinert CDU: So ist es! So ist es!)

Ich habe heute noch in einer anderen Frage mit Michael Müller, dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten in Berlin, telefoniert. Ich muss allerdings zugeben, dass es mir trotz aller Argumente nicht gelungen ist, ihn auch auf unsere Seite zu ziehen. Er hat es noch nicht verstanden, aber ich bin sicher, dass die Fakten ihn dann spätestens überzeugen werden.

D Der Deutsche Olympische Sportbund muss sich nun entscheiden, ob es überhaupt eine deutsche Bewerbung gibt. Wenn es eine deutsche Bewerbung gibt, dann kann es nur Hamburg sein. Ich glaube, Olympische Spiele in Hamburg sind etwas, was wir können und auch wollen. Wenn wir es gemeinsam und einig betreiben, bin ich sicher, dass wir es auch gemeinsam schaffen werden, dass Hamburg Olympische Spiele verdient hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sonst ist es ja immer eine undankbare Aufgabe als Dritte zu sprechen. Aber heute mache ich das sehr gerne. Zum einen ist es natürlich für mich schön, zu sehen, dass wir bei der Olympiabewerbung in Fragen der Umweltverträglichkeit, Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit – das sind alles urgrüne Themen – überhaupt nicht mehr streiten müssen, sondern dass diese Punkte auch in unserem gemeinsamen Antrag zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Ich will mir einen Punkt besonders herausgreifen. Es steht ja da:

"Der Senat wird gebeten, ... die Entwicklung einer olympischen Idee ... durch ein Symposium voranzutreiben."

Diesen Punkt erachte ich für außerordentlich wichtig, denn eine deutsche Stadt muss bei der Bewerbung internationale Chancen haben. Daher muss sie sich auch selbst fragen, was sie zur Weiterentwicklung der olympischen Idee und der Olympischen Spiele beitragen kann,

A und nicht so sehr, was sie nur für sich selbst davon hat. Sozusagen frei nach Kennedy: Frag nicht, was die Olympischen Spiele für Dich tun können, sondern frag Dich, was Du für die Olympischen Spiele und für die olympische Idee tun kannst.

Dieser Frage sind wir bisher noch nicht so sehr nachgegangen. Was die Spiele in puncto Sprung über die Elbe, wirtschaftliche Vorteile, mehr Touristen und internationaler Fokus auf die Hansestadt für Hamburg bringen können, ist natürlich breit debattiert und das ist richtig und wichtig. Aber unsere Aufgabe besteht auch darin, die Welt davon zu überzeugen, was gerade Hamburg für die Weiterentwicklung der hohen olympischen Werte und Ziele und für die olympische Familie tun kann. Die Konzepte Spiele in der Stadt, wie es Herr Reinert richtig ansprach, oder Spiele am Wasser sind nur die Bühne, wo die Spiele stattfinden, eine wunderschöne Bühne. Aber es ist noch nicht die verbindende Idee, kein olympischer Geist, der diesem Konzept innewohnt. Der olympische Geist ist eine richtige Lebensphilosophie,

(Olaf Ohlsen CDU: Flaschengeist!)

bei der es auf globaler Ebene um nicht mehr und nicht weniger geht, als allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion und so weiter den Zugang zum Sport zu ermöglichen.

Es geht sogar um die großen, hohen Ziele, den Weltfrieden zu fördern und zum Aufbau einer besseren Welt beizutragen. So steht es in der Olympischen Charta. Das ist ein sehr hoher Anspruch. Ich finde, dass dieser olympische Geist für die Olympischen Spiele hier in Hamburg gemeinsam greifbar gemacht werden muss. Das heißt, wenn es tatsächlich eine Hamburger Bewerbung für Olympische Spiele geben soll, dann brauchen wir auch ein Forum, in dem diese olympische Idee aus Hamburger Sicht weiterentwickelt werden kann. Deshalb finden wir auch dieses Symposium so wichtig, weil dieses Symposium die verschiedenen Interessengruppen, politische, wirtschaftliche, kulturelle und auch kirchliche Akteure an einen Tisch bringen könnte. Man könnte Hamburger Stiftungen, zum Beispiel die Körber-Stiftung, Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen aber auch Organisationen, internationale Beteiligte, von Greenpeace bis Club of Rome oder Eine Welt Netzwerk, dazubitten, um gemeinsam dieser verbindenden Idee nachzugehen, was Hamburg tatsächlich zur Weiterentwicklung der olympischen Idee beitragen kann.

Wenn wir es schaffen, in dieser Frage das Bewerbungskonzept neben den Stadtentwicklungs- und Umweltfragen, die darin vorkommen müssen, weiterzuentwickeln, um dann noch besser davon überzeugen zu können, dass uns mit den Olympioniken und den Sportlerinnen und Sportlern der Paralympics und den Gästen aus der ganzen Welt nicht nur der Wettkampf zu unserem eigenen Vorteil verbindet, sondern eine dahinterstehende größere Idee einer Gemeinschaft der Völker, dann wünsche ich Hamburg nichts mehr, als dass wir die Chance bekommen, die Welt bei uns zu Gast begrüßen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte dem Antrag aus der Drucksache 18/5216 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. –

Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen worden. C

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 58, Drucksache 18/5142, Antrag der SPD-Fraktion: Strompreiskontrolle beibehalten – Verbraucher und Wirtschaft schützen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Strompreiskontrolle beibehalten – Verbraucher und
Wirtschaft schützen – Drucksache 18/5142 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5268 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Zuverlässigkeit des Stromnetzes sichern – Ursachen
für überhöhte Strompreise bekämpfen
– Drucksache 18/5268 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Schaal hat es.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wann immer der Ruf nach staatlicher Kontrolle laut wird, werden erst einmal reflexartig die Sozialdemokraten verdächtigt. Bei den Strompreisen ist es aber anders. Dort haben die christdemokratischen Politikerinnen und Politiker die Nase vorn.

Die Wirtschaftsministerin Christa Thoben, CDU, aus Nordrhein-Westfalen hat unter Beifall einiger ihrer Länderkollegen eine Bundesratsinitiative gestartet, in der sie die Verlängerung der Strompreisaufsicht durch die Bundesländer fordert. Nach dem 2005 beschlossenen Energiewirtschaftsgesetz soll diese Kontrolle nämlich Mitte 2007 beendet sein. Ministerin Thoben und ihre Kolleginnen befürchten, dass sich die Strompreise dann zu nie bekannten Höhenflügen anheben und Wirtschaft und Verbraucher ruinieren. Die SPD-Fraktion sieht das ebenso. Deswegen haben wir den Antrag gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Vattenfall will seine Preise erst im Sommer nach Beendigung der Strompreiskontrolle durch die Länder anheben. Noch ist Zeit, gegenzusteuern und die Strompreiskontrolle zu verlängern. Senator Uldall rät ab. Er sagt:

"Staatliche Preisregulierung hat noch nie funktioniert, ..."

Das schrieb er Ende September in "Financial Times Deutschland". Für Hamburg mag das sogar stimmen. In der Vergangenheit sind Anträge auf Strompreiserhöhungen durchaus schon kritiklos durchgewinkt worden. Das liegt aber nicht am System, sondern am Wirtschaftssenator. Besser sei die Stärkung des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt, empfiehlt der Wirtschaftssenator. Da hat er Recht. Aber, bitte schön, wo ist denn der Wettbewerb, den man stärken könnte, Herr Senator Uldall?

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich nichts am Marktverhalten der großen Konzerne in den von Werner Marnette so bezeichneten Besatzungszonen geändert. Jüngster Beleg dafür ist, dass alle vier Stromkonzerne der Affi auf entsprechende Nachfrage ein identisches Preisangebot für Stromlieferungen gemacht haben. Alle beziehen sich dabei auf den Börsenpreis.

A Die beschränkte Funktionsfähigkeit dieser Börse ist nun aber 2003 bereits von der Monopolkommission kritisiert worden. Seitdem haben sich die reinen Stromerzeugungskosten um über 20 Prozent erhöht. Dagegen sind die Börsenpreise um mehr als das Doppelte gestiegen. Man muss sich fragen, warum keiner dieser großen Vier der Norddeutschen Affinerie ein günstigeres Angebot gemacht hat als ihre Konkurrenten, um sich selbst den Riesenaufrag an Land zu ziehen. Die Antwort darauf ist ganz einfach. Es gibt keinen Wettbewerb.

Der Bundeswirtschaftsminister will jetzt das Kartellrecht verschärfen. Recht so. Doch wann ist es soweit? Und vor allen Dingen: Eine Kontrolle durch das Kartellrecht greift immer erst im Nachhinein. Bis eine Entscheidung der Behörde vorliegt, steigen die Preise munter weiter. Wir müssen eingreifen, bevor die Preiserhöhungen kommen. Es ist auch richtig, dass wir mehr Stromanbieter und ein größeres Angebot brauchen. Das sagen der Bundeswirtschaftsminister und auch der Bundesumweltminister in einer selten gekannten Eintracht. Anbieter mag es viele geben, aber haben sie auch einen freien Zugang zum Markt und zu den Netzen? Dabei kommt wieder die wirtschaftliche Macht der großen Vier ins Spiel. Sie sind auch die Netzeigentümer. Wer holt sich schon gerne unliebsame Konkurrenz ins Haus? Einmal werden die neuen Anbieter damit abgewiesen, dass das Netz schon ausgelastet sei, einmal damit, dass man die freien Kapazitäten selber für eigene Kraftwerke braucht. Das haben wir vor zwei Tagen von Bundesumweltminister Gabriel so geschildert bekommen.

B Es ist richtig, die Stromproduktion und die Netze eigen-
tumsrechtlich zu trennen, wie die GAL es in ihren Antrag auch hineinschreibt. Aber diese Maßnahme, die die EU-Kommission vorgeschlagen hat, wird mit Sicherheit erst einmal vor dem Verfassungsgericht landen. Das dauert.

Auch die Anreizregulierung ist okay. Sie steht im Energiewirtschaftsgesetz, aber auch sie kommt erst 2008. Ich sage es noch einmal: Wir müssen jetzt handeln. Zustimmen können wir auch, wenn die GAL sagt, dass die Emissionszertifikate künftig versteigert werden sollen. Auch der Bundesumweltminister findet das inzwischen nicht mehr so schlimm.

(Christian Maaß GAL: Nicht mehr so schlimm!)

Ich würde auch sagen: Man kann die Erlöse in einem Fonds sammeln. Ich würde den Fonds dann allerdings eher für die Effizienz verwenden. Aber das ist kein Widerspruch zu den Erneuerbaren.

Alle Strukturmaßnahmen sind notwendig, richtig und wichtig, um einen echten Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt herzustellen. Sie haben aber alle den Nachteil, dass sie erst mittelbar oder langfristig wirksam werden.

Wenn der Wirtschaftssenator fordert, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher durch Wechsel des Stromanbieters den Wettbewerb beleben sollen, dann ist das auch richtig. Das sagen wir auch immer. Aber, Herr Senator Uldall, ich habe noch nicht gehört, dass Sie mit Ihrer Behörde eine groß angelegte Informations- und Werbekampagne dafür starten. Das hätte doch etwas.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Wenn der Senator weiter sagt, dass die staatliche Kontrolle ohnehin nur den geringsten Bestandteil des

C Verbrauchspreises beeinflusst, dann mag er auch Recht haben. Er übersieht aber, dass die Preisaufsicht in anderen Bundesländern in der Vergangenheit durchaus Wirkung erzielt hat. Man muss die Kontrollaufgabe auch ernst nehmen, Herr Uldall, wie zum Beispiel ihr Kollege in Hessen, Wirtschaftsminister Rhiel, oder Frau Thoben in Nordrhein-Westfalen.

Sie sagen weiter, Herr Uldall:

"Die staatliche Strompreisprüfung gehört in den Korb der Deregulierung und Entbürokratisierung."

Da muss ich Ihnen sagen: Das ist nicht richtig, das ist pure Ideologie. Das Unterlassen der Preiskontrolle ist doch bloß Artenschutz für Vattenfall und Co.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Die Beibehaltung der Preiskontrolle wäre dagegen ein wichtiges Signal auch an die Stromkonzerne, dass Politik und Gesellschaft nicht Willens sind widerstandslos jedes Preisdictat hinzunehmen. Sie kann dann entfallen, wenn es wirklich Wettbewerb am Strommarkt gibt. Darum, Herr Uldall, meine Damen und Herren in der CDU-Fraktion, dürfen Sie sich jetzt nicht aus der politischen Verantwortung stehlen und klammheimlich die Initiative aus Nordrhein-Westfalen im Bundesrat in einem Ausschuss verschwinden lassen. Das ist Beerdigung erster Klasse. Ich bitte Sie: Lassen Sie die Finger davon. Ergreifen Sie Partei für die Hamburgerinnen und Hamburger, die als Verbraucherinnen und Verbraucher von den hohen Strompreisen besonders betroffen sind, und für die Hamburger Wirtschaft, die daran auch kaputtgehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

D

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Eine schwierige Ausgangslage finden wir derzeit nicht nur in Hamburg vor, sondern im gesamten deutschen Strommarkt. In der deutschen Energiewirtschaft haben wir vier große Stromkonzerne. Dadurch ist eine dominante Stellung entstanden. Die wettbewerbsfreundlichen Strukturen zugunsten der mittelständischen Wirtschaft und der Endverbraucher werden dadurch massiv behindert. Durch kontinuierliche Energiepreissteigerung werden die Endverbraucher, die Unternehmen und damit die gesamte Wirtschaft belastet. Die Strompreise in Deutschland sind für alle Haushaltskunden, den Mittelstand und die industriellen Großkunden deutlich höher als bei den europäischen Nachbarn.

Obwohl die Preise nach der Liberalisierung des deutschen Strommarktes im Jahre 1998 durch das Auftreten vieler kleiner neuer Stromanbieter zunächst um 44 Prozent fielen, sind die Netzentgelte dann allein zwischen 2000 und 2005 wiederum um bis zu 48 Prozent erhöht worden. Dadurch wurden wie durch ein Wunder fast alle neuen Konkurrenten nach und nach wieder aus dem Markt gedrängt.

Warum wir die Situation heute so vorfinden, wie sie ist, hat in nicht unerheblichem Umfang mit der Politik der damaligen rotgrünen Ära zu tun. So einige der damaligen Entscheidungsführer finden sich heute auf den Chefsesseln der entsprechenden Energieunternehmen wieder. Auf alle Fälle hat diese Situation Folgen. Die Hochpreis-

A politik der Stromkonzerne mindert nicht nur den verfügbaren Konsum der privaten Haushalte, sondern greift die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmen und damit den Standort Deutschland an. Die Abwanderung oder Stilllegung energieintensiver Betriebe verläuft ganz schleichend. Gerade in Hamburg erleben wir es wieder hautnah am Beispiel Norddeutsche Affi.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Ich hoffe, die wandern nicht ab!*)

Um dem entgegenzuwirken, ist im Jahr 2005 das neue Energiewirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Es sieht zwar keine gesamte Preiskontrolle für Strom vor, jedoch eine Regulierung der Netznutzungsentgelte. Die für die Netznutzungsentgelte zuständige Bundesnetzagentur hat am 1. Juli 2005 ihre Arbeit aufgenommen und hat bereits von den Stromunternehmen beantragte Netzkosten gekürzt. Wir haben hier im Hause schon darüber diskutiert.

Ob die Verminderung der Durchleitungsgebühren den Markt aber grundlegend verändert, bleibt fraglich. Denn Regulierung ist auf Dauer gesehen kein Mittel für Schaffung von Wettbewerb. Zahlreiche Energieversorger haben in den vergangenen Wochen und Monaten bereits vorsichtshalber wieder erhöhte Preise für Strom am 1. Januar 2007 mit der Begründung beantragt, die Verfahren dauerten so lange und sie müssten vorsorgen.

Was brauchen wir also? Wir brauchen preisgünstige und sichere Energien. Sie müssen langfristig verfügbar und umweltverträglich sein. Energiepreise sind ein Standortfaktor, also müssen sie gesenkt, das heißt marktverträglich, werden. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass im Energiesektor marktwirtschaftliche Prinzipien, und zwar für jede Energieart, herrschen. Kurzfristig mag zwar eine Beibehaltung der Preiskontrolle durch die Länder Sinn machen, wie es jetzt mit einer parteiübergreifenden Gesetzesinitiative im Bundesrat geplant ist, wodurch die Stromversorger sich die Erhöhung der Grundtarife weiterhin behördlich genehmigen lassen müssten. Nach dem Entwurf der geplanten Gesetzesänderung soll die Kontrolle zeitlich befristet sein und sich nur auf Kleinkundenstromtarife beziehen. Das ist also auch nicht komplett das, was wir am Standort wirklich brauchen.

Für eine zeitlich befristete Kontrolle spricht, dass es der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit bereits im Fall Vattenfall im September 2006 gelungen ist, die beantragten Erhöhungen wieder zu senken. Schwer wird es allerdings, die Faktoren des Erreichens eines funktionierenden Wettbewerbs zu bestimmen. Wann ist der Wettbewerb eingetreten – wenn bereits ein oder zwei Anbieter auf dem Markt auftreten, oder erst ab zehn Mitbewerbern? Jetzt haben wir vier Anbieter und wir sehen, wo wir stehen. Einige Stimmen der Politik fordern, die Produktion und den Transport von Strom markttechnisch voneinander zu trennen. Hier muss allerdings sehr genau geprüft werden, ob eine solche Maßnahme gesetzlich überhaupt möglich ist und vor allem ob sie wirtschaftlich Sinn macht.

Grundsätzlich und langfristig bedarf es aber einer klaren Neuaustrichtung der Energiewirtschaft, und zwar nicht nur auf dem Strommarkt. Gute und nachhaltige Energiepolitik sollte unter den Gesichtspunkten der Langfristigkeit, der Umweltverträglichkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt werden. Darum macht eine Regulierung bei den Strompreisen, also eine zeitlich sehr späte staatliche Kontrolle, wie wir sie jetzt haben und wie sie mit dem Antrag der SPD erneut gefordert wird, kaum Sinn.

C Wichtiger ist es, den Wettbewerb in der Energiewirtschaft von vornherein und von Grund auf zu fördern und im Sinne einer europäischen Energiepolitik an marktwirtschaftlichen Prinzipien auszurichten. Darum sollte unter anderem sowohl in leistungsfähige und ortsnahe Energieanlagen wie Kraftwerke als auch in technisches Know-how investiert werden. Beide Investitionen sind absolut notwendig für eine langfristige Standortförderung Deutschlands.

Die Stromunternehmen müssen leistungsfähig bleiben und Gewinne erwirtschaften, sodass sie diese Mittel wieder reinvestieren können. Hinzukommen muss eine Förderung und ein verstärkter Ausbau von Forschung und Entwicklung im Energiesektor. Darüber hinaus sollte auch die doppelte Steuerbelastung der Energie durch Energie- und Mehrwertsteuern gesenkt werden. Der Staatsanteil besteht aus direkten und indirekten Steuern und betrug zu Beginn des Wettbewerbes circa 25 Prozent. Zurzeit beträgt er rund 40 Prozent. Dies ist ein ganz klarer Standort- und Wettbewerbsnachteil. Nur mithilfe dieser eben angesprochenen Maßnahmen und eines neuen Energiekonzeptes lassen sich Energiekosten für die Zukunft senken. Darum lehnen wir den SPD-Antrag ab.

D Zum GAL-Antrag möchte ich nur sagen: Es ist schon ein Stück weit überraschend, dass die GAL plötzlich hohe Strompreise kritisiert. Bisher konnten Ihnen diese doch nicht hoch genug sein, um zum Beispiel Energieeinsparinvestitionen anzuregen. Mit Ökosteuer, EEG und vielen anderen Dingen haben Sie Ihren Anteil an den hohen Strompreisen beigetragen. Der vierte Spiegelstrich Ihres Antrages ist eine ganz nette Idee, die Verwendung der Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate dort einzusetzen, wo die Erträge herkommen. Aber es würde wahrscheinlich für uns Verfassungsprobleme geben, also werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist noch nicht lange her, da hatten wir – ich glaube, das war vorletzte Woche – in großen Teilen Westeuropas einen großflächigen Blackout. Der Strom stand nicht zur Verfügung, die Lichter sind buchstäblich ausgegangen. Das ist ein Anzeichen dafür, dass es mit der Qualität der Stromnetze in Deutschland, wo man die Ursache dieses Blackouts vermutet, möglicherweise nicht so weit her ist, wie bisher die Stromversorgungsunternehmen behauptet haben. Denn gerade diese angebliche hohe Qualität der Netze, die Investitionen in die Stromnetze waren ein ganz maßgeblicher Argumentationshintergrund, warum die EVUs, die Energieversorgungsunternehmen, gesagt haben: Deswegen haben wir in Deutschland höhere Strompreise als in anderen europäischen Staaten.

Wenn man sich hingegen einmal anschaut, wie sich die Investitionen in das deutsche Stromnetz in den vergangenen Jahren entwickelt haben, müssen wir feststellen, dass sie seit der Liberalisierung des Strommarktes ganz erheblich zurückgefahren wurden und dass deswegen dieser Argumentationshintergrund, es würde so viel in die Netze investiert werden, deshalb sei das Plus an Versorgungssicherheit mit erhöhten Verbraucherpreisen zu zahlen, schlicht nicht mehr zu rechtfertigen ist.

A Kommen wir zu den übrigen Argumenten, mit denen die Strompreise in Deutschland von den Energieversorgungsunternehmen gerechtfertigt werden. Das ist zum einen der Vorwand der steigenden Rohstoffpreise. Immer dann, wenn sich an den Börsen der Preis für Öl, Gas oder Kohle nach oben bewegt, geht es sehr schnell, dass auch die Preise für die Endkunden angehoben werden. Wenn die Preise an den Rohstoffbörsen sich hingegen nach unten bewegen, dann dauert es mitunter sehr lange, bis einmal – wenn überhaupt – eine Anpassung der Strompreise nach unten vollzogen wird.

Nehmen wir die Ökosteuer, die auch immer wieder als Rechtfertigung herangezogen wird – allerdings auch von der Industrie, wobei immer unterschlagen wird, dass es gerade hier natürlich Ausnahmetatbestände gibt.

Einen ganz interessanten Punkt finde ich jedoch die Emissionszertifikate. Ausgerechnet die Einführung des Treibhausgashandels in der EU wurde als maßgebliches Argument dafür angeführt, warum die Verbraucherpreise für Strom in Deutschland so hoch sind. Tatsächlich ist es so, dass diese Emissionszertifikate den Stromerzeugern in Deutschland geschenkt wurden. Das ist wirklich ein Ding. Da bekommt ein Unternehmen etwas geschenkt und sagt dann: Weil ich mehr in der Tasche habe, muss ich jetzt die Strompreise erhöhen. Das ist ein Skandal. Darauf kann es parteiübergreifend eigentlich nur eine Antwort geben. Solche geschenkten Gewinne an Stromunternehmen, die jetzt schon Verbraucher abzocken, kann und darf es nicht geben. In diesem Punkt möchte ich hier Einigkeit erzielen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B Ich finde es auch etwas schade, dass es – Frau Schaal, Sie sagten, Herr Gabriel sei gar nicht mehr so sehr dagegen – tatsächlich auch einen Umweltminister gegeben hat, der sich dagegen gesträubt hat, diese Zertifikate zu versteigern, zumindest den Anteil, den er versteigern darf. Ich muss sagen: Ich hätte mir da von unserem Bundesumweltminister mehr erhofft.

Denn es gibt die Möglichkeit, die Erlöse aus einer solchen Versteigerung tatsächlich auch dafür zu nutzen, dass wir langfristig sinkende Strompreise haben. Nur wenn es uns langfristig gelingt, Technologien zu entwickeln, die rohstoffarm sind, damit wir nicht mehr so abhängig sind von den Preisen für Öl, das uns aus dem Nahen Osten geliefert wird, oder für Gas, das uns aus Russland geliefert wird, dann haben wir mittelfristig überhaupt erst die Möglichkeit, auch wieder sinkende Strompreise in Deutschland zu haben.

Denn, Frau Ahrons, Sie machen das doch nicht aus Selbstzweck. Sie tun geradezu so, als seien die Grünen Freunde hoher Energiepreise. Das ist doch mitnichten so. Natürlich sind wir dafür, dass wir verbraucherfreundliche Preise haben. Aber es geht uns doch darum, dass wir dem Klimawandel, über den wir heute auch schon gesprochen haben, irgendwie begegnen müssen. Deswegen gibt es da überhaupt keinen Gegensatz. Wirksamer Klimaschutz, Effizienztechnologien und erneuerbare Energien sind das, was zukünftig für verbraucherfreundliche Energiepreise sorgen wird. Das ist ein Schritt, den wir vollziehen müssen.

(Beifall bei der GAL)

Jetzt schließlich zu den Fragen, wie wir mit der Regulierung und mit der Frage der Eigentümerstrukturen weiter

C umgehen sollten. Darin liegt auch der Grund, warum die Energieversorgungsunternehmen mit dieser dreisten Politik in Deutschland überhaupt durchkommen. Es gibt schlicht nicht die Alternativen am Markt. Das Grundübel liegt bereits darin, dass wir eine ganz enge Verflechtung zwischen den Herstellern und den Vertreibern von Strom haben, in deren Hand auch noch das Netz ist, durch das der Strom fließen muss. Solange es uns nicht gelingt, das wirklich und nicht nur auf dem Papier zu entflechten, wie es jetzt ist, glaube ich auch nicht daran, dass wir einen guten und richtig funktionierenden Wettbewerb haben. Deswegen, glaube ich, muss die Politik hier die Initiative der Europäischen Union aufgreifen und sagen: Ja, wir wollen langfristig eine Entflechtung dieser Strukturen, dieser Krake hier in Deutschland.

Wir brauchen auch mehr Produzenten am Markt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht nur Netz und Produktion entflechten, sondern dass wir mehr Anbieter auf Seiten der Produktion bringen. Da wünsche ich mir auch von der Bundesregierung eine Politik, die eben nicht diejenigen durch Verschenken von Zertifikaten bevorteilt, die jetzt Kohlekraftwerke innehaben und gegenüber denjenigen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil haben, die mit neuen effizienten Gas- und Dampfkraftwerken auf den Markt wollen. Das ist eine Politik, die ich leider auch dem Bundesumweltminister vorwerfen muss. Daher müssen wir an die Grund- und Eigentümerstrukturen in der Energiewirtschaft heran. Alles andere ist Stückwerk.

D Zum Zweiten: Wir brauchen auf Bundesebene eine bessere Regulierung, solange wir dieses langfristige Ziel der Eigentümerentflechtung nicht erreichen.

Die Landesebene hat sich in der Vergangenheit wirklich als zahnloser Tiger erwiesen. Ich glaube, dass wir vor dem Hintergrund dieser starken Verflechtungen, die ich gerade geschildert habe, nicht hinbekommen werden, mit den Kompetenzen, die wir zur Strompreisaussicht auf Landesebene haben, ernsthaft für faire Verbraucherpreise zu sorgen. Ich glaube auch nicht daran, dass uns das dauerhaft auf Landesebene gelingen wird, es sei denn, wir würden hier zusätzliche Kompetenzen zugesprochen bekommen. Aber das ist wirklich nicht absehbar und ist auch nicht sinnvoll, denn diese Kompetenzen sind auf Bundesebene besser angesiedelt. Nur dort können wir überhaupt auf Augenhöhe mit den Energieversorgungsunternehmen operieren.

Daher bin ich der Meinung, dass wir perspektivisch den Blick auf die Bundesebene richten sollten. Aus diesem Grunde sind wir auch skeptisch, jetzt hier noch auf Landesebene diese Regulierungskompetenzen weiter fortzuführen, denn das nimmt natürlich auch den Druck von der Bundesebene weg, dann auch tatsächlich tätig zu werden, wenn das die einzige Regulierungsebene ist, die wir für Preise vorliegen haben. Dann kann man nicht mehr sagen, dass der Endpreis immer noch auf Landesebene reguliert werden kann.

Daher setzen wir mit unserem Antrag den Fokus ganz klar in Richtung Bundesebene und dort auf eine Stärkung der Kontrollrechte, wie sie im Antrag näher beschrieben ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Senator Uldall.

A **Senator Gunnar Uldall:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beziehe mich auf die Schlussätze von Ihnen, Herr Maaß. Es kommt nicht so häufig vor, dass ich Ihnen hier im Parlament einmal zustimmen kann, aber mit Ihrer Aussage, dass es keinen Sinn macht, auf Landesebene eine Regulierung der Strompreise einzuführen oder wieder fortzuführen, haben Sie völlig recht.

Es besteht hier die absolute Klarheit, dass wir die Strompreise in Deutschland für viel zu hoch halten und wir werden alles tun, um zu einer vernünftigen Entwicklung des Strompreisniveaus zu kommen. Dennoch sage ich mit der gleichen Klarheit, Frau Dr. Schaal, dass eine Preisregulierung noch nie funktioniert hat. Die Preisregulierung hat weder bei Strom noch anderswo gut funktioniert. Das ist der Grund gewesen, weswegen Bundeskanzler Schröder seinerzeit die Abschaffung dieser Preisregulierung durchgesetzt hat.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Jetzt werden Sie zum Schröder-Fan!)

Ich bin der Meinung, dass wir diese Debatte auch pauschal mit einer gewissen Ernsthaftigkeit führen müssen. Wenn Sie ausführen, dass der Senator immer nur die Preiserhöhungsanträge durchwinkt, dann wissen Sie natürlich, dass das nun gerade nicht der Fall ist, weil Sie das Geschehen hier in Hamburg genau verfolgen.

Die letzte Preiserhöhung wurde von mir mit bestimmten Auflagen versehen. Daher kann ich mit einer gewissen Befriedigung über den Erfolg dieser Politik feststellen, dass die Strompreise in Hamburg heute für die privaten Haushalte niedriger sind, als vor einem Jahr.

B (Beifall bei der CDU)

Dieses gehört zur Ehrlichkeit einer Auseinandersetzung mit dazu, Frau Dr. Schaal.

Es gehört zur Ehrlichkeit, mit der wir dieses gemeinsame Anliegen um niedrigere Stromkosten weiter vorantreiben wollen, auch dazu, dass Sie hier bitte nicht Industriepreise und Preise für die privaten Haushalte verwechseln. Sie haben das soeben rhetorisch sehr geschickt vermischt und ausgeführt, dass die Industrie jetzt in Schwierigkeiten kommt. Das hat mit der Strompreisgenehmigung durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit nichts zu tun.

(*Bernd Reinert CDU:* Richtig!)

Diese Preise werden einzeln zwischen den Lieferanten und Abnehmern ausgehandelt. Einen Industriebetrieb hatten Sie soeben schon genannt. Die Preise werden aber nicht durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit genehmigt. Das dürfen wir bitte nicht verwechseln.

Dann gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass Sie über das Schicksal dieses von meiner nordrhein-westfälischen Kollegin Frau Thoben initiierten Antrages im Bundesrat berichtet hätten. Dieser Antrag ist nämlich vertagt worden, weil man eingesehen hat, dass es so nicht läuft. Es gab nur zwei Länder, die nicht einmal dafür waren, sondern sich beim Vertagungsantrag nur der Stimme enthalten haben. Das war natürlich die Antragstellerin aus Nordrhein-Westfalen – das ist völlig logisch – und Berlin. Alle anderen Länder, in denen die Sozialdemokraten mit das Sagen haben oder allein regieren, haben in diesem Sinne mit uns und den Bayern gestimmt. Auch dieses, Frau Dr. Schaal, röhrt nicht nur daher, weil alle anderen Länder so dumm sind, sondern weil sie sich alle natürlich

C auch über die Frage der Sinnhaftigkeit von Preiskontrollen Gedanken gemacht haben.

Jetzt schauen wir uns einmal die Sinnhaftigkeit dieser Preiskontrollen an. Es ist nicht so, dass jeder Tarif für die privaten Haushalte genehmigt werden muss, sondern es muss nur der sogenannte Grundversorgungstarif genehmigt werden. Alle anderen Tarife sind frei. Beispielsweise ist der "Future"-Tarif, der von sehr vielen Hamburgern genutzt wird, genehmigungsfrei. An dem Grundversorgungstarif nehmen nur noch 50 Prozent der Hamburger Haushalte teil. Das sind diejenigen, die bei weitem noch nicht mitbekommen haben, dass man sich durch einen Wechsel günstigere Stromkosten besorgen kann.

Nur diese Grundversorgungstarife sind genehmigungspflichtig. Das sind immerhin noch 50 Prozent der Tarife für die privaten Haushalte. Jetzt sehen Sie sich einmal bitte an, was der arme Wirtschaftsminister oder Wirtschaftssenator, der diese Preise zu genehmigen hat, eigentlich kontrollieren darf. Er darf nur die Kosten der letzten Gesellschaft, die diesen Tarif vertreibt, kontrollieren.

Die letzte Gesellschaft, deren Kosten zu kontrollieren sind, ist die hiesige Vertriebsgesellschaft von Vattenfall. Diese Gesellschaft hat nur noch 10 Prozent der Gesamtkosten, die nachher beim Verbraucher ankommen.

40 Prozent sind Abgaben und Steuern. Es wäre jetzt nun ein Witz, wenn ich die Steuern in Deutschland kontrollieren müsste, denn dann wüsste ich schon, was ich empfehlen würde. Aber dieses entzieht sich einer logischen Kontrolle.

D 30 Prozent sind die Netzentgelte. Die Netzentgelte werden so in den Preis mit übernommen, wie sie von der Bundesnetzagentur genehmigt worden sind. Hier haben wir gar keine Möglichkeit, die Preise nicht zu akzeptieren. Wenn die Bundesnetzagentur diese 30 Prozent der Kosten genehmigt hat, dann sind sie hiermit genehmigt.

20 Prozent sind Erzeugungskosten. Das heißt, hier knüpft man an die Börse an. Nun kann man über die Börse in Leipzig in Bezug auf die Funktionsfähigkeit dieser Institution sagen, was man will – und ich habe hier auch meine Meinung –, aber wir können doch nicht erklären, dass diese Preise falsch sind, denn sie gehen als Kosten in die Vertriebskosten hier in Hamburg mit ein und sind daher einer Kontrolle durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit entzogen.

(Zuruf von Ingo Egloff SPD)

Wenn Sie jetzt mitgerechnet haben, Herr Egloff, dann sind Sie bei 90 Prozent der Kosten gelandet. Nur 10 Prozent können von uns überhaupt geprüft werden und diese 10 Prozent, die wir prüfen, führen dazu, dass die Tariferhöhung einen Stempel "staatlich genehmigt" bekommt. Hier sage ich, dass das eine Irreführung des Verbrauchers ist. Daher will ich diesen Stempel in Zukunft nicht mehr geben, weil ich das für falsch halte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir die Strompreise senken wollen, dann dürfen wir es uns nicht so bequem machen, wie Sie das jetzt empfehlen, Frau Dr. Schaal, indem wir einfach erklären, eine Preisaufsicht zu gründen, die sowieso nichts ändern kann. Wenn wir wirklich die Preise ehrlich senken wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass mehr Wettbewerb

A auf dem Strommarkt entsteht. Und hier sind wir voll dabei.

Wir vertreten die Auffassung im Senat, dass wir eine Anreizregulierung bei den Netzkosten haben wollen. Das heißt, nicht mehr derjenige, der hohe Kosten nachweist, erhält diese Kosten auch ersetzt, sondern derjenige, der niedrige Kosten hat, darf behalten, was gegenüber einem Referenzpreis an Kostenvorteil von ihm erwirtschaftet würde. So bekommt man einen Druck auf die Netzesellschaften, ihre Kosten zu reduzieren, die dann dem Endverbraucher zugute kommen.

Wir sind dafür, dass man die CO₂-Zertifikate versteigern soll. Hier folge ich ebenfalls Herrn Maaß. Wie wichtig diese CO₂-Betrachtung ist, hat in den letzten Monaten die Entwicklung der Preise für die Zertifikate gezeigt. Die Preise für die CO₂-Zertifikate gingen massiv nach unten und die Preise für den Strom gingen weiter nach oben. Das ist die Realität, wobei ich für diejenigen, die Marktwirtschaftler sind, nur eines zum Ausdruck bringen möchte: Der Preis wird nie von den Kosten, sondern vom Markt bestimmt. Da in dieser Situation der Stromversorgung in Deutschland die Möglichkeit bestand, höhere Preise am Markt durchzusetzen, hat man bestimmt, die bisherige Erklärung, erhöhen zu müssen, zu vergessen, weil die CO₂-Zertifikate mit eingepreist werden. Diese Argumentation wurde plötzlich über Bord geworfen worden und man hat den Marktpreis genommen, der sich gebildet hat. Daher müssen wir diesen Marktpreis entsprechend reduzieren.

Hierzu gehört, dass wir die Erzeugungskapazitäten in Deutschland, die dann auch mit einem Netzzanschluss zu versehen sind, steigern müssen. Weiterhin gehört hierzu, auch wenn das jetzt Ihre helle Empörung hervorruft, dass wir uns überlegen müssen, ob es klug ist, die Kernkraftkapazitäten in Deutschland vom Netz zu nehmen oder nicht. Wenn Sie die Kernkraftkapazitäten vom Netz nehmen, verringern Sie das Angebot. Wenn Sie das Angebot verringern, steigen die Kosten.

Schließlich benötigen wir mehr Wettbewerb aus dem Ausland. Das heißt, dass wir die Kuppelstellen zu den ausländischen Netzen erweitern müssen. Ich hoffe, dass es während der deutschen EU-Präsidentschaft im kommenden Jahr gelingt, in dieser Frage grenzüberschreitend voranzukommen.

Nun sage ich etwas, was Frau Dr. Schaal und ich meine, bin mir aber nicht ganz sicher, auch Sie, Herr Maaß, als unbedeutend abgetan haben. Was wir jetzt brauchen, ist nicht nur eine Steigerung des Angebots, sondern wir müssen auch dafür sorgen, dass die Stromkunden sich marktgerecht verhalten und versuchen, dort den Strom einzukaufen, wo er besonders günstig angeboten wird.

Wir haben doch eine ganz interessante Entwicklung gehabt, als wir das Energiewirtschaftsgesetz verabschiedet hatten und ich bin stolz, dass ich daran mitgewirkt habe, denn Herr Maaß weist in jeder seiner Reden darauf hin, dass ich seinerzeit energiepolitischer Sprecher für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gewesen bin. Das war eine tolle Aufgabe, die wir dort erledigt haben, Herr Maaß. Und was war das Ergebnis? Das Ergebnis war, dass für die Stromkonzerne ein Wettlauf begann, weil sie alle der Auffassung waren, dass, wenn wir unsere Preise unverändert lassen, dann die Kunden zur Konkurrenz gehen werden. Dann tauchte plötzlich die Konkurrenz mit Yellow-Strom und wie die Produkte alle hießen auf und

ein echter Wettbewerb begann, weil man eine Änderung des Nachfrageverhaltens befürchtete. Nicht, weil man das schon registriert hatte, sondern sie reagierten so schnell, weil man das Wettbewerbsverhalten befürchtete, dass die Kunden zu einem anderen Anbieter gehen würden. Dadurch sanken die Preise kräftig nach unten, Herr Maaß. Das war eine gute Zeit für die Stromverbraucher. Aber dann haben die Anbieter festgestellt, dass die Stromverbraucher gar nicht auf Strompreiserhöhungen reagieren. Daher haben sie den Markt ausgenutzt und ihre Preise wieder nach oben gezogen.

Daher kann ich von hier aus nur appellieren, Frau Dr. Schaal: Ermuntern Sie die Kunden, sich marktwirtschaftlich zu verhalten und den Lieferanten zu wechseln, wenn eine entsprechende Chance vorhanden ist. Und wenn man anführt, das sei alles Theorie, dann verweise ich nicht nur auf das Verhalten der Märkte nach 1998, sondern ich verweise auch auf die Telefonkunden. Was hatten wir hier für einen Wettlauf, als dieser Markt geöffnet wurde. Das Monopol wurde abgeschafft. Nicht nur die Anbieter wurden in die Lage versetzt, anzubieten, was sie wollten, sondern auch die Kunden konnten nachfragen, was sie wünschten. Wir haben also eine tolle Entwicklung der Kosten für billiges Telefonieren erleben dürfen.

Ich weiß nicht, warum dieser Mechanismus nicht auch auf den Strommärkten funktionieren sollte. Wir werden alles tun, um die Marktbedingungen so zu verbessern, dass hier in Deutschland die Strompreise weiter nach unten gehen werden. Das werden wir über einen funktionsfähigen Markt erreichen müssen.

Frau Dr. Schaal, Sie hatten vorhin Ihre Rede damit begonnen, indem Sie erklärten, dass die Sozialdemokraten früher immer dafür bekannt waren, für eine Preisregulierung zu stehen. Die Sozialdemokraten haben über Jahrzehnte gelernt, dass in Deutschland mit Preisregulierungen nichts zu machen ist. Ich halte es für falsch, wenn Sie jetzt aus schlichem, kurzfristigem Populismus heraus wieder zu den längst aufgegebenen alten Positionen der Sozialdemokratie von vor 50 Jahren zurückkehren wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senator tut hier gerade so, als ob die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst daran schuld sind, dass die Strompreise in Hamburg so hoch sind. Das kann ja wohl nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es wirklich so ernst meinen, dass die Kunden der Energiekonzerne wechseln sollen, dann führen Sie doch mal eine Informationskampagne durch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher dann auch wissen, wie sie es angehen sollen, ohne hierbei ein Risiko einzugehen. Ich hatte Sie vorhin hierzu aufgefordert. Dass ein Wechsel nicht passiert, ist doch im Wesentlichen damit begründet, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher gar nicht wissen, wie sie es anstellen sollen, und vor allen Dingen nicht wissen, dass für sie keine Gefahr besteht, im Dunkeln zu sitzen.

Herr Uldall, Sie haben ausgeführt, dass Sie einmal sehr erfolgreich waren, die Strompreise in Hamburg zu sen-

A ken. Hierauf kann ich nur antworten: Weiter so, nutzen Sie die Gelegenheit, denn wir sind in vielen Punkten hinsichtlich Wettbewerb und Marktregulierung einig, aber wir haben ein Zeitfenster zu überbrücken, nämlich das von 2007. Alle anderen Instrumente, die wir hier gemeinsam für gut befunden haben, greifen erst ein Jahr später. In dieser Zeit wird uns die Preislawine überrollen.

Es geht doch jetzt schon los. Inzwischen ist es so, dass die Konzerne der Bundesregierung mit Investitionsstopp drohen, wenn die Kartellrechtsverschärfung eintrifft und Michael Gloß, der Wirtschaftsminister der CDU/CSU, diese nicht fallen lässt. Heute sprechen sich dieselben Unternehmensmanager dafür aus, dass sie der Kanzlerin im Wettbewerb und in den Preisen entgegenkommen und dass sie die Preise für energieintensive Unternehmen senken, wenn die Kanzlerin selbst die Kartellrechtsnouvelle fallen lässt. Sie versuchen es mit Zuckerbrot und Peitsche und versuchen es beim Wirtschaftsminister sowie bei Frau Merkel. Aber man kann das drehen und wenden, wie man will.

Wenn die Preise dann für die energieintensiven Unternehmen gesenkt werden – ob es wirklich dazu kommt, wissen wir überhaupt nicht –, dann können Sie sicher sein, dass die Verbraucherpreise ganz schnell oben sind. Umso nötiger ist dann die Länderkontrolle, um hier die Welle aufzuhalten. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

B

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Uldall, Sie haben zu verschiedenen Fragen keine Stellung genommen. Sie haben nicht erklärt, wofür Sie bei der Entflechtung von Netz und Produktion sind. Sie haben nicht verdeutlicht, wie Sie den Marktzugang für neue Produzenten öffnen wollen. Dass Sie es wollen, ist ehrenwert, aber Sie müssen doch auch einmal konkrete Vorschläge unterbreiten, indem Sie sich hier an der bundespolitischen Diskussion ernsthaft beteiligen und sich nicht immer nur an der Oberfläche bewegen.

Sie haben auch nicht ausgeführt, wie die Vergabe von Zertifikaten, außer dass sie nicht versteigert werden sollen, im Einzelnen vonstatten gehen soll, damit eben nicht mehr neue Marktteilnehmer wie bisher abgeschottet werden. Es kann doch nicht richtig sein, dass durch den Vergabemodus von Zertifikaten die Eigentümer bestehender Kohlekraftwerke einen Vorteil gegenüber neuen Marktteilnehmern haben, die beispielsweise mit GOK-Kraftwerken auf den deutschen Markt wollen. Zu diesen Fragen verlange ich auch eine Stellungnahme.

Weiterhin haben Sie mit Stolz erklärt, dass die Strompreise in Hamburg in diesem gegenüber dem vorangegangenen Jahr gesenkt wurden. Gleichzeitig haben Sie ausgeführt, dass Sie aber nur für 10 Prozent der Strompreise überhaupt eine Kontrolle ausüben könnten. Wenn Sie mit diesen 10 Prozent der Kontrolle erreicht haben, eine weitergehende Strompreiserhöhung zu verhindern, steckt hierin ein gewisser Widerspruch. Ich glaube, dass hier ein Hebel sitzt, den Sie ansatzweise genutzt haben, aber noch viel stärker hätten nutzen können, um den Hamburger Verbrauchern dadurch tatsächlich Geld zu ersparen.

Wir hatten gefordert und auch in der Diskussion gemeinsam erörtert, dass, falls der Bundesregulierer sagt, dass die Netzpreise überhöht sind, es dann zukünftig nicht nur eine Entlastung für die Verbraucher geben muss und dementsprechend die Verbraucherpreise gesenkt werden müssen, sondern auch dementsprechend festgelegt sein muss, dass diese Regelung ab dem Zeitpunkt der Genehmigung gilt. Es kann doch nicht angehen, dass hier sozusagen Monate für die festgestellten überhöhten Netzentgelte verstreichen, dieses Geld von den Verbrauchern zu Unrecht an die Strompreisunternehmen – in diesem Fall Vattenfall – gezahlt werden und dass Vattenfall dieses Geld dann einbehalten darf. Das sind Unrechtsgewinne, die an die Verbraucher zurückgezahlt gehören. Diesen Hebel haben Sie nicht genutzt, Herr Uldall, und das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der GAL)

Schließlich haben Sie die Verbraucher aufgefordert, den Strom dort zu kaufen, wo er billig ist. Richtig, ich würde sogar hinzufügen, den Strom dort zu kaufen, wo er sauber und atomfrei ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber selbst wenn man einfach sagt, dass rein der Preis entscheiden solle, würde ich Hamburg auffordern, das auch zu tun. Ich habe den Verdacht, dass hier tatsächlich eine gewisse Vasallentreue der Stadt gegenüber dem alten Monopolisten dieser Stadt, nämlich der H.E.W. – jetzt Vattenfall –, herrscht,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch dummes Zeug, Herr Maaß!)

denn wie kann das angehen, dass wir über Jahre keine Ausschreibungen gehabt haben, sondern immer weiter der Strom an Vattenfall vergeben wurde. Wenn ich jetzt auch noch höre, dass geplant ist, Vattenfall für die Erhöhung eines Schornsteines in der HafenCity 2 Millionen Euro Staatsknete zuzuschieben, dann frage ich mich schon, wie das alles zusammenhängt und ob Hamburg hier wirklich das ausreichende Maß an Unabhängigkeit hat, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte jetzt keine große Erwiderungsrede auf den Vortrag von Herrn Maaß.

(Bernd Reinert CDU: Nur eine große Rede!)

Ich möchte nur, dass der Kollege Maaß eine Information erhält, die offensichtlich für ihn sehr wichtig ist. Es hat bei der Inkraftsetzung der niedrigeren Tarife keine Verzögerung gegeben, Herr Maaß, sondern in dem Moment, als die von der Netzagentur verordnete Preissenkung Rechtskraft erwirkt hatte, wurde diese Preissenkung durchgeführt. So agieren wir.

(Christa Goetsch GAL: Es ging ums Rückwirken! – Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

C

D

A Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/5142 und 18/5268 an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5268 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte dem SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5142 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt 56 der Tagesordnung, Drucksache 18/5073, Antrag der GAL-Fraktion: Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem ersten bis zum dritten Lebensjahr.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab
dem ersten bis zum dritten Lebensjahr
– Drucksache 18/5073 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Apartheid in der Krabbelgruppe" ist der Titel eines Berichtes in der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 3. August 2006 über die Betreuungssituation der unter Dreijährigen hier in Hamburg. Eine Überschrift, die ich für sehr treffend halte.

B Der Bericht beschreibt, wie die soziale Herkunft über den Zugang der Bildung entscheidet und wie das Gutschein-System dazu beiträgt, dass in einzelnen Kitas Kinder aus einkommensschwachen Familien ausschließlich halbtags betreut werden. Er beschreibt weiter, wie sich dort soziale Milieus verfestigen und die Integration von Einwandererkindern erschwert wird. Die Lebenssituation der Eltern hat Vorrang vor den Bedürfnissen der Kinder.

In keinem anderen entwickelten Land haben es Kinder aus sozialschwachen Schichten so schwer, an Bildung zu kommen, wie bei uns. Bereits im Krippenalter entscheidet die soziale Herkunft über den Zugang zur Bildung. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die wir endlich stoppen müssen. Wir können es uns gar nicht leisten, auf die Talente von Kindern aus benachteiligten Familien oder aus Migrantenfamilien zu verzichten. Im Moment geht es hier nach der Devise: Wer arbeitet, hat einen Anspruch auf einen Kita-Platz und die Daheimgebliebenen müssen in die Röhre schauen. Mit dieser Benachteiligung muss endlich Schluss sein. Wir brauchen eine umfassende Reform, die das Kind in den Mittelpunkt stellt und nicht die Lebenssituation der Eltern.

Ich will der Senatorin Schnieber-Jastram gar nicht unterstellen, dass sie nicht auch das Problem sieht. Ich glaube sogar, dass, wenn ihr jemand Geld für eine verbindliche Betreuung ab dem ersten Lebensjahr in die Hand geben würde, sie damit auch einverstanden sein würde. Keine Sozialsenatorin findet es gut, wenn ein Teil der Kinder aus ihrem Betreuungssystem herausfällt.

Daher, verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion und auch des Senats, haben Sie hier und heute die Chance, eine Initiative zu starten und sich auf der Bundesebene für die Ausweitung des Rechtsanspruches für

die unter Dreijährigen einzusetzen. Eines ist klar: Eine solche Kraftanstrengung kann finanziell nicht allein aus dem Hamburger Haushalt geleistet werden. Das ist auch richtig, denn Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wir sehen den Bund hier in der Mitverantwortung.

Mit dem Tagesbetreuungsausbau Gesetz, das man kurz "TAG" nennt und 2004 unter Rotgrün geschaffen wurde, ist bereits ein erster wichtiger Schritt getan worden, um das Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu verbessern. Doch bereits jetzt gibt es Anlass zur Skepsis, ob die für das Jahr 2010 angestrebten Betreuungsplätze wirklich bis dahin ausgebaut sind. Grund dieser ungewissen Perspektive ist die Tatsache, dass das Gesetz seinerzeit nicht mit einem Rechtsanspruch versehen wurde.

Wir wollen doch nicht allen Ernstes bis 2010 warten, um dann festzustellen, dass sich die Skepsis erfüllt hat. Nein, genau das wollen wir nicht, denn es zeichnet sich bereits jetzt schon deutlich ab, dass wir eine über dieses "TAG" hinausgehende Regelung benötigen, um einer frühen Förderung gleiche Startchancen zu schaffen und vor allen Dingen rechtzeitig die Defizite in der Entwicklung auszugleichen. Wir wollen alle Talente fördern und alle Kinder mitnehmen, unabhängig von der Lebenssituation der Eltern.

Die Bundesfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat ein umfassendes Finanzierungskonzept für die Ausweitung dieses Rechtsanspruches vorgelegt. Bislang sind jegliche Vorschläge hier in Hamburg eigentlich an der Finanzierung gescheitert und wir mussten immer wieder hören, dass hierfür kein Geld vorhanden ist und man sich auf den Ausbau sowie auf die Vereinbarkeit Familie und Beruf konzentriert, was auch ein wichtiger Punkt ist, aber nicht der einzige.

Dieses Finanzierungskonzept sieht eine Umwandlung des Ehegattensplittings in eine sogenannte Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Höchstbetrag von 10 000 Euro vor. Mit diesem Modell können wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Zum einen profitiert Hamburg von der Abschmelzung des Ehegattensplittings und der Umwandlung in die Individualbesteuerung mit rund 100 Millionen Euro steuerlichen Mehreinnahmen, die komplett in den Ausbau der Kindertagesbetreuung fließen könnten.

Zum anderen, meine Herren, reagieren wir auf die heutigen gesellschaftlichen Erfordernisse. Das Ehegattensplitting ist 1958 entwickelt worden, als Ehe und Kinder noch eins waren. Heute aber leben rund ein Viertel aller Kinder bei alleinerziehenden oder unverheirateten Paaren und profitieren hiermit überhaupt nicht von den steuerlichen Vorteilen des Ehegattensplittings.

Im Gegenzug hierzu gibt es immer mehr Ehen ohne Kinder, die in den Genuss der Steuervorteile kommen. Es ist also auch gesellschaftlich an der Zeit, dieses Besteuerungsmodell an die heutige gesellschaftliche Situation anzupassen

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

und alle Eltern-Kind-Gemeinschaften unabhängig von der Ehe steuerlich profitieren zu lassen.

Heute haben Sie die Chance, sich nicht mit einem kleinen Reformchen zu begnügen. Heute haben Sie die Chance, hier eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die

- A eine wirklich große Reform anpackt und hier in Hamburg eine Lösung vieler Probleme wäre.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Strasburger.

Stefanie Strasburger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Frau Blömeke, eine wirklich gute Idee, die Sie haben oder vielleicht muss ich auch sagen, die Frau Sager im Bund gehabt hat: Rechtsanspruch ab einem Jahr für ganztägige Kinderbetreuung mit Qualitätsverbesserung und das Ganze für die Hamburger zum Nulltarif. Das klingt toll für alle Politiker, für alle Bürger in Hamburg. Oder ist es hier eher die Eier legende Wollmilchsau, die Sie dem Bürger mit Ihrem Antrag verkaufen wollen?

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Bei genauerer Prüfung stellen wir nämlich Folgendes fest: Nach den Paragrafen 24 und 25, Achtes Sozialgesetzbuch, sind die Jugendhilfeträger bereits verpflichtet, bis 2010 bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in den Kitas vorzuhalten. Der Mindestanspruch liegt hier bei den Kindern Berufstätiger und bei Kindern, bei denen dringend erforderlicher pädagogischer Bedarf festgestellt wird. Wie Sie alle wissen, haben wir diesen Anspruch auf Betreuung bereits seit August 2006 vorbildlich in Hamburg eingeführt.

(Beifall bei der CDU)

- B Ein dringender Handlungsbedarf, den Sie hier für die unter Dreijährigen fordern, Frau Blömeke, besteht definitiv in Hamburg nicht. Die Betreuung der unter dreijährigen Kinder muss unserer Meinung nach primär auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet sein. Dies bemerken Sie auch richtig in Ihrem Antrag.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Herr Kienscherf, Sie können sich auch gern zu Wort melden, wenn Sie etwas sagen wollen.

Ob es tatsächlich die Aufgabe des Staates ist, einen nicht unerheblichen Anteil der Kinderbetreuung den Eltern abzunehmen und die Erziehung in der Familie zumindest zeitweise zu ersetzen, wage ich sehr zu bezweifeln.

(*Doris Mandel SPD*: Das ist schade!)

Fakt ist: Kindererziehung bleibt Aufgabe der Eltern und die Gesellschaft muss Hilfestellung leisten, Stichwort "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" und "Erforderlicher pädagogischer Bedarf".

Zu Ihrer aller Information haben wir nicht nur in Hamburg den Bereich der Kinderbetreuung in den letzten Jahren erheblich ausgebaut, nein, auch auf Bundesebene ist dieser Ausbau erfolgt. Bis zum Jahr 2010 – das hat auch Frau Blömeke gesagt – sollen 230 000 neue Plätze entstehen. Die Kinderbetreuungskosten sind steuerlich absetzbar und zur Qualifizierung von Tagesmüttern stellt der Bund mindestens 10 Millionen Euro aus dem europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

Frau Blömeke, damit das hier ganz klar ist: Sowohl für die regierende CDU-Fraktion hier in Hamburg als auch für den Bund haben die Kinder Priorität, und wir werden

darauf achten, dass unsere Kinder in dieser Stadt gut versorgt werden. C

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Nur bestimmte Kinder!)

Nun zu den Deckungsvorschlägen in Ihrem Antrag. Ungeachtet der etwaigen Deckungshöhe ist der Vorschlag, eine Änderung des Ehegattensplittings verfassungsrechtlich höchst umstritten. Eine Änderung des Splittingverfahrens ist, wenn überhaupt, nur in einem eng begrenzten Umfang für den Gesetzgeber möglich. Ich mache gar kein Hehl daraus, dass auch bei den Unionspolitikern das Splitting, so wie es im Moment ist, umstritten ist. Auch ich habe durchaus meine Probleme damit und dieses gibt momentan Anlass dazu, auch in der Union darüber zu diskutieren.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Im Ausschuss!)

Aber man darf auch nicht übersehen, dass das Ehegattensplitting vielen Familien und vor allem auch älteren Ehepaaren zugute kommt. Die profitieren wirklich davon.

(Zuruf von *Doris Mandel SPD*)

Warum Sie, liebe GAL, nun aber hier – und jetzt kommt der wirkliche Clou dieser Rede – in Hamburg einen Antrag Ihrer Bundestagsfraktion einbringen, stark gekürzt,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Weil sie keine eigenen Ideen haben!)

ist mir allerdings ein Rätsel. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/1673: Kinder fördern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ausweiten, wurde schon im September dieses Jahres auf einer Sitzung des dafür zuständigen Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend behandelt. Mit Drucksache 16/3219 wurde der Antrag dann mit Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt. Ich kann mich wirklich des Eindrucks nicht erwehren, dass er nun durch die kalte Küche wieder aufgewärmt werden soll. Das ist mit uns in Hamburg nicht zu machen. D

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sollte der Antrag dort bleiben, wo er hingehört, nämlich abgelehnt in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der GAL-Fraktion! Frau Schnieber-Jastram sieht heute ein bisschen anders aus als sonst. Es wundert mich, dass sie nicht da ist.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Sehr witzig! Sie sehen auch anders aus als sonst!)

Ihr Antrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der GAL, greift richtige Punkte für die Notwendigkeiten des Ausbaus und die Qualitätsverbesserung im Krippenbereich auf. Lassen Sie mich diese drei nennen.

Erstens: Durch das neu eingeführte Elterngeld wird die Nachfrage berufstätiger Eltern nach Krippenbetreuung in den nächsten Jahren ansteigen.

A Zweitens: Über eine finanzielle Beteiligung des Bundes am Ausbau des Angebots für unter Dreijährige nachzudenken, macht Sinn. Auch Frau Strasburger findet die Idee nicht so schlecht.

Drittens – und das ist gravierend, Frau Blömeke hat darauf hingewiesen –: Der Hamburger Senat setzt den auch im Kinderbetreuungsgesetz formulierten individuellen Rechtsanspruch von unter dreijährigen Kindern auf Bildung, Erziehung und Betreuung, der unabhängig von der Berufstätigkeit ihrer Eltern Geltung hat, nicht um. Das hat fatale Folgen.

Es gibt aber auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der GAL, mehrere Probleme mit Ihrem Antrag. Ihr Antrag ist angelehnt – Frau Strasburger wies darauf hin – an einen Antrag Ihrer Bundestagsfraktion. Dieser berücksichtigt die länderspezifischen Gegebenheiten nicht in ausreichendem Maße. Hamburg hat – bezogen auf die westdeutschen Bundesländer – immer einen überdurchschnittlichen Versorgungsgrad in der Krippen- und auch Hortbetreuung gehabt, aber Gutes kann ja noch besser werden. Mit dem durch die Volksinitiative "Mehr Zeit für Kinder" durchgesetzten Kinderbetreuungsgesetz ist darüber hinaus mit tatkräftiger Unterstützung der SPD ein weiterer erheblicher Ausbau auch im Krippenbereich angelegt worden. Ihr Lob, Frau Strasburger, für dieses Gesetz nehme ich immer gerne an,

(Beifall bei der SPD)

denn wir haben im Kinderbetreuungsgesetz zwei Rechtsansprüche, die für unter Dreijährige gelten.

B Erstens den Rechtsanspruch für berufstätige Eltern. Dieser wird auch für die mit Einführung des Elterngeldes steigende Nachfrage greifen. Hier ergibt sich also kein neuer Regelungsbedarf für Hamburg.

Zweitens haben wir den Rechtsanspruch für alle Kinder auf Förderung nach ihrem individuellen Bedarf. Auch der steht im Kinderbetreuungsgesetz. Die Behörde, Ihr Senat, setzt diesen Rechtsanspruch aber nicht um. Das haben wir hier vielfach diskutiert. Das ist ein zentrales politisches Defizit dieses Senats und speziell dieser Senatorin, insbesondere im Bereich der Stadtteile mit sozialen Problemlagen.

(Beifall bei der SPD)

Dort wird – und das kann man diesem Senat nicht oft genug sagen – eine steigende Anzahl von Kindern von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen und die präventive und sozialpolitische Wirkung von Kinderbetreuung straflich missachtet. Dies ist ein Problem, ein von uns beiden erkanntes Problem, aber auch dieses bedarf keiner zusätzlichen Regelung, sondern einer anderen Politik, einer anderen Umsetzung eines vorhandenen Gesetzes, einer Erfüllung eines verbrieften Rechtsanspruchs. Zudem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, finde ich diese Regelungen mit einem Bundesgutschein unnötig kompliziert und bezweifle auch, dass alle Kinder unter drei Jahren die Verwirklichung eines Ganztagsplatzes brauchen. Sie brauchen – das ist richtig – einen Rechtsanspruch auf Förderung nach ihrem individuellen Bedarf, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern, und dieser steht im Hamburger Gesetz.

Über die von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der GAL, und uns immer wieder angesprochenen Versäumnisse des CDU-Senats bei der Umsetzung des

Kinderbetreuungsgesetzes und die von Ihnen angeführte Finanzierungsvariante für Verbesserungen insgesamt und bei der Qualität für den Ausbau der Kinderbetreuung würde ich gerne im Ausschuss reden. Daher stimmen wir einer Überweisung an den Ausschuss zu. In der Sache aber müssen wir Ihren Antrag, so wie er vorliegt, ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

(Zuruf von der CDU: Es ist doch alles gesagt!)

Christiane Blömeke GAL: – Es ist nie alles gesagt, es gibt immer noch viel mehr zu sagen, aber ich will mich nur auf einige wesentliche Erwiderungen beschränken.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Genau darum, verehrte Kollegin Hilgers, geht es natürlich. Es geht um die beiden Gruppen von Kindern. Frau Strasburger, ich kann es nicht ganz verstehen, warum wir immer aneinander vorbeireden, warum Sie immer sagen, es sei alles so prima hier in Hamburg und wir haben so viel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan. Das haben Sie und das habe ich auch oft genug gelobt und gesagt. Das ist alles wunderbar. Ich denke, wir beide leben vielleicht in Stadtteilen, in denen das Problem nicht so vorherrschend ist, nämlich das Problem von Kindern aus benachteiligten Familien und Migrantenfamilien. Genau um diese beiden Gruppen geht es. Frau Hilgers hatte es eben auch gesagt. Für diese beiden Gruppen von Kindern ist dieser Rechtsanspruch Gold wert.

Natürlich ist es richtig, dass wir einen sozialen pädagogischen Bedarf in Hamburg haben und dass dieser Bedarf nicht ausreichend ausgeschöpft wird, ist auch richtig. Aber es gibt jenseits dieser Kinder mit diesem Bedarf noch eine Menge Kinder, zum Beispiel Migrantenkinder, die nicht unter diese Regelung fallen, die schlachterwegen zu Hause sind, weil ein Elternteil zu Hause ist. Wenn in einer Einwandererfamilie zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, dann ist es auch sehr schwierig, dass dieses Kind frühzeitig Deutsch als Zweitsprache lernt. Alles in allem denke ich, dass dieser Rechtsanspruch natürlich genau für diese Gruppen ideal wäre.

(Beifall bei der GAL)

Dann ist es völlig richtig, dass das Tagesbetreuungsausbau Gesetz (TAG) und auch unser Gesetz die Jugendhilfeträger – verpflichtet ist das falsche Wort – anregt, Betreuungsplätze unter drei Jahren auszubauen. Solange damit aber kein Rechtsanspruch verbunden ist, passiert dieser Ausbau nicht so wie wir ihn für genau diese Gruppen brauchen, die wir eben aufgezählt haben. Es ist völlig unbestritten, dass die Kindererziehung auch weiterhin Aufgabe der Eltern bleibt. Aber als Familienpolitiker wollen wir eben alle Kinder ins Boot holen und allen Kindern frühzeitig einen Zugang zur Bildung verschaffen. Sie müssen auch endlich akzeptieren, dass es Elternhäuser gibt, in denen das nicht so geschieht, sei es, weil die Sprache nicht gesprochen wird oder weil die Eltern durch ihre eigenen Sorgen so belastet sind, dass da der Staat beziehungsweise eine Kita die Aufgabe übernehmen muss.

(Beifall bei Gudrun Köncke GAL)

C

D

A Ich kann eines immer nicht verstehen. Natürlich ist es richtig, dass es ein Modell der Bündnis 90/Die Grünen ist. Das habe ich auch nie verhehlt. Es ist aber sinnvoll, aus den Ländern eine Initiative einzubringen. Warum wehren Sie sich so dagegen, wenn hier mit einer guten Initiative, mit einer Veränderung eines längst veralteten Steuermodells, notwendige Gelder für die Kindertagesbetreuung nach Hamburg kommen? Sie sagen nur, wir gucken auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das ist uns alles suspekt, wenn hier mehr Gelder kommen. Das braucht Ihnen nicht suspekt zu sein. Verfassungsrechtlich ist dieses Geldleistungsgesetz geprüft und durch den übertragbaren Höchstbetrag ist es auch verfassungsrechtlich in Ordnung. Sie brauchen hier weder den Zuhörern noch sonst wem einzureden, da gebe es verfassungsrechtliche Bedenken. Das ist es nicht. Vielleicht ist es Ihre Scheu davor, das Ehegattensplitting abzuschaffen, weil es eine lange Tradition ist. Für Hamburg und auch für die übrigen Bundesländer, die natürlich auf diese Gelder angewiesen wären, hätte es ganz viele Vorteile.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5073 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

B Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5073 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 18/5135, Bericht des Wissenschaftsausschusses: Neuregelung der Förderung der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie, hier: Abschluss eines Vertrages mit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Stiftung Das Rauhe Haus.

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 18/4737: Neuregelung der Förderung der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie hier: Abschluss eines Vertrages mit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Stiftung Das Rauhe Haus (Senatsantrag) – Drucksache 18/5135 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Bezug auf die Drucksache, den Bericht des Wissenschaftsausschusses, den wir heute diskutieren, möchte ich einmal darauf verweisen, dass das Verfahren ein relativ ungewöhnliches gewesen ist und sich eigentlich über Jahre hingezogen hat.

Vor rund drei Jahren hat der Wissenschaftsausschuss im Rahmen einer Beschäftigung mit einer anderen Situation erfahren, dass die Zukunft der Fachhochschule des Rauhen Hauses gefährdet sei. Uns Abgeordneten war das parteiübergreifend allen neu. Wir haben dann angefangen zu recherchieren. Als wir merkten, dass da etwas dran ist,

C haben wir die Sache in Eigenbefassung im Ausschuss an uns gezogen.

Wir haben dann sogar etwas ganz Ungewöhnliches gemacht und die Bischöfin Maria Jepsen in eine Ausschusssitzung eingeladen, um uns aus erster Hand darüber informieren zu lassen, welche Probleme an dieser Hochschule bestehen.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Es stellte sich heraus, dass große Teile der Nordelbischen Kirche dieser Hamburger Institution – ich will es einmal freundlich sagen – relativ skeptisch gegenüber standen, und zwar aus dem einfachen Grunde, dass Flensburg andere Interessen als Husum hat und Hamburg für die weit weg ist. Da wir alle wissen, wie die finanzielle Situation in dieser Nordelbischen Kirche ist, war man auf die Idee gekommen, diese Fachhochschule "auf dem Altar" zu opfern. Dabei ist für uns Hamburger die Fachhochschule des Rauhen Hauses eine ganz bedeutende Lehranstalt mit langer Tradition, die über 200 Jahre zurückgeht.

Johann Hinrich Wichern hat dort auf dem Gelände des Rauhen Hauses quasi die Wiege der Inneren Mission geschaffen, und zwar Mitte des 19. Jahrhunderts. Aus dieser Arbeit, die er dort geleistet hat, entstand ungefähr im Jahre 1850 eine Schule, die das Ziel hatte, die Brüder des Rauhen Hauses, wie sie damals genannt wurden und die in dieser Kinderanstalt des Rauhen Hauses arbeiteten, für ihre Arbeit entsprechend zu qualifizieren. Aber es war nicht nur Kinder- und Jugendarbeit, die dort von den Brüdern des Rauhen Hauses geleistet wurde, sondern es war sogenannte Felddiakonie im Krieg, es war die Begleitung von Auswanderern und zum Beispiel die Betreuung von Eisenbahnbauarbeitern und – ganz wichtig – hier ist auch die Wiege der Stadtmission zu finden, die bis zum heutigen Zeitpunkt in unserer Stadt eine ganz wichtige Institution ist.

D Heute ist die Hochschule des Rauhen Hauses eine moderne Hochschule für Sozialpädagogik mit 220 Studenten und einer sehr großen Nachfrage. Auf einen Studienplatz kommen ungefähr sechs Bewerber und, meine Damen und Herren, sie hat im Gegensatz zur Hochschule im staatlichen Bereich auch ein besonders ausgeprägtes Profil, nämlich die Verbindung von Sozialwissenschaften auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Theologie.

Gleichzeitig gibt es auch viele Angebote im Bereich der Fort- und Weiterbildung in diesem Haus. Das alles zusammen war, glaube ich, parteiübergreifend Konsens und wir haben gesagt, dass wir uns für den Erhalt dieser Einrichtung einsetzen müssen. Die Bischöfin war bei uns im Ausschuss zu Gast und wir haben dann fraktionsübergreifend einen Beschluss gefasst, in dem wir die Nordelbische Kirchenleitung aufforderten, noch einmal über eine erneute Finanzierungsüberbrückung für diese Fachhochschule nachzudenken. Aber viel Erfolg hatten wir mit diesen Bemühungen nicht. Erschwerend kam dazu, dass es eine besondere Rechtskonstruktion in der Finanzierung dieser Einrichtung der Nordelbischen Kirche gibt, und zwar basiert die auf einem Vertrag von 1985. Der sagt, auf der einen Seite finanziert die Kirche, aber auf der anderen Seite finanziert der Staat. 50 Prozent Kirchenanteil, 50 Prozent Anteil durch den Staat. Gleichzeitig ist auch verbrieft, dass, wenn einer der Beteiligten sich

A aus der Finanzierung weiter zurückzieht, es erforderlich macht, dass der andere sich auch weiter zurückziehen kann, sodass wir in einem enormen Dilemma waren. Die Nordelbische Kirche hat gesagt, mehr als 200 000 Euro können wir nicht zahlen von einem Anteil, der bis dato bei über 600 000 Euro gelegen hat. Dies hätte vertraglich zur Folge gehabt, dass sich die staatliche Seite dann auch auf diese 200 000 Euro hätte reduzieren müssen und das wäre das Aus dieser Hochschule gewesen.

Es haben dann sehr langwierige weitere Verhandlungen eingesetzt und der Vorstand des Rauen Hauses und die damalige Präsidentin, Frau Professor Rose, kamen dann mit dem Vorstoß, wir werden die Zukunft unserer Fachhochschule dadurch finanzieren, dass wir den kirchlichen Anteil, der reduziert wird, durch die Einführung von Studiengebühren abfedern und ausgleichen werden und das zu einer Zeit, als hier im Haus überhaupt noch nicht über Studiengebühren geredet wurde. Das war eine Entscheidung, die nicht von staatlicher Seite empfohlen wurde, sondern es war quasi ein Konstrukt der Kirche und des Rauen Hauses, um eine Überlebenschance für diese Einrichtung zu gewährleisten.

Der Kompromiss, der auf dieser Grundlage gefunden wurde, sicherte aus Sicht der Kirche die Zukunft ihrer Einrichtung. Geplant war, den bisherigen Anteil von 706 000 Euro auf 387 000 Euro herunterzufahren und gleichzeitig durch die Einführung von Studiengebühren von 500 Euro pro Semester zu einer Lösung zu kommen, die ungefähr ein Finanzvolumen für jede Seite in Höhe von 600 000 Euro bedeutete. Diese Summe ist auskömmlich, um in Zukunft auch die Fachhochschule des Rauen Hauses an dieser Stelle existieren und weiterarbeiten zu lassen.

Gleichzeitig hat die Hochschulleitung der sozialpädagogischen Einrichtung des Rauen Hauses durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine Reform auf den Weg gebracht. Sie hat ihre Verwaltung verkleinert und will den kostenpflichtigen Anteil von Fort- und Weiterbildung für andere sozialtätige Unternehmen in ihrem Einzugsgebiet erweitern, um so zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Insgesamt finde ich, dass wir hier eine gute Lösung gefunden haben, die inzwischen sowohl von der Kirchenleitung als auch von Senatsseite unterschrieben worden ist und mit einem positiven Beschluss heute Abend hier im Parlament dann endgültig die Zukunft des Rauen Hauses besiegtelt.

Ein bisschen enttäuscht bin ich darüber und finde es schade, dass SPD und GAL bei den abschließenden Ausschussberatungen diesem erzielten Kompromiss wegen der Studiengebühren nicht zustimmen wollten, sodass die Mehrheit für diesen Beschluss nur durch die CDU-Mehrheit im Ausschuss zustande gekommen ist. Vielleicht ermöglicht die Debatte, die wir heute zu diesem Thema miteinander führen, doch noch eine Veränderung Ihrer Haltung zugunsten einer wirklich wichtigen Hochschule in dieser Stadt mit ihrem kirchlichen Träger, die echte Zukunft garantiert. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lein hat das Wort.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal müssen und können wir Sozialdemokraten an dieser Stelle feststellen, dass wir mit dem Ergebnis der Verhandlungen von Staat und Kirche sehr zufrieden sind, nämlich dem Ergebnis, dass uns diese renommierte und mit Hamburgs Geschichte eng verbundene Hochschule mit ihren Praxiseinrichtungen erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Auf Messers Schneide stand es, als die evangelische Kirche ihren Anteil mit dem schon genannten Fünfzig-fünfzig-Vertrag um 60 Prozent absenkte und damit den Staat in Handlungszwang brachte. Verhandlungsgeschick und Flexibilität ausdrücklich auf beiden Seiten haben dann eine Lösung erbracht, die sich sehen lassen kann. Hierfür sei den Beteiligten namens der SPD gedankt.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben ja in dieser Zeit auch die Verhandlungen zum Staatskirchenvertrag ihren Teil dazu beigetragen, diesen erfreulichen Nebeneffekt zu generieren. Ausbildungsgänge werden modernisiert und optimiert. Das ist gut für Hamburgs Studierwillige. Ich will alles dieses, was mein Vorfriedner, Herr Beuß, als Historie dieser Entwicklung dargestellt hat, mit meinen Worten nicht wiederholen. Das ist ein Positivum der Entwicklung dieser Fachhochschule.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Gefahr, die auch auf die HAW im Zuge der möglichen Einstellung der Fachhochschule des Rauen Hauses zukam, dann doch durch Kooperation beim Masterstudiengang gelöst werden konnte.

Dass hier im Zuge der Haushaltkskonsolidierung und des Veränderungsprozesses Lehrkapazitäten effektiver genutzt werden, vulgo eingespart wurden durch Reduzierung des Lehrkörpers und Einführung von Bachelor-/Masterstrukturen, kann man vielleicht verschmerzen, wenngleich wir uns gewünscht hätten, dass diese stark nachgefragte Hochschule das auch zum Ausbau ihrer Studienangebote hätte nutzen können.

Andererseits wird man natürlich auch sagen müssen, dass der Staat in den letzten Jahren immer mehr zum Finanzier geworden ist. 1985 wurde dies festgeschrieben in dem Fifty-fifty-Vertrag, aber davor kann man sich die Entwicklung von einem früheren 20-Prozent-Anteil zu einem höheren Anteil des Staates sehr wohl vor Augen führen. Das ist im Prinzip kein glücklicher Zustand, weil es sich um eine kirchliche Einrichtung handelt, der allerdings dadurch erleichtert wird, dass die Kirche hier eine Sozialpädagogikausbildung macht, die vielen freien und privaten Institutionen zugute kommt. Es ist also keine rein kirchliche Hochschule wie Bethel oder andere. Für solche Ausbildungen kann der Staat zweifellos auch finanzielle Verantwortung übernehmen. Vielleicht mag man an dieser Stelle auch sagen, sogar mehr Verantwortung übernehmen. Die Wissenschaftsbehörde hat – das wissen wir auch alle – bei anderen Finanzierungen zwischen privaten Geldgebern und der öffentlichen Hand, zum Beispiel in der Hamburg Media School, auch eine großzügige Hand bewiesen und doppelt so viel zugeschossen wie die privaten Geldgeber. Unmöglich ist so etwas also nicht, wenn man will.

Bis dahin hätten wir als SPD-Fraktion dem Kompromiss zugestimmt und hätten uns nur gefreut. Nun kommen

A aber Studiengebühren ins Geschäft, und zwar tatsächlich ins Geschäft, denn die 500 Euro pro Studierendem gehen offensichtlich nicht in die Verbesserung von Forschung und Lehre, wie es uns sonst jedenfalls an den Hochschulen zugesagt wird, sondern sie gehen schlicht in die finanzielle Konsolidierung des bis dato noch nicht ausgeglichenen Haushalts der Fachhochschule. Klarer ist bislang noch nicht dargestellt worden, wozu Gebühren der Studierenden, vermutlich nach einer gewissen Schamfrist, auch an den staatlichen Hochschulen verwendet werden, wenn man die CDU hier weiter ungebremst agieren lässt.

Künftige Studiengebühren werden nicht zur Verbesserung von Studienangeboten genutzt, sondern dienen der Grundfinanzierung der Hochschulen. Das ist der Einstieg in das, wovor wir als CDU als mittelfristige Tendenz dessen, was wir vor kurzen hier beschlossen haben, nur warnen können.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Als SPD haben Sie davor gewarnt!)

– Richtig.

Das Argument "Studiengebühren" ist auch der einzige Grund, weshalb wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Nun könnte man sagen, ablehnen. Ich finde, damit der CDU das Gefühl zu geben und den öffentlichen Eindruck zu erwecken, sie alleine sei der Retter der Fachschule, wäre ein falsches Signal. Denn – Herr Beuß hat es mit dem Fifty-fifty-Beschluss erwähnt, aber lesen Sie die Geschichte nach, Herr Beuß hat das so deutlich nicht dargestellt – die früheren Zuwächse bei den staatlichen Anteilen für die Fachhochschule sind in diesem Hause auch auf sozialdemokratischem Mist gewachsen und hier beschlossen worden.

(Beifall bei *Michael Neumann SPD*)

Insofern, glaube ich, haben wir uns dieser Hochschule gegenüber nie knauserig gezeigt, sondern haben anerkannt, was diese Schule für die Stadt leistet. Aber es muss auch eine Grenze sein. Ich glaube, die Regierung hätte gut daran getan, diesen Vertrag neu zu verhandeln. Enthaltung meiner Fraktion ist, glaube ich, der einzige Weg, die einzige Möglichkeit, dem Protest gegen Studiengebühren und ihren Missbrauch bei dieser besonders unanständigen Verwendung zur Haushaltssolidierung einer Hochschule Ausdruck zu verleihen.

Meine Damen und Herren in der CDU, die Verantwortung für diese Form der Finanzierung müssen Sie alleine übernehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Opitz hat das Wort.

Dr. Heike Opitz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir können dem neuen Vertrag zwischen Stadt und Kirche über die Finanzierung der Evangelischen Fachhochschule nicht zustimmen, werden aber im Gegensatz zur SPD den Vorschlag ablehnen. Der Grund dafür ist nicht eine generelle Geringsschätzung der Kirche oder gar eine konkrete gegenüber der Evangelischen Fachhochschule. Im Gegenteil finden auch wir die gemeinsame Ausbildung von Sozialpädagogen und Diakonen unterstützenswert und halten dies für einen Vorteil für Stadt und Kirche. Daher

C haben wir uns auch immer für eine weitere Unterstützung der Fachhochschule des Rauen Hauses ausgesprochen, und zwar für eine paritätische Finanzierung von Stadt und Kirche.

Der vorliegende Vertrag beinhaltet aber keine paritätische Finanzierung. Im Gegenteil ist es jetzt so, dass ungefähr 350 000 Euro von der Kirche, 250 000 Euro von den Studierenden und die andere Hälfte von der Stadt aufgebracht werden. Durch einen Kunstgriff werden jetzt die Geldzahlungen der Studierenden als Eigenmittel der Kirche betrachtet. Das ist aber nur eine Art Kirchensteuer auf Kosten der Studierenden, also eine Haushaltssanierung der Kirche, die die Studierenden finanzieren. Außerdem verabschiedet sich der Senat damit von seinem Versprechen, dass Studiengebühren nur zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden.

(*Gerhard Lein SPD*: So ist es!)

Hier geht es aber ganz klar um eine Basisfinanzierung der Evangelischen Fachhochschule. Der Senat toleriert und unterstützt damit die Zweckentfremdung von Studiengebühren.

(Beifall bei *Gerhard Lein SPD*)

Daher ist zu befürchten, dass die Evangelische Fachhochschule nur den Weg weist, den auch zukünftig andere Hochschulen im Umgang mit Studiengebühren gehen werden, was dann vom Senat auch toleriert werden wird.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Panikmache ist das!)

Insofern lehnen wir diesen Vertrag ab und werden dem Vertragsentwurf nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Senator Dräger.

Senator Jörg Dräger: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz und verzichte auf eine Wiederholung dessen, was eben schon gesagt wurde. Das Ergebnis ist positiv. Die Evangelische Hochschule, unser Rauhes Haus, ist gerettet. Ich fand auch den parlamentarischen Beratungsprozess sehr positiv. Der Abgeordnete Wolfgang Beuß hat ihn eben beschrieben. Ich bedaure deswegen, dass wir hier zum Schluss nicht zu einem einvernehmlichen Votum kommen. Ich kann nur noch einmal sagen: Frau Opitz, eine paritätische Finanzierung hätte das Ende dieser Hochschule bedeutet. Insofern ist der Weg, den wir jetzt gefunden haben, der einzige, der uns ermöglicht, diese Hochschule, die wir alle wertschätzen – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, hier am Standort Hamburg zu erhalten. Insofern bitte ich um die Zustimmung der hier vorliegenden Vorlage und der haushaltlichen Auswirkungen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ausschussempfehlung bei einer Vielzahl von Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

A Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 18/4974, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Nachmittags- und Ferienbetreuung für Vorschul- und Ganztagschulkinder sowie neue Leistungsarten im Kita-Gutscheinsystem.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Nachmittags- und Ferienbetreuung für Vorschul- und
Ganztagschulkinder sowie neue Leistungsarten im
Kita-Gutscheinsystem – Drucksache 18/4974 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Hilgers, bitte.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus den Antworten zu dieser Großen Anfrage werden zwei zentrale Probleme bei Ihrer Art der Ausgestaltung von Kindertagesbetreuung deutlich. Erstens: Die verschwindend geringe Anzahl von Eltern, die aufgrund der Härtefallregelungen aus dem Kinderbetreuungsgesetz den Elternbeitrag ganz erlassen bekommen, einen sogenannten Nullschein erhalten. Zweitens: Das konzeptionelle und auch pädagogische Wirrwarr für Eltern und Kinder durch lauter neue additive Anschlussbetreuungslösungen im Kita-Gutscheinsystem.

Zunächst zum ersten Punkt: Wir hatten hier bereits diskutiert, dass es ein zunehmendes Problem der Verschuldung der Eltern bei den Kitas gibt. Das ist ein Problem, das in Hamburg bis zu 7 Prozent der Eltern, also geschätzte 3500 Eltern, betrifft. SPD und GAL haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, um einen Weg aufzuzeigen, der verhindert, dass Kinder aufgrund der Notlage ihrer Eltern ihren Kita-Platz verlieren. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion hatten diesen Antrag abgelehnt – zum Schaden für die Kinder dieser Stadt, zum Schaden für genau die Kinder, die unsere Unterstützung für einen gesicherten Zugang zu frühkindlicher Bildung brauchen. Dies wird, das prophezeie ich Ihnen, gravierende Folgen für das weitere Fortkommen dieser Kinder haben.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

In unserem Antrag war auch der Hinweis auf die Möglichkeit der Härtefallregelung für Eltern in finanzieller Not enthalten. Aufgrund dieser Härtefallregeln können die Eltern einen sogenannten Nullschein erhalten, müssen also keinen Elternbeitrag zahlen. Laut den Übersichten aus der vorliegenden Großen Anfrage werden im Kita-Gutscheinsystem 56 955 Kinder, in stadtdeutschen Einrichtungen 273 Kinder, in der Tagespflege 5613 Kinder, in der Vorschule 5683 Kinder und beim Pädagogischen Mittagstisch 1617 Kinder betreut. Das sind in diesen Leistungs- und Betreuungsarten insgesamt 70 141 Kinder.

Wie häufig werden denn nun in ganz Hamburg Nullscheine gegeben? Für 727 von 56 955 im Kita-Gutscheinsystem betreute Kinder, das sind 1,3 Prozent, haben die Eltern einen Nullschein. Für acht von 273 in stadtdeutschen Einrichtungen betreute Kinder, das sind 2,9 Prozent, haben die Eltern einen Nullschein. Für 41 von 5613 in Tagespflege betreuten Kindern, das sind 0,7 Prozent, haben die Eltern einen Nullschein. Für 20 von 5683 in der Vorschule betreute Kinder, das sind sage und schreibe 0,4 Prozent, haben die Eltern einen Nullschein. Und für 51 von 1617 Kindern, die den Pädagogischen Mittags-

tisch in Anspruch nehmen, das sind 3,2 Prozent, haben die Eltern einen Nullschein. C

Also: Summa summarum gibt es für 70 141 betreute Kinder in diesen Angeboten frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung insgesamt 847 Nullscheine. Das sind popelige 1,2 Prozent. Mit dieser verschwindend geringen Anzahl von Härtefallscheinen, verehrter CDU-Senat, wird Kindern und Eltern nicht geholfen. Das zeigen Ihre eigenen Zahlen auf.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Dies reicht angesichts des sich abzeichnenden Verschuldungsproblems der Eltern bei Kitas nicht. Dies reicht nicht, um das Herausfallen der Kinder dieser Eltern aus den Angeboten frühkindlicher Bildung zu verhindern. Das reicht insbesondere in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen nicht. Das muss geändert werden. Tun Sie etwas.

Nun zum zweiten Punkt, dem pädagogischen und konzeptionellen Wirrwarr, welchen Sie im Kita-Gutscheinsystem anrichten: Wenn berufstätige Eltern das Vorschulangebot wählen, so ist die Betreuungszeit, die sie im Rahmen ihrer Berufstätigkeit für ihre Kinder brauchen, dort nicht abgedeckt, weil die Vorschule um eins endet. Das Gleiche gilt für die Hamburger Variante von Ganztagschule. Auch diese schafft den durch das Kinderbetreuungsgesetz garantierten Betreuungsumfang für berufstätige Eltern nicht. Statt, dass Sie nun nach kooperativen und gemeinsam verantworteten Lösungen zwischen Kita und Schule beziehungsweise Vorschule suchen, die den Kindern den zum Teil jetzt stattfindenden täglich zweifachen Betreuungsortwechsel ersparen, werden die neuen Leistungsarten Anschlussbetreuung Vorschulklassen und Anschlussbetreuung Ganztagschule eingeführt.

Auch die Sprachförderung im frühkindlichen Bereich wird zum Großteil additiv an zwei Betreuungsorten angeboten. Warum, Frau Senatorin – richten Sie es ihr aus –, Herr Staatsrat, kann diese Betreuung nicht in gemeinsamer Verantwortung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen und Lehrerinnen pädagogisch sinnvoll an einem Bildungsort für die Kinder organisiert werden?

Sie können für die Vorschulvariante mit Anschlussbetreuung hier noch nicht sagen, wo diese überall an den Start geht. Da werden wir noch einmal nachfragen, wenn Sie dann hoffentlich so weit sind und einen Überblick darüber haben. Jetzt haben Sie ihn noch nicht. Was Sie mir aber als Antwort auf die Kleine Anfrage mit der Nummer 18/5158 sagen könnten, ist, dass für den Wechsel der Bildungseinrichtung, also von Schule zu Kita, die Eltern verantwortlich seien. Weder die Schule noch die Kita erhält Mittel, um die Steppkes sicher von einem Ort zum anderen zu begleiten. Sollen die berufstätigen Eltern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, diesen Wechsel dann in ihrer Mittagspause organisieren, oder wie stellen Sie sich das vor? Mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat dies nichts zu tun. Oder sollen die Fünfjährigen, von denen bezweifelt werden kann, dass sie alle verkehrssicher sind, sich alleine auf den Weg machen? Ist das die Lösung? Ich hoffe nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion.

Also greifen Sie diese Punkte auf und bewegen Sie Ihre Behörde dringend zu einem anderen Vorgehen. Wir brauchen einen erleichterten Zugang zu Härtefallschei-

A nen von Eltern in finanzieller Not, damit ihre Kinder den Zugang zu frühkindlicher Bildung nicht verlieren. Wir brauchen gemeinsame Lösungen zwischen Vorschule, Schule und Kita für Bildung, Erziehung und Betreuung an einem Ort, damit die Kinder nicht tagtäglich hin- und herwechseln müssen und die Eltern ihre Kinder sicher aufgehoben wissen. Schaffen Sie hier Abhilfe, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion. Von Ihrer Senatorin, die heute einmal wieder durch Abwesenheit glänzt, erwarte ich dies nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr von Frankenberg hat das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank an die Opposition für die Anmeldung dieses Themas. Das gibt uns noch einmal die Gelegenheit, die Erfolge der vergangenen Jahre darzustellen. Der sperrige Titel "Nachmittags- und Ferienbetreuung für Vorschul- und Ganztagsschulkinder sowie neue Leistungsarten im Kita-Gutscheinsystem" zeigt schon, dass Sie mittlerweile versuchen in Nebenthemen auszuweichen und irgendwo den roten Faden des Themas verloren haben.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ist das jetzt ein Haupt- oder Nebenthema? – Beifall bei der CDU)

Ab drei Jahre hat jedes Kind einen Rechtsanspruch auf fünf Stunden Betreuung und Mittag. Die Zahl der betreuten Kinder hat in den letzten Jahren von 68 200 auf 70 300 zugenommen, im Kita-Bereich von 49 800 auf 53 900. Auch hier ist eine deutliche Steigerung zu sehen. Auch bei den Kindern unter drei Jahren gab es eine Steigerung von 7300 auf 8100 Kinder.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Zum Thema!)

Infofern ist die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern gegeben und Hamburg ist und bleibt eine familienfreundliche Stadt. Da können Sie erzählen, was Sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Von Wirrwarr kann überhaupt keine Rede sein, sondern wir haben ein nachfrageorientiertes System. Das ist eine Neuausrichtung. Vielleicht sind Sie dabei ein bisschen verwirrt, aber die Bürgerinnen und Bürger und die Eltern in dieser Stadt haben sich schon ganz gut eingerichtet. Die Einrichtungen selber kommen auch recht gut klar.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Das wüsste ich!)

Gewinner in Hamburg sind die Kinder. Gewinner in Hamburg sind die Familien. Verlierer sehe ich nicht. Das einzige, was passiert ist, ist, dass der Opposition ein Thema abhanden gekommen ist, das sie gerne hochkochen würde.

(*Aydan Özoguz SPD*: Sie sind blind!)

Wenn man sich einmal anschaut, dass Sie fünf Große und Kleine Anfragen mit jeweils über hundert Seiten Antworten zu dem Thema gestellt haben, ist erkennbar, dass Sie das Thema bewegen. Sie sind auch ganz fleißig. Wie sich das mit Ihrem Geist aushändigt, kann ich nicht mehr so ganz erkennen, denn die Frage, die sich mir bei Ihrem Papier stellt, ist: Was will die Opposition eigentlich? Erkennbar ist, dass es Ihnen nicht gelingt, Schwerpunkte zu setzen. Sondern Sie haben einfach nur Hunger nach

Zahlen, Zahlen, Zahlen und produzieren Drucksachen. C Aber die Menschen, die Sie erreichen wollen, verfeheln Sie total.

(Beifall bei der CDU)

Fragen, die uns nicht weiterbringen, mangelhafte Frage-technik, kaum Erkenntnisgewinn: Das ist das, was zu Ihrem Geist zu sagen ist. Familienpolitik für Familien heißt: Es geht um Menschen und nicht um Zahlen. Frau Dr. Hilgers, Sie sind auf der Suche nach Kindern, denen es schlechter geht als vor 2001. Nur: Die Politik ist besser geworden und Sie werden diese Kinder nicht finden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Es ist langsam auch überhaupt nicht mehr glaubhaft, dass Sie versuchen, als Anwalt der Stadtteile mit sozialen Schwierigkeiten aufzutreten.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Sie sind arrogant und ignorant! – *Glocke*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Frau Hilgers, bitte, ich rufe Sie zur Ordnung.

(*Michael Neumann SPD*: Sie hat doch recht!)

– Bitte fahren Sie fort, Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg (fortfahrend): Sie treten hier als Anwalt der Stadtteile mit sozialen Schwierigkeiten auf. Das ist kaum glaubhaft, denn die sozialen Schwierigkeiten sind nicht über Nacht gekommen, nicht erst seit 2001, sondern sie sind lange entstanden. Zur SPD-Zeit gab es Gutachten, viele Berichte und vielleicht als Trostpflaster einen Sozialarbeiter, der hier oder da etwas getan hat. Aber es hat sich nicht wirklich etwas bewegt.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Sie sind ahnungslos!)

Vielleicht ist nicht alles, was passiert ist, falsch gewesen, aber es ist einfach zu wenig entschieden worden – Entscheidungsstau, verschoben, geprüft, begutachtet. Vieles hat sich verschlechtert und Sie treten als Anwalt der sozialen benachteiligten Stadtteile auf. – Bravo.

(*Aydan Özoguz SPD*: Sie haben die Erzieherinnen entlassen!)

Nun ist es anders. Es wird gehandelt und entschieden. Eine vernünftige Sozialpolitik ist eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik. Die findet in dieser Stadt statt, infofern können wir uns jetzt auch eine wesentlich bessere Kindertagesbetreuung in den Einrichtungen leisten und finanzieren als zu Ihren Zeiten. Das ist anders.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Zuruf von *Aydan Özoguz SPD*)

Was auch noch gesagt werden muss: Wir führen in Hamburg die Stadtteile zusammen, während Sie nur die Probleme beschreiben. Das ist der Unterschied. Wir lösen nämlich die Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Blömeke hat das Wort.

A **Christiane Blömeke** GAL: Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, Herr von Frankenberg! Jetzt bin ich gar nicht so ganz sicher. Vielleicht machen Sie es ja so wie der Bürgermeister, wie wir es einmal lesen konnten. Er setzt sich sein Käppi auf, setzt sich ins Auto, fährt durch die benachteiligten Stadtteile, steigt aber lieber nicht aus, um sich das Elend nicht ansehen zu müssen.

(*Olaf Olszen CDU*: Sie haben keine Ahnung! Red doch keinen Blödsinn da vorne!)

– Manchmal habe ich das Gefühl, dass die CDU-Fraktion gesammelt keine Ahnung hat.

Ich bin ein bisschen entsetzt über die Äußerung von eben, Herr von Frankenberg, obwohl ich Sie sonst als Kollegen wirklich sehr schätze. Aber zu sagen: Verlierer hat dieses System nicht. Verlierer sehe ich nicht. Was macht die Opposition hier überhaupt mit ihren ständigen Anfragen? – Wir haben eben bei dem Rechtsanspruch lang und breit diskutiert. Wir tun es auch im Fachausschuss. Ich glaube auch daran, dass Sie natürlich sehen, dass dieses System auch Verlierer hat. Sie können ja unmöglich mit Scheuklappen durch diese Stadt laufen. Das kann eigentlich nicht angehen. Ich könnte ja noch verstehen, wenn Sie immer wieder betonen, dass Sie eben diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut hinbekommen haben. Aber zu behaupten, das System hätte keine Verlierer, wo wir wissen, dass ein Teil der Kinder aus der Betreuung ausgeschlossen ist, finde ich infam, Herr von Frankenberg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Vielleicht einmal zu den Anfragen und zu den Vorwürfen: Was macht die Opposition hier eigentlich, was will sie? – Ich muss gestehen, ich bin froh, dass die SPD diese Anfragen stellt, weil mir selber manchmal die Zeit dafür fehlt.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich finde, dass die SPD mit diesen Anfragen, die umfangreich sind – das ist ja richtig –, die Arbeit des Senats macht, verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der GAL)

Denn das, was in diesen Anfragen steht, dient zur Aufklärung. Es ist wieder das alte Lied: Sie stellen sich hier hin, singen ein Loblied, rattern Ihr Programm herunter, von alldem, was sie erreicht haben. Eine inhaltliche Auseinandersetzung oder gar eine Befassung mit der Anfrage hat überhaupt nicht stattgefunden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Es ist wieder zu laut hier. Ich bitte um etwas mehr Rücksichtnahme auf die Rednerinnen und Redner. Das ist nicht nur bei Frau Blömeke so gewesen. Das war auch schon vorher der Fall. Wenn Sie sich zu Wort melden wollen, melden Sie sich bitte. Ansonsten stellen Sie bitte Ihre Dialoge ein. Damit sind alle gemeint. – Frau Blömeke, bitte.

Christiane Blömeke (fortfahrend): – Ich bin auch gerne bereit, Zwischenfragen zu beantworten. Wir haben die Zeit.

Sonst würde ich jetzt auf die Anfrage zu sprechen kommen.

(*Gerhard Lein SPD*: Bravo!)

C

Ich muss nämlich sagen: Die Auswertung dieser Anfrage war für mich ein Wechselbad der Gefühle. Das ging von Erstaunen über Ärger bis zu Unverständnis, Verwunderung, aber auch Bestätigung. Eigentlich habe ich alles erlebt, was man dabei so erleben konnte. Es hat mich vor allen Dingen ganz stark verwundert, was der Senat alles nicht weiß und ihn vor allen Dingen auch nicht interessiert. Das finde ich insofern erstaunlich, weil meiner Meinung nach gerade neue Konzepte, wie das von Ihnen zitierte Konzept der Anschlussbetreuung, eigentlich genau beäugt werden sollten, um herauszufinden, ob das auch so funktioniert, wie wir alle uns das vorstellen.

Nehmen wir einmal die in der Anfrage beantwortete Frage nach der Anzahl der Gutscheine für die Anschlussbetreuung – das sind 431. Doch, in welchem Umfang die Kinder an der Anschlussbetreuung teilnehmen, ob zwei, drei oder fünf Stunden, dazu kann der Senat nichts sagen. Das ist eigentlich unverständlich, weil die Gutscheine nämlich immer an einen gewissen Zeitraum gekoppelt sind. Eigentlich müsste der Senat hierzu etwas sagen können.

Ärger kam in mir hoch, als ich lesen musste, dass der Senat sich mit dem Thema der Ferienbetreuung eigentlich gar nicht auseinandersetzt – das war etwas, was in dem Titel und auch in den Fragen vorkam – und es selbst im Rahmen einer Großen Anfrage nicht schafft, hierfür Informationen von den Kitas einzuholen. Ferienbetreuung von Kindern ist kein neues Problem, das kennen viele von uns auch. Viele Eltern sind immer wieder gefordert, wenn sie versuchen, die gut zwölfwöchige Ferienzeit mit einem privaten Netzwerk zu überbrücken. Hier herrscht schon lange Handlungsbedarf, nicht nur in dem Modell der Anschlussbetreuung. Davon ist aber keine Spur.

D

Traurige Bestätigung konnte ich bei der Auswertung der Daten zu den Härtefällen finden. Härtefälle sind, das hat die Kollegin Hilgers gerade erklärt, die Familien, die von jeglicher Kita- oder Vorschulgebühr befreit werden, weil sie sich auch die Mindestgebühr von 27 Euro nicht leisten können. Die Verteilung der Härtefälle spiegelt das soziale Bild, die soziale Spaltung in unserer Stadt wieder. Während hamburgweit nur ein geringer Anstieg der Härtefälle zu verzeichnen ist, haben wir einen deutlichen Anstieg von Härtefällen in den benachteiligten Stadtteilen. Das sind, wie soll es anders sein, Wandsbek, Harburg, Bergedorf und auch Mitte mit den Problemstadtteilen wie Billstedt und Horn. Eigentlich ist das keine Überraschung, das kennen wir aus anderen Diskussionen.

Ich würde gerne noch ein bisschen bei den Härtefällen bleiben, weil ich denke, dass die für mich in der Anfrage das Interessanteste sind. Und zwar sind sie für mich noch aus einem anderen Aspekt interessant, nämlich, weil in der Anfrage steht, dass die stadteigenen Kindertageseinrichtungen, also die Kitas der Vereinigung, bis auf die Ausnahme in Harburg keinerlei Nullscheine besitzen. Das ist mehr als ungewöhnlich, denn gerade die Vereinigung hat zahlreiche Kitas in sozialen Brennpunkten, wo die Bedürftigkeit natürlich da wäre. Dieser Widerspruch wird auch bei den Zahlen der freien Träger deutlich. Insgesamt gibt es in Hamburg 727 Nullscheine, davon alleine 160 in Harburg. Was passiert bei der Vereinigung? Die hat hamburgweit keine Nullscheine und in Harburg lediglich acht. Ich will hier nicht spekulieren, aber es lässt trotzdem den Verdacht aufkommen, dass der Senat und die Stadt hier ihren Daumen drauf haben und ihre Order

A herausgeben, keine Nullscheine zu beantragen, und somit wieder bei den beteiligten Familien sparen.

(Beifall bei der SPD – *Carola Veit SPD*: Genau so ist das!)

Das ist eine mehr als bedenkliche Praxis, der wir sicherlich auch noch weiter nachgehen werden.

(*Carola Veit SPD*: Ein Skandal ist das!)

Über die Vergabepraxis der Nullscheine könnten wir auch noch lange reden, denn die ist überarbeitungswürdig. Oft ist der Antrag auf Befreiung der Kita- oder Tagespflegegebühr abhängig von dem Wohlwollen des Sachbearbeiters. Wir schlagen dazu ein standardisiertes Verfahren vor, in dem die Kita-Leiterin und die Erzieherin endlich einmal ein stärkeres Mitsprache- und vor allen Dingen ein Entscheidungsrecht erhalten. Bislang müssen wir darauf hoffen und warten, dass Kita-Leiter den Sachbearbeiter überzeugen können. Der sitzt aber nicht direkt unten an der Basis, wo die Kinder sind.

Last, but not least muss ich auch meiner Kollegin Hilgers recht geben. Vielfalt ist etwas Wunderbares. Aber im Bereich der vorschulischen Bildung und Betreuung ist sie, wie diese Anfrage auch deutlich zeigt, eher etwas verwirrend. Es gibt eine Vielzahl von Angeboten und Bezahlungsarten nebeneinander. Was fehlt, ist eine klare Struktur. Wenn wir für jedes Kind einen Rechtsanspruch auf Betreuung vom ersten Lebensjahr hätten – da kommt es wieder –, wenn wir eine Ausweitung der Ganztagesplätze im Elementarbereich hätten, wenn wir das Nebeneinander von Vorschule in der Kita oder in der Schule zugunsten einer flexiblen ganztägigen Eingangsstufe auflösen würden und sich daran dann die gemeinsame Schule anschließen würde, könnten wir uns die zahlreichen Extra-Vereinbarungen sparen und das ganze System wäre übersichtlicher und bildungsgerecht. Solange die CDU sich aber immer nur hinstellt und ein Loblied Ihrer selbst singt und inhaltlich die Auseinandersetzung scheut, werden wir da wohl bis zur nächsten Wahl nicht weiterkommen. Aber dann legen wir los.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

(*Gerhard Lein SPD*: Die Behörden werden jetzt alle zusammengelegt!)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich sollte bei aller Zahlenflut, Interpretation und Vermutungen, die ich in den letzten Minuten wahrgenommen habe, das Wichtigste vorab einmal festhalten. Kinder sind unsere Zukunft.

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Koncke GAL*)

Kinder brauchen Anregung, Anleitung, Förderung und Fürsorge. Kinder brauchen aber auch Eltern, die die primäre Verantwortung übernehmen. Die Eltern wollen die primäre Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder auch übernehmen. Das alleine jedoch reicht noch nicht. Kinder brauchen für ihr Leben auch weitere gute Startbedingungen. Ich denke, da sind neben den Eltern wir alle, Nachbarschaft und Staat aufgefordert, gute Startbedingungen zu schaffen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat mit der Entwicklung ihrer Kinderbetreuung in den letzten Jahren gezeigt, dass sie die Herausforderung in allen Bereichen angenommen und gestaltet hat. Wenn Sie die Zahlen wirklich einmal richtig analysieren und versuchen, nicht so viel im Konjunktiv und mit Vermutungen zu sprechen, stellen Sie fest, dass wir eine gute Basis geschaffen haben, die es nun weiter zu optimieren gilt.

C

Das Wichtigste ist aber: Wir hatten schon ein ganz wichtiges Datum, es war nämlich der 1. August 2003, als das Kita-Gutscheinsystem eingeführt wurde. Das gab überhaupt erst die Basis, ein differenziertes Leistungsangebot hier bei uns in Hamburg zu schaffen, und zwar nicht nur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – was sicherlich wichtig ist, keine Frage.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Kohl hat die Neujahrsrede auch zweimal gehalten!)

Aber wir brauchen auch dieses differenzierte Angebot, um allen Kindern gute Startbedingungen zu ermöglichen. Das ist uns in den letzten Jahren gelungen.

Wenn Sie die Neuerungen in diesem Jahr anschauen, dann sind wir dabei, das Leistungsspektrum dieses Betreuungssystems Stück für Stück zu erweitern und zu verbessern. Wir haben in diesem Jahr unter anderem die Angebote zur Förderung behinderter und von Behinderungen bedrohter Kinder in das Kita-Gutscheinsystem aufgenommen, wobei es wichtig ist, dass wir uns am individuellen Bedarf der Kinder orientieren und nicht alle Kinder gleichbehandeln. Wichtig ist hierbei auch, dass die Eltern aus einer größeren Zahl von Tageseinrichtungen auswählen können.

D

Ein weiteres wichtiges Element – das kam vorhin auch zur Sprache, ich meine aber, nicht betont genug – ist die eingeführte Nachmittags- und Anschlussbetreuung für Vorschulkinder und auch an den Ganztagschulen. Anders als Sie vermutet haben, als Sie die Große Anfrage gestellt haben, hat sich nicht bestätigt, dass die wirtschaftliche Belastung der Familien bei einer Inanspruchnahme der Vorschulkasse einerseits und der Anschlussbetreuung andererseits eventuell höher sein könnte. Aber darüber haben Sie kein Wort verloren.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das wäre ja noch schöner!)

Es fallen die gleichen Kosten an, sie sind nicht höher. Ich denke, Sie können daraus erkennen, dass es für uns selbstverständlich ist, dass Kinder, die einen besonderen sozialbedingten aber auch einen dringlichen pädagogischen Bedarf haben, eine Anschlussbetreuung erhalten, und zwar unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern.

Damit sind Kita und VSK echte Alternativen für die Eltern geworden. Die Anschlussbetreuung wird – das konnten auch Sie an den Zahlen erkennen – übrigens zunehmend in Anspruch genommen. Wir haben trotz dieser kurzen Zeit seit Einführung bereits rund 430 Gutscheine ausgeben und erwarten in den nächsten Jahren, dass mindestens 580 jährlich in Anspruch genommen werden.

Hiermit sehen wir eines ganz deutlich: Träger, Kitas und Vorschulen identifizieren sich mit dem Ziel des Senats, Kindern unabhängig von ihrer Herkunft einen bestmöglichen Rahmen für das Lernen und Leben in Ergänzung zur Familie zu geben.

A Die Anschlussbetreuung ist ein weiterer wichtiger Beleg für die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Tageseinrichtungen und Schulen. Aber ich sage hier auch ganz deutlich und auch Sie haben das betont: Diese Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schulen wird in den nächsten Jahren zum Wohle der Kinder weiter ausgebaut werden. Daran arbeiten alle Beteiligten heute schon intensiv. Wir haben dabei sehr genau im Blick, dass Familien unterschiedlich leistungsfähig sind, und zwar sowohl im allgemeinen als auch im finanziellen Sinn. Deshalb können Sie auch in der Großen Anfrage erkennen, dass die Elternbeiträge und Vorschulklassengebühren stark gestaffelt sind und sich vor allem die Betreuungszeiten am Kind orientiert gestalten. Dass dabei selbstverständlich in besonderen Fällen ganz auf Beiträge und Gebühren verzichtet wird, haben Sie schon betont und ich kann an der Stelle nur wieder betonen, dass auch in Zukunft so verfahren wird. Die Staffelung und Orientierung am Bedarf der Kinder und deren Eltern zeigt, dass die soziale Verantwortung von der CDU in vollem Umfang wahrgenommen wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist ein Witz!)

Zum Abschluss vielleicht noch eines. Den ersten Lebensjahren des Kindes – wir hatten auch dieses schon – kommt eine wichtige, ich würde sogar sagen die wichtigste Schlüsselrolle zu, denn die Herausforderung, die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nachhaltig zu schließen

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie haben die vergrößert!)

B und gleichzeitig Kinder jeden Alters bestmöglich zu fördern, muss so früh wie möglich zusammen mit den Eltern beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb gilt es heute wie in Zukunft, alle in dieser Zeit mitwirkenden Personen und Institutionen bestmöglich zu verzähnen: Eltern, Krippen, Kitas und Schulen. Das wird eine, davon bin ich fest überzeugt, der großen Herausforderungen der Zukunft sein. Wir haben dafür – das lässt sich an den Ergebnissen der Großen Anfrage sehr gut ablesen – in unserer Stadt eine sehr gute Ausgangssituation geschaffen und darauf bauen wir heute auf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Veit hat jetzt das Wort.

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr von Frankenberg, das war nicht nur ahnungslos und arrogant, das war in weiten Teilen auch voll neben dem Thema.

(Beifall bei der SPD – Frank-Thorsten Schira CDU: Ha, ha, ha!)

Ich will Ihnen auch gern erklären warum.

Der noch amtierende Senat hat immer wieder angekündigt, allen Kindern helfen zu wollen, die Hilfe benötigen. Aber wenn Sie wirklich helfen würden, dann müsste sich das in dieser großen Anfrage niederschlagen, dann müsste dort nachzulesen sein, wie Sie den Kindern helfen, die Hilfe benötigen, denn danach haben wir unter anderem gefragt. Die Wirklichkeit – das steht in dieser

C Großen Anfrage – spricht eine ganz andere Sprache, als Sie in Ihren Sonntagsreden oder Monologen behaupten, und das kann man in dieser Großen Anfrage sehr wohl nachlesen. Sie nehmen Ihre soziale Verantwortung nicht wahr, Frau Senatorin Dinges-Dierig,

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

denn niemals zuvor hat ein Senat so viele neue Gebühren und zusätzliche Kosten für Kinder und Familien in Hamburg erfunden wie Sie. Ich will die ganzen Vorschulgebühren, Büchergelder und Kita-Beitragserhöhungen hier nicht wieder aufzählen, das haben wir oft genug getan, aber so liebevoll können Eltern überhaupt nicht sein, um das alles aufzufangen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben stets behauptet, soziale Härten würden abgedeckt, aber leider keines dieser Versprechen umgesetzt. Ich will noch einmal Zahlen nennen, nehmen wir die Vorschulgebühren. Von 5500 Vorschulkindern in Hamburg werden stadtweit gerade einmal 20 Kindern – das sind 0,4 Prozent aller Vorschulkinder – die Gebühren aufgrund besonderer Härte erlassen. Ganze 0,4 Prozent der Kinder sind in den Augen dieses Senats Härtefälle, dabei lebt doch jedes fünfte Hamburger Kind in Armut. Mir sind die 52 000 Fähnchen auf der Moorweide vom Kinderschutzbund vor einigen Wochen jedenfalls noch gut in Erinnerung.

(Beifall bei der SPD und bei Martina Gregersen und Christiane Blömeke, beide GAL)

D Und wenn jedes fünfte Vorschulkind in Armut lebt, dann wären das fast 1200 Kinder. Aber warum wird denn nur 20 von ihnen geholfen? Da sind Ihnen ganz mächtig die Koordinaten verrutscht, Frau Senatorin, und peinlicher kann man sich wohl kaum selbst in die Tasche lügen.

(Beifall bei der SPD und bei Claudius Lieven GAL)

Solange Sie solche Widersprüche nicht aufklären, auch der Staatsrat nicht, solange wird es Ihnen auch niemand so recht abnehmen, wenn Sie sich hier nächste Woche hinstellen werden und Wohltaten für bestimmte Stadtteile verkünden, denn in Wirklichkeit sind Sie doch dabei, einen erheblichen Teil ganzer Jahrgänge von Hamburger Kindern einfach abzuschreiben.

(Beifall bei der SPD und bei Martina Gregersen GAL)

Es sind die Strukturen, die bei Ihnen nicht stimmen, und an dieser Stelle zeigt sich wieder ganz deutlich, dass Sie nicht denjenigen Ihre Hilfe zukommen lassen, die sie am Dringendsten benötigen.

Das zeigt sich auch ganz deutlich bei der Kinderbetreuung. Frau Dr. Hilgers und Frau Blömeke haben schon über den sogenannten Nullschein gesprochen, also die Eintrittskarte ins Betreuungssystem für diejenigen Kinder, deren Eltern sich die Kindergartengebühren nicht leisten können. Frau Dr. Hilgers hat vorhin erläutert, dass dieser Senat nur ein Prozent aller Kinder in der Kita als Härtefälle anerkennt und, Frau Senatorin, Sie sind nicht so recht auf dieses eine Prozent eingegangen. Darum wiederhole ich es gerne noch einmal. Diese Zahl ist nicht nur peinlich, sie ist auch beschämend. Man könnte sich vielleicht noch vorstellen, dass der Senat wenigstens Schwerpunkte setzt. Man könnte vielleicht erwarten, dass es in den

A 13 Stadtteilen mit sozialen Problemlagen, von denen wir sicherlich nächste Woche auch wieder hören werden und die von Ihnen schon benannt worden sind als da wären Billstedt, Billbrook, Dulsberg, Horn, Jenfeld, Lohbrügge, Lurup, Rothenburgsort, St. Georg, St. Pauli, Veddel und Wilhelmsburg, überdurchschnittlich viele Familien gibt, denen aufgrund der Härtefallregelung der Elternbeitrag erlassen wird, damit das Kind trotz allem einen Kindergarten besuchen kann, aber mitnichten. In Billstedt gibt es 1,2 Prozent Nullzähler, das sind gerade einmal 29 Kinder von 2500, die in Billstedt einen Kindergarten besuchen. In Rothenburgsort ist nach Ihrer Auffassung gar keines der 234 Kinder ein Härtefall. Auch auf der Veddel gibt es keinen einzigen Nullschein, in Dulsberg gibt es immerhin 3 Nullscheine, 0,3 Prozent der Kinder, ebenso in Lohbrügge. Bei Ihnen herrscht das umgekehrte Gießkannenprinzip: Möglichst wenig helfen, das aber überall.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie müssten eigentlich auch selbst erkennen, dass hier etwas grundlegend faul ist. Schieben Sie die Schuld bitte nicht auf die Bezirke, die Jugendämter haben da wenig Spielraum. Es sind Ihre Fachanweisungen, Ihre Globalrichtlinien und Ihre Verordnungen und der Fisch stinkt da ganz gehörig vom Kopf her. Frau Senatorin, bessern Sie nach, und zwar bald.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

B Zunächst stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/4974, besprochen worden ist. Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung dieser Drucksache an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Begehr mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe auf Punkt 28, Drucksache 18/5163, Senatsmitteilung: Errichtung der HafenCity Universität Hamburg, Beantwortung eines bürgerschaftlichen Ersuchens aus Drucksache 18/3356.

**[Senatsmitteilung:
Errichtung der HafenCity Universität Hamburg
Beantwortung eines bürgerschaftlichen Ersuchens
(Drucksache 18/3356 vom 8. Dezember 2005
– Drucksache 18/5163 –]**

Die GAL-Fraktion möchte diese Drucksache an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Die Fraktionen verzichten einvernehmlich auf eine Debatte.

Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5163 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall.

Ich rufe auf Punkt 50, Drucksache 18/5189, Bericht des Rechtsausschusses: Ausweitung der elektronischen Gerichtsverfahren in Hamburg.

**[Bericht des Rechtsausschusses:
Ausweitung der elektronischen Gerichtsverfahren in
Hamburg (CDU-Antrag) – Drucksache 18/5189 –]**

Auch hier besteht Einvernehmen, auf eine Debatte zu verzichten. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Damit ist die Bürgerschaftssitzung für heute beendet und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 19.10 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

C

D

Zu Punkt 3

Anlage 1

(siehe Seite 3487 D)

**Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres
– Drucksache 18/5013 –**

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Lars Pochnicht	120	106	6	8	0

Zu Punkt 4**Anlage 2**

(siehe Seite 3487 D)

**Ergebnis der Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter
– Drucksache 18/5100 –**

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
a) Mitglieder					
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Viviane Spethmann	120	93	18	9	0
Dr. Jochen Bach	120	94	9	17	0
Dr. Matthias von Rönn	120	98	9	12	1
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Herta-Jenny Ulferts	120	102	7	6	5
Dr. Hans-Jürgen Grambow	120	103	9	4	4
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Ernst Medecke	120	89	20	7	4
Vorschlag der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
Ute Balten	120	105	6	4	5
Jan Schubel	120	102	5	6	7
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:					
Peter Klenter	120	91	16	3	7
Vorschlag der Landesvereinigung der Unternehmensverbände:					
Peter Helbron	120	101	6	8	5

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
b) Vertreterinnen/ Vertreter					
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Cornelia Schroeder-Piller	120	101	10	9	0
Dr. Manuel Cadmus	120	100	10	10	0
Stefanie Strasburger	120	92	16	10	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Erika Dieckmann	120	102	8	4	6
Dr. Gerd-Gustav Weiland	120	98	9	8	5
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Jutta Bärthel	120	98	9	6	7
Vorschlag der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
Gerhard Strate	120	92	12	9	7
Gerd Uecker	120	102	5	6	7
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:					
Lutz-Ulrich Meyer	120	93	15	4	8
Vorschlag der Landesvereinigung der Unternehmensverbände:					
Norbert Guhl	120	102	5	8	5